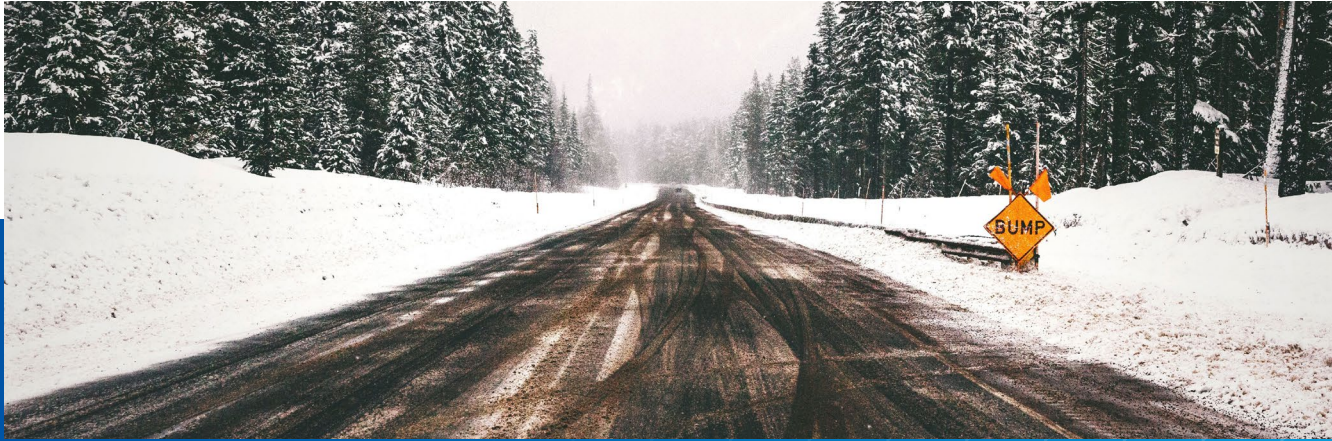




Konjunktur aktuell

4/2019

30. Januar 2020, 7. Jahrgang

Arbeitskreis Konjunktur des IWH S. 69



Weltwirtschaft wieder etwas kräftiger – aber Deutschland zunächst weiter im Abschwung

Die Weltwirtschaft zieht wieder etwas an, weil der Gegenwind von den Handelskonflikten nachlässt, doch die deutsche Wirtschaft befindet sich weiter im Abschwung. Die Industrie erholt sich nur langsam, und so wird das deutsche Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2020 wohl um 1,1% zunehmen. Ohne die besonders hohe Zahl an Arbeitstagen wäre die Zunahme noch geringer. Der Produktionszuwachs in Ostdeutschland dürfte mit 1,3% höher ausfallen als in Gesamtdeutschland.

 Inhaltsverzeichnis

- 69 Konjunktur aktuell: Weltwirtschaft wieder etwas kräftiger – aber Deutschland zunächst weiter im Abschwung
Arbeitskreis Konjunktur des IWH
- 109 Sinkendes Potenzialwachstum in Deutschland, beschleunigter Braunkohleausstieg und Klimapaket:
Finanzpolitische Konsequenzen für die Jahre bis 2024
Andrej Drygalla, Katja Heinisch, Oliver Holtemöller, Axel Lindner, Christoph Schult,
Matthias Wieschemeyer, Götz Zeddies

Konjunktur aktuell: Weltwirtschaft wieder etwas kräftiger – aber Deutschland zunächst weiter im Abschwung*

Arbeitskreis Konjunktur des IWH¹

Zusammenfassung

Im Jahr 2020 zieht die Weltwirtschaft wieder etwas an, weil der Gegenwind von den Handelskonflikten nachlässt. Die jüngsten Produktionsdaten deuten allerdings noch nicht auf eine durchgreifende Besserung der internationalen Konjunktur hin. Auch wegen der niedrigen Preisdynamik ist die Geldpolitik im Lauf des Jahres vielerorts noch einmal expansiver geworden. Wenn weitere Zollerhebungen im Wesentlichen ausbleiben, dürfte der Abschwung im Verarbeitenden Gewerbe um die Jahreswende 2019/2020 zu Ende gehen. Allerdings bleibt die Zukunft der politischen Rahmenbedingungen für den internationalen Handel unsicher. Das ist ein wichtiger Grund, warum mit einem kräftigen weltwirtschaftlichen Aufschwung für den Prognosezeitraum nicht zu rechnen ist. Zudem dürfte die Expansion der Nachfrage aus China weiter nachlassen.

Die deutsche Wirtschaft befindet sich weiter im Abschwung. Ursache ist im Wesentlichen die schwache Auslandsnachfrage nach Produkten des Verarbeitenden Gewerbes, bedingt durch die von den USA ausgehenden protektionistischen Tendenzen und den bevorstehenden Brexit. Als weiterer Faktor kommen die Probleme im Automobilbau hinzu, denn die Branche steht mit am Beginn eines drastischen Strukturwandels. Im Jahr 2020 dürfte eine leichte Belebung der internationalen Konjunktur den deutschen Export wieder anziehen lassen. Der Anstieg wird aber nicht allzu hoch ausfallen, nicht zuletzt, weil die Lohnstückkosten seit einiger Zeit deutlich zugenommen haben. Auf der anderen Seite stabilisieren die recht deutlichen Lohnzuwächse die binnenwirtschaftliche Nachfrage. Zudem wirkt die Finanzpolitik expansiv, und die günstigen Finanzierungsbedingungen werden zusammen mit der Wohnungsknappheit in Ballungsräumen den Bauboom am Leben halten. Das Bruttoinlandsprodukt wird im Jahr 2020 wohl um 1,1% zunehmen, auch dank einer hohen Zahl an Arbeitstagen. Der Produktionszuwachs in Ostdeutschland dürfte mit 1,3% höher ausfallen als in Gesamtdeutschland. Die Verbraucherpreisinflation bleibt moderat, die Beschäftigung nimmt nur noch wenig zu.

Tabelle

Gesamtwirtschaftliche Eckdaten der Prognose des IWH für Deutschland in den Jahren 2019 bis 2021

	2018	2019	2020	2021
	Veränderung des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts gegenüber dem Vorjahr in %			
Deutschland	1,5	0,5	1,1	1,6
darunter: Ostdeutschland ¹	1,6	1,0	1,3	1,6
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %			
Arbeitsvolumen	1,3	0,6	0,5	0,6
Tariflöhne je Stunde	2,9	3,2	2,2	2,2
Effektivlöhne je Stunde	3,0	3,2	2,4	2,2
Lohnstückkosten ²	2,5	3,5	1,8	1,2
Verbraucherpreisindex	1,8	1,4	1,3	1,4
	in 1 000 Personen			
Erwerbstätige (Inland)	44 854	45 249	45 407	45 588
Arbeitslose ³	2 340	2 265	2 253	2 235
	in %			
Arbeitslosenquote ⁴	5,2	5,0	4,9	4,9
darunter: Ostdeutschland ¹	6,9	6,5	6,3	6,2
	% in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt			
Finanzierungssaldo des Staates	1,9	1,6	0,6	0,0
Leistungsbilanzsaldo	7,4	7,3	7,5	7,5

¹ Ostdeutschland einschließlich Berlin. – ² Berechnungen des IWH auf Stundenbasis. – ³ Definition gemäß der Bundesagentur für Arbeit (BA). – ⁴ Arbeitslose in % der zivilen Erwerbspersonen (Definition gemäß der Bundesagentur für Arbeit).

Quellen: Statistisches Bundesamt; ab 2019: Prognose des IWH (Stand: 12.12.2019).

* Dieser Beitrag wurde als [IWH-Pressemitteilung 24/2019](#) am 12. Dezember 2019 veröffentlicht.

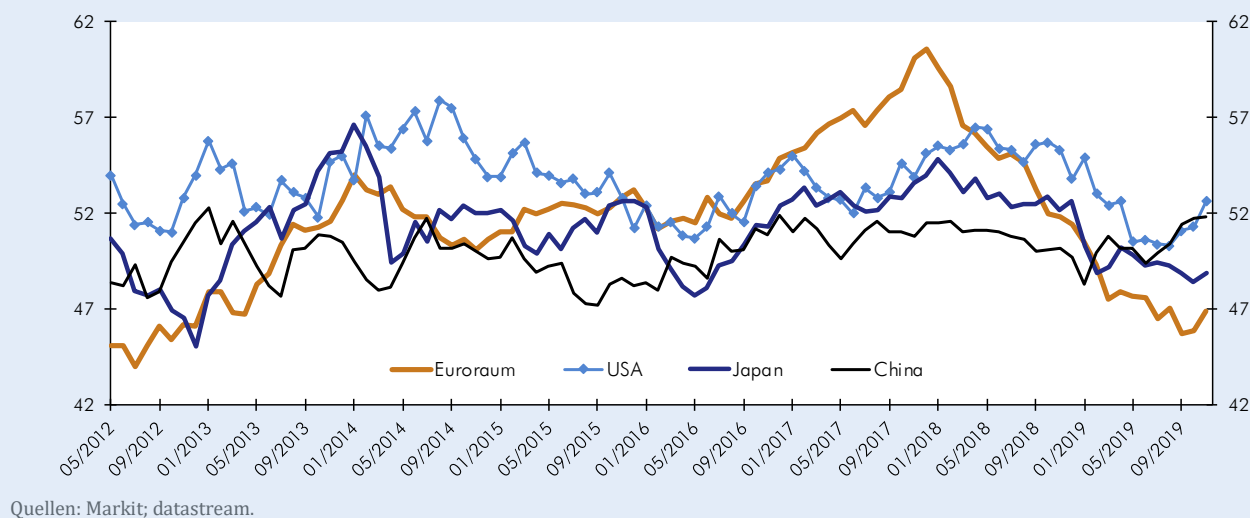
¹ Brautzsch, Hans-Ulrich; Claudio, João Carlos; Drygalla, Andrej; Exß, Franziska; Heinisch, Katja; Holtemöller, Oliver; Kämpfe, Martina; Lindner, Axel; Müller, Isabella; Schultz, Birgit; Staffa, Ruben; Wieschemeyer, Matthias; Zeddies, Götz.

Mit geringerem Gegenwind vonseiten der Politik stabilisiert sich die Weltkonjunktur

Zum Ende des Jahres 2019 sind an den Finanzmärkten Hoffnungen aufgekeimt, dass der Abschwung der internationalen Konjunktur ans Ende kommt, und auch im Verarbeitenden Gewerbe hat sich die Stimmung verbreitet etwas aufgehellt (vgl. Abbildung 1). Wesentliche Gründe dafür sind Mitte Oktober von der Politik gekommen: Die US-Regierung nahm von den für diesen Zeitpunkt geplanten umfangreichen Zollerhöhungen auf chinesische Waren Abstand. Auch stellte sie die Einigung über ein Handelsabkommen mit China (*phase one deal*) in Aussicht. Ebenfalls Mitte Oktober einigten sich die britische Regierung und die Europäische Union auf eine Modifizierung des ursprünglichen Austritts-Vertrags. Auch wenn das neu gewählte britische Parlament den Vertrag noch ratifizieren muss, ist ein harter Brexit damit sehr unwahrscheinlich geworden.

Abbildung 1
Einkaufsmanagerindizes des Verarbeitenden Gewerbes

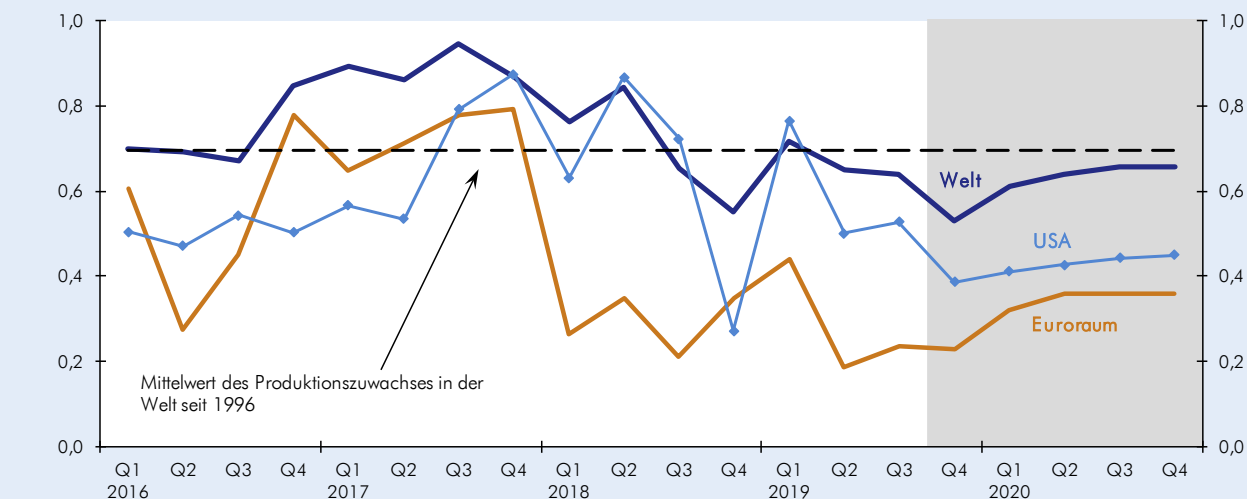
Mai 2012 - November 2019



Anders als die politischen Entwicklungen deuten die jüngsten Produktionsdaten allerdings noch nicht auf eine durchgreifende Besserung der internationalen Konjunktur hin: Sowohl in den USA (0,5%) als auch im Euroraum (0,2%) waren die Expansionsraten im dritten Quartal kaum höher als zuvor (vgl. Abbildung 2).

Abbildung 2
Bruttoinlandsprodukt der Welt, der USA und des Euroraums

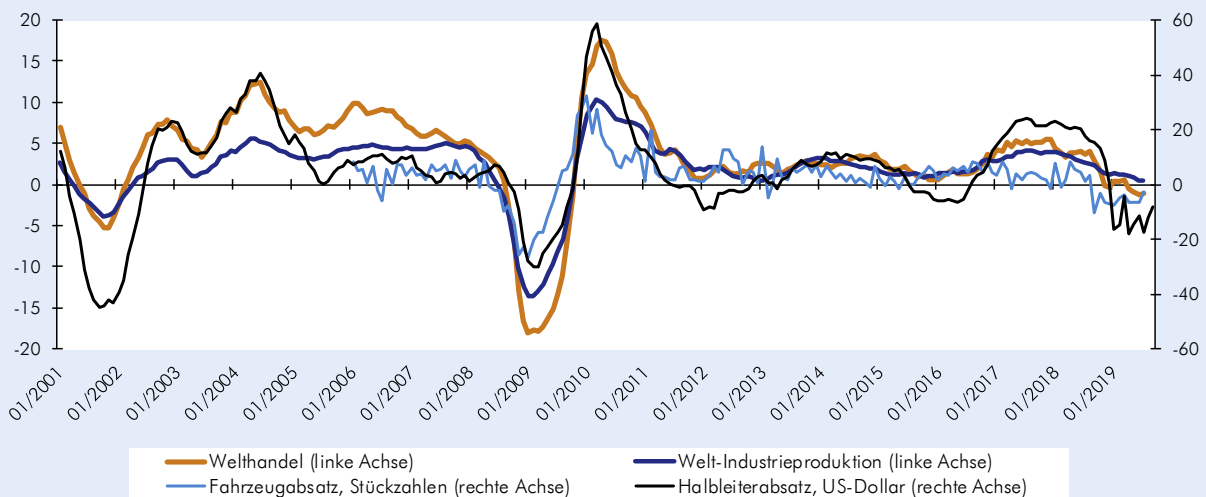
Vierteljährliche Zuwachsraten in %



In diesen beiden Wirtschaftsräumen wie auch in Großbritannien wird die Konjunktur von der Nachfrage der privaten Haushalte gestützt, begünstigt durch einen fortgesetzten Anstieg der Beschäftigung bei den Dienstleistern und weiter steigende Reallöhne. In Asien ließ der Produktionszuwachs im dritten Quartal dagegen nach, und zwar sowohl in China als auch in Japan und besonders ausgeprägt in Korea. Ein wesentlicher Grund dafür ist die große Bedeutung des Verarbeitenden Gewerbes und des Warenexports für diese Volkswirtschaften. Der weltweite Abschwung betrifft vor allem Warenproduktion und -handel, und hier ist noch keine Trendwende erkennbar: Weltindustrieproduktion und Welthandel haben im Jahr 2019 lediglich in etwa stagniert, der Handel mit Waren sank sogar gegenüber dem Vorjahr. Besonders markant ist der Einbruch in zwei Wirtschaftszweigen, die besonders zyklisch sind: im Kraftfahrzeugbau und in der Halbleiterindustrie, die als Vorleistungslieferant für weite Teile des Verarbeitenden Gewerbes von großer Bedeutung ist und ihren Schwerpunkt im Ostasien hat (vgl. Abbildung 3). In beiden Branchen war die Produktion im zweiten Halbjahr 2018 deutlich eingebrochen. Eine entscheidende Rolle spielte hier der offene Ausbruch des Handelskonflikts zwischen den USA und China, mit deutlichen Zollerhöhungen im Sommer 2018. Die Kraftfahrzeugbranche war zur selben Zeit zwei weiteren Belastungen ausgesetzt: In China wurden Steuervergünstigungen für den Autokauf zurückgenommen, und die Umstellung auf einen neuen Abgas-Emissionsstandard in der EU und in anderen Ländern bereitete einigen Autoproduzenten erhebliche Probleme. Im Verlauf des Jahres 2019 sackte die Produktion in der Halbleiterbranche und beim Fahrzeugbau zwar nicht noch weiter ab, es ist aber auch noch nicht zu einer deutlichen Erholung gekommen. Gleiches gilt für die Weltindustrieproduktion und den Welthandel insgesamt.

Abbildung 3**Industrieproduktion und Handel in der Welt**

Gleitende Dreimonatswerte, Veränderung gegenüber Vorjahreszeitraum in %

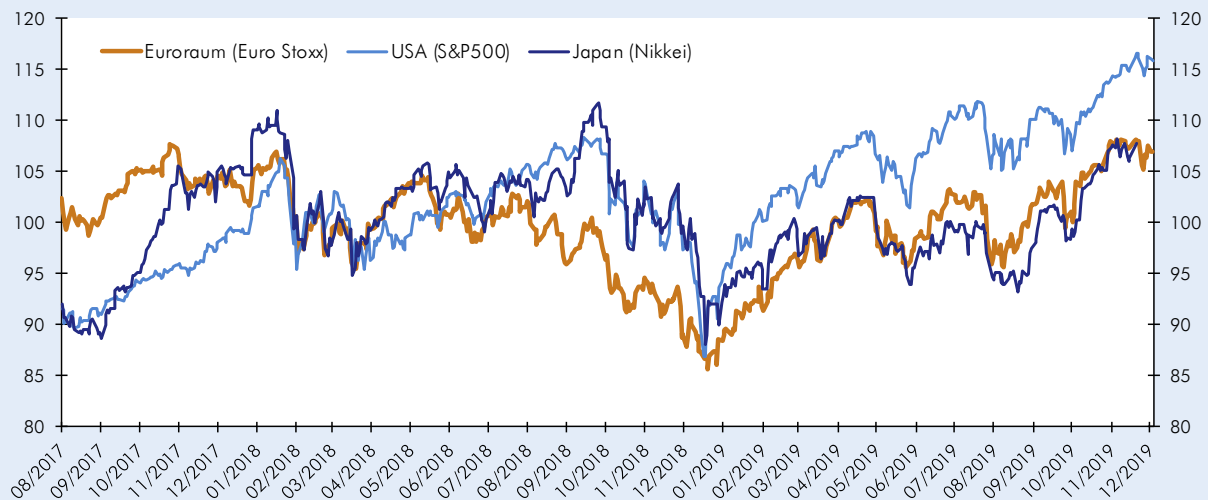


Quellen: CPB; World Semiconductors Trade Statistics; Wards Intelligence; Berechnungen des IWH.

Trotzdem sind die Kapitalmärkte aufgrund der Entspannungssignale in Bezug auf Handelskonflikte und Brexit wieder etwas optimistischer geworden. So lässt sich die Aufhellung der wirtschaftlichen Aussichten für Großbritannien an der Aufwertung des Pfunds im Oktober (um 3½% gegenüber dem Euro) erkennen. Die Aktienindizes haben in allen großen fortgeschrittenen Volkswirtschaften im Trend zugelegt (vgl. Abbildung 4), und die Kursrisiken, wie sie über Optionspreise abgeleitet werden können, werden jüngst niedriger veranschlagt. Die Kapitalmarktrenditen, welche seit Herbst 2018 bis Anfang Oktober für etliche Staatstitel auf Allzeittiefs gesunken waren, sind wieder etwas gestiegen, die für zehnjährige US-Staatsanleihen um 30 Basispunkte auf 1,8%. Es wird auch nicht mehr damit gerechnet, dass die US-Notenbank ihren Leitzins wesentlich unter das Ende Oktober erreichte Niveau von 1,5 bis 1,75% senken wird, denn die US-Konjunktur scheint ausreichend stabil. Zudem ist die Geldpolitik in den Vereinigten Staaten mit einem in realer Rechnung negativen Zinsniveau bereits ausgesprochen expansiv. Auch weltweit ist die Geldpolitik im Lauf des Jahres noch einmal expansiver geworden, so im September die der Europäischen Zentralbank (EZB). Zudem haben Notenbanken etlicher Schwellenländer wie Brasiliens, Russlands und Indiens ihren durch die Zinssenkungen in den USA entstandenen Spielraum genutzt.

Abbildung 4
Aktienindizes

Februar 2018 = 100



Quelle: Datastream.

Die Preisdynamik ist in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften entweder deutlich (Japan, Euroraum) oder etwas (USA, Großbritannien) niedriger als von den Zentralbanken angestrebt. Nur vereinzelt, etwa in den Visegrád-Ländern, zeichnet sich eine Beschleunigung ab. Zuletzt wurden die Inflationsraten noch durch im Vorjahresvergleich rückläufige Energiepreise gedrückt. Seit dem Sommer liegt der Erdölpreis bei etwa 63 US-Dollar je Barrel (Brent). Der Ölmarkt ist ruhig, denn der Anstieg der Fördermengen in den USA gleicht aus, dass das Angebot vonseiten der OPEC und Russlands im Jahr 2019 vereinbarungsgemäß leicht zurückgeht, und die schwache Weltkonjunktur dämpft die Ölnachfrage.

Auffällig ist der starke Anstieg der Verbraucherpreisinflation in China, von etwa 2% Anfang des Jahres auf 3,8% im Oktober. Ursache sind die Preisanstiege für Fleisch und Geflügel, nachdem die aus Afrika eingeschleppte Schweinepest einen erheblichen Teil des Schweine-Bestands vernichtet hat. Dies belastet die ohnehin schwache Konjunktur in China zusätzlich. Vor diesem Hintergrund hat auch die chinesische Geldpolitik expansive Maßnahmen ergriffen. Die Mindestreservesätze für Banken wurden wiederholt reduziert, und im November gab es eine vorsichtige Zinssenkung. Die Konjunktur erhält zudem einige finanzpolitische Impulse: zum einen über niedrigere Konsumsteuern, zum anderen über eine Ausweitung der öffentlichen Investitionen, unter anderem in Infrastruktur für 5G-Mobilfunknetze.

In den fortgeschrittenen Volkswirtschaften war die Finanzpolitik im Jahr 2019 leicht expansiv ausgerichtet, im Jahr 2020 wird sie in etwa neutral sein. In den USA sind die starken Impulse der Einkommensteuerreform und der Ausgabenprogramme nun ausgelaufen. In Japan wurden im Oktober die Mehrwertsteuersätze von 8% auf 10% heraufgesetzt, und Maßnahmen wie die Kostensenkung für Kinderbetreuung und weitere im Dezember angekündigte Ausgabenprogramme werden die kontraktive Wirkung der Steuererhöhung wohl nicht voll kompensieren können. Expansiv ausgerichtet dürfte dagegen die Finanzpolitik im Jahr 2020 im Euroraum und, nach einer langjährigen Konsolidierungsphase, auch in Großbritannien sein.

Die internationale Konjunktur wird im Jahr 2020 wesentlich von den Entscheidungen bezüglich der Handelskonflikte und des Brexit abhängen. Die vorliegende Prognose geht davon aus, dass die von der US-Regierung für Mitte Dezember angekündigte Erhöhung von Zöllen auf chinesische Produkte realisiert wird, dass es dann aber im Wesentlichen zu keinen weiteren Zollerhebungen kommt, auch nicht auf Fahrzeugimporte. Unter diesen Voraussetzungen dürfte der Abschwung im Verarbeitenden Gewerbe um die Jahreswende 2019/2020 zu einem Ende kommen, und der internationale Warenhandel wird wieder zulegen. Allerdings dürfte die Zukunft der politischen Rahmenbedingungen für den internationalen Handel unsicher bleiben, und zwar unabhängig vom Ausgang der amerikanischen Präsidentschaftswahlen im Herbst 2020. Das ist ein wichtiger Grund, warum mit einem kräftigen weltwirtschaftlichen Auf-

schwung für den Prognosezeitraum nicht zu rechnen ist. Die Unternehmen werden für die Anpassung der internationalen Wertschöpfungsketten an die neue Unsicherheit Effizienzverluste in Kauf nehmen müssen. Zudem sind die gesamtwirtschaftlichen Kapazitäten, etwa gemessen an der Beschäftigung, in den meisten fortgeschrittenen Volkswirtschaften gegenwärtig recht gut ausgelastet, und ein Aufschwung würde rasch zu Kapazitätsengpässen führen. Auch von der expansiven Geldpolitik sind keine starken Impulse zu erwarten, denn deren Spielräume sind vielfach, etwa im Euroraum oder in Japan, weitgehend ausgereizt. Schließlich dürfte mit China der weltwirtschaftliche Wachstumsmotor der vergangenen 20 Jahre weiter Kraft verlieren. Das liegt nicht nur daran, dass das Land das Gros an Möglichkeiten raschen Wachstums durch Übernahme bereits bestehender Technologien mittlerweile ergriffen hat. Die Stagnation im chinesischen Warenhandel liegt wohl auch darin begründet, dass die Menge an vorteilhaften Austauschmöglichkeiten mit den fortgeschrittenen Volkswirtschaften zurückgeht, je ähnlicher China diesen wird, etwa indem Dienstleistungen auch in der chinesischen Wirtschaft eine immer größere Rolle spielen.

Tabelle 1**Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote in der Welt**

	Gewicht (BIP) in %	Bruttoinlandsprodukt				Verbraucherpreise				Arbeitslosenquote			
		Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %								in %			
		2018	2019	2020	2021	2018	2019	2020	2021	2018	2019	2020	2021
Europa	29,6	2,1	1,3	1,5	1,7	2,5	2,1	2,0	2,1				
EU 27	21,1	2,1	1,4	1,4	1,6	1,8	1,4	1,4	1,6	7,3	6,8	6,7	6,6
Großbritannien	3,8	1,4	1,3	1,3	1,8	2,5	1,9	1,9	2,0	4,1	3,8	4,0	4,2
Schweiz	0,9	2,8	0,9	1,6	1,4	0,9	0,4	0,3	0,3	4,7	4,5	4,7	4,7
Norwegen	0,6	1,3	1,0	2,1	2,0	2,8	2,1	2,0	2,0	3,9	3,8	3,8	3,8
Türkei	1,0	2,8	0,1	2,8	3,5	16,3	15,1	11,5	10,6				
Russland	2,2	2,3	1,3	2,1	1,7	2,9	4,4	3,8	4,0				
Amerika	35,5	2,6	2,0	1,7	1,9								
USA	27,3	2,9	2,3	1,8	1,8	2,4	1,8	2,2	2,2	3,9	3,7	3,5	3,7
Kanada	2,3	1,9	1,7	1,7	1,9	2,2	2,0	2,0	2,1	5,8	5,6	5,8	5,7
Lateinamerika ¹	5,9	1,4	0,6	1,5	2,3								
Asien	34,9	4,9	4,4	4,2	4,4								
Japan	6,6	0,8	1,2	0,6	1,0	1,0	0,6	0,8	0,7	2,4	2,4	2,5	2,5
China ohne Hongkong	17,7	6,6	6,2	5,9	5,7								
Südkorea	2,3	2,7	1,8	1,9	2,4	1,5	0,4	1,3	1,7	3,8	3,8	4,0	4,0
Indien	3,6	6,8	5,0	5,0	6,6								
Ostasien ohne China ²	4,7	4,2	3,2	3,4	3,8								
insgesamt ³	100,0	3,2	2,6	2,5	2,7								
fortgeschrittene Volkswirt- schaften ⁴	66,6	2,4	1,8	1,5	1,7	2,0	1,5	1,7	1,8	5,0	4,7	4,7	4,7
Schwellenländer ⁵	33,4	5,1	4,4	4,6	4,8								
nachrichtlich:													
Exportgewichtet ⁶	–	2,6	1,9	1,9	2,1								
gewichtet nach Kaufkraft- paritäten ⁷	–	3,8	3,1	3,1	3,2								
Welthandel ⁸	–	3,4	-0,3	1,6	2,4								

¹ Gewichteter Durchschnitt aus: Brasilien, Mexiko, Argentinien, Peru, Kolumbien, Chile. Gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2018 in US-Dollar.

² Gewichteter Durchschnitt aus: Indonesien, Taiwan (Provinz Chinas), Thailand, Malaysia, Singapur, Philippinen, Hongkong (Sonderverwaltungszone Chinas). Gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2018 in US-Dollar.

³ Summe der aufgeführten Ländergruppen. Gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2018 in US-Dollar.

⁴ EU 27, Schweiz, Norwegen, USA, Kanada, Japan, Korea, Taiwan, Hongkong, Singapur.

⁵ Russland, China ohne Hongkong, Indien, Indonesien, Thailand, Malaysia, Philippinen, Lateinamerika.

⁶ Summe der aufgeführten Länder. Gewichtet mit den Anteilen an der deutschen Ausfuhr 2018.

⁷ Kaufkraftparitäten aus: IMF, World Economic Outlook, Oktober 2019.

⁸ Realer Güterhandel. Wert für 2018 von CPB.

Quellen: IWF; OECD; CPB; Prognose des IWH.

Alles in allem dürfte die Weltproduktion deshalb im Jahr 2020 mit 2,5% expandieren und damit noch etwas langsamer als im Jahr 2019. Im Jahr 2021 zieht die Expansion nur wenig an, auf 2,7% (vgl. Tabelle 1).² Der Welthandel (Waren)

² Die Rate bezieht sich auf den auch von der Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose betrachteten Länderkreis, wobei die Zuwachsraten mit dem nominalen Bruttoinlandsprodukt des Jahres 2018 auf der Basis von Marktwechselkursen gewichtet wurden.

sinkt im Jahr 2019 um 0,3%, im Jahr 2020 steigt er um 1,6%, im Jahr 2021 um 2,4%. Die Inflation zieht weltweit nur wenig an. Zwar liegt der Anstieg der Lohnstückkosten in den meisten fortgeschrittenen Volkswirtschaften derzeit über den Inflationsraten, aufgrund der recht schwachen Konjunktur werden die Unternehmen diese Kosten aber nur teilweise auf die Preise überwälzen können.

Risiken

Der oben gegebene Ausblick beruht wesentlich auf der Annahme, dass die Entspannung der handelspolitischen Streitigkeiten vom Herbst im kommenden Jahr nicht von neuen Zuspitzungen abgelöst wird, auch wenn nicht unterstellt wird, dass die Konflikte verschwinden werden. Für diese vorsichtig optimistische Sicht spricht das Eigeninteresse der politischen Hauptakteure an einer günstigen Konjunktur im Jahr 2020. Dass dieses Ziel durch Eskalation von Handelskonflikten gefährdet werden kann, ist in den vergangenen zwei Jahren deutlich geworden. Dennoch bleibt eine erneute Zuspitzung der Handelskonflikte zwischen den USA und China oder der Europäischen Union das Hauptrisiko der vorliegenden Prognose.

Ein ähnliches Risiko ist mit dem Brexit verbunden: Zwar ist ein geordneter Austritt im Winter sehr wahrscheinlich, schon für Ende 2020 droht aber ein neuer „harter Brexit“: Nur bis dahin ist die britische Wirtschaft noch Teil des europäischen Binnenmarktes. Unsicherheit über die europapolitischen Rahmenbedingungen auch in der kurzen Frist könnte dann schnell wieder steigen, wenn der Eindruck entsteht, dass die britische Regierung in den Verhandlungen über einen Handelsvertrag ein Scheitern bewusst riskiert.

Mit hohen ökonomischen Risiken hat gegenwärtig eine ganze Reihe von Schwellenländern zu kämpfen. Überraschend stark hat sich die Konjunktur in Indien abgeschwächt. Dabei ist ein Großteil der Probleme hausgemacht, insbesondere lassen Insolvenzen den indischen Finanzsektor fragil erscheinen. Schon mehrere Jahre über schwächelt die Wirtschaft in nahezu ganz Lateinamerika. Zuletzt haben sich Sorgen um die innenpolitische Stabilität in einer Reihe von Ländern der Region verstärkt, und für Argentinien geht es im Jahr 2020 um die Frage, ob eine erneute Staatsinsolvenz vermieden werden kann. Alles in allem besteht das Risiko, dass sich die Probleme aller einzelnen Länder gegenseitig verstärken; dann nämlich, wenn sie in den Augen internationaler Investoren zu einer einzigen Schwellenländer-Krise verschmelzen und Kapital massiv aus der Ländergruppe abgezogen würde. Dies würde dann auch die Weltkonjunktur als Ganzes belasten.

Anlass, über die Möglichkeit einer neuen Finanzkrise nachzudenken, gibt es aber auch im Fall der fortgeschrittenen Volkswirtschaften. Die Bewertungsgewinne auf den Aktienmärkten seit Oktober haben insbesondere Indizes für US-Aktien auf Höchstwerte steigen lassen. Es stellt sich die Frage, ob diese Bewertungen fundamental gerechtfertigt sind. Einen Hinweis kann das Verhältnis der Aktienkurse zu den Unternehmensgewinnen geben. Der IWF hat in seinem Global Financial Stability Report vom Herbst 2019 solche Kurs-Gewinn-Verhältnisse berechnet und kommt zum Ergebnis, dass europäische und chinesische Aktien nicht übermäßig hoch bewertet sind, Aktien von US-amerikanischen und japanischen Unternehmen gegenwärtig aber teuer sind.³ Oft wird argumentiert, das nominal wie real außerordentlich niedrige Zinsniveau rechtfertige hohe Vermögenspreise. Hier stellt sich aber die Frage nach den Ursachen der niedrigen Zinsen. Wenn es vor allem am reduzierten Wachstumstempo in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften liegt, sollten davon auch die für die Zukunft erwarteten Erträge der Unternehmen betroffen sein, und eine Höherbewertung von Aktien wäre nicht plausibel. Ein alternativer Erklärungsansatz ist das Vorsorgemotiv der „Baby-Boomer“-Generation. Danach würden die Realzinsen erst dann steigen und Vermögenspreise gedämpft werden, wenn die geburtenstarken Jahrgänge das Pensionsalter überschritten haben werden.⁴ Welchem der beiden Argumente mehr Gewicht zukommt, ist schwer abzuschätzen. Auch deshalb bleibt die Möglichkeit eines abrupten Rückgangs bei der Bewertung auf den Aktienmärkten, mit entsprechend negativen Effekten auf Finanzierungsmöglichkeiten und Konsumnachfrage auch für die kurze Frist, ein Risiko für die internationale Konjunktur.

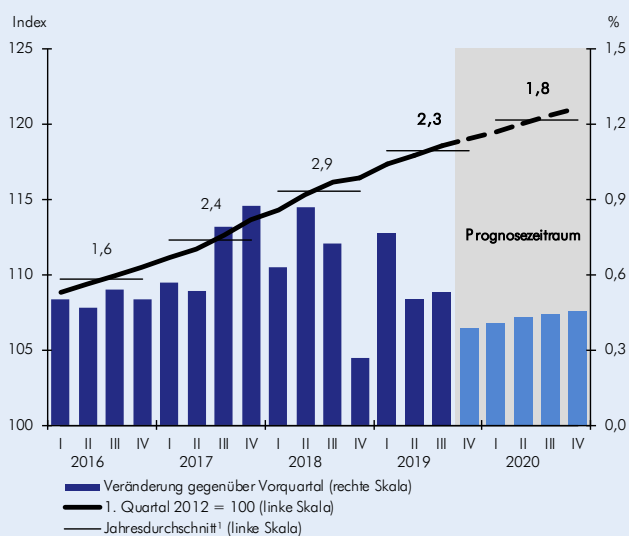
³ Vgl. IMF (Oct 2019), Global Financial Stability Report: Lower for longer, S. 3-4.

⁴ Vgl. Goodhart, C. und Pradhan, M. (2017), Demographics will reverse three multi-decade global trends, BIS Working Paper 656.

Weiterhin robuste Expansion in den USA

Auch im dritten Quartal expandierte die Wirtschaft in den USA mit 0,5% relativ kräftig und knüpfte an die robuste wirtschaftliche Dynamik des vorangegangenen Quartals an (vgl. Abbildung 5). Damit zeigte sich die mittlerweile fast zehn Jahre andauernde Expansion in den USA trotz andauernder Handelsstreitigkeiten und der damit verbundenen erhöhten Unsicherheit und einer schwachen globalen Nachfrage am aktuellen Rand stabil. Insbesondere der private Konsum wurde weiterhin kräftig ausgeweitet. Zudem trug die öffentliche Nachfrage zu der Aufwärtsbewegung bei, so dass der negative Beitrag der Nettoexporte und schwache Investitionen kompensiert wurden. Dabei werden die Investitionen zum einen durch längerfristig rückläufige Wachstumsraten in der industriellen Produktion gedämpft. Zum anderen tragen Faktoren, wie sinkende Ausrüstungsinvestitionen im Bergbausektor und andauernde Schwierigkeiten im Flugzeugbau, zu der aktuellen Schwäche bei.

Abbildung 5
Reales Bruttoinlandsprodukt in den USA
saisonbereinigter Verlauf



¹ Zahlenangaben: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Bureau of Economic Analysis; Berechnungen und Darstellung des IWH; ab 4. Quartal 2019: Prognose des IWH.

Der kräftige private Konsum wird begünstigt von einem anhaltend guten Arbeitsmarkt und steigenden Aktienpreisen. Gleichwohl stagniert der Lohnauftrieb seit Beginn des laufenden Jahres. Studien legen nahe, dass die Lohnentwicklung mit der Fluktuation zwischen unterschiedlichen Anstellungen zusammenhängen könnte.⁵ Angestellte können höhere Löhne fordern, sofern sie externe Angebote vorweisen. Eine niedrige Fluktuation deutet somit darauf hin, dass Unternehmen seltener mit Abwerbungen (oder Abgangsdrohungen) konfrontiert sind. Möglicherweise hat die Unsicherheit durch die Handelskonflikte und die fünfwöchige Stilllegung weiter Teile der amerikanischen Bundesverwaltung zu Beginn des laufenden Jahres die Jobwechselrate gedämpft und damit zur Stagnation des Lohnauftriebs beigetragen.

Trotz der guten Arbeitsmarktlage war die Geldpolitik der US-Notenbank (Fed) im laufenden Jahr expansiv ausgerichtet. So wurden bereits drei Zinssenkungen vorgenommen, um der erhöhten Unsicherheit aufgrund der Handelsstreitigkeiten und

der schwachen globalen Nachfrage entgegenzuwirken. Weiterhin scheint der Einfluss der niedrigen Arbeitslosenquote auf die Inflation bisher begrenzt, was der Zentralbank mehr Spielraum zur Erreichung des dualen Ziels stabiler Preise und niedriger Arbeitslosigkeit ermöglicht. Der von der Zentralbank bevorzugte Index privater Konsumausgaben zeigte zuletzt eher eine Abwärtsbewegung und sank im Oktober um ein Zehntel Prozentpunkt auf 1,6% im Vergleich zum Vorjahr. Allerdings dürfte sich die Inflation aufgrund der im Dezember geplanten Zollerhöhungen etwas beschleunigen. Diese Prognose geht davon aus, dass es bis zum Ende des Jahres 2020 keine weitere Zinsanpassung gibt, dennoch bleibt die Geldpolitik eher expansiv ausgerichtet.

In der Finanzpolitik gab es zuletzt keine neuen Impulse. Insgesamt steigt die Neuverschuldung der USA jedoch trotz guter wirtschaftlicher Lage weiter an. Dies ist insbesondere auf Mindereinnahmen durch die Steuerreform im Jahr 2017 und auf die parteiübergreifende Einigung zur Ausweitung des Haushalts im Sommer des laufenden Jahres zurückzuführen. Im Fiskaljahr 2019, das vom vierten Quartal 2018 bis zum dritten Quartal 2019 andauert, betrug das zentralstaatliche Defizit 4,6% und ist damit zum dritten Mal im Vergleich zum Vorjahr gestiegen.

⁵ Moscarini, G.; Postel-Vinay, F.: The Cyclical Job Ladder, Annual Review of Economics (2018).

Tabelle 2**Eckdaten zur Wirtschaftsentwicklung in den USA**

	2018	2019	2020	2021
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
reales Bruttoinlandsprodukt	2,9	2,3	1,8	1,8
privater Konsum	3,0	2,6	2,3	1,8
Staatskonsum und -investitionen	1,7	2,3	1,9	1,7
private Bruttoanlageinvestitionen	4,6	1,3	2,0	3,1
inländische Verwendung	3,1	2,5	1,9	2,0
Exporte	3,0	-0,1	0,8	1,9
Importe	4,4	1,6	1,9	2,9
Außenbeitrag ¹	-0,2	-0,3	-0,1	-0,2
Verbraucherpreise	2,4	1,8	2,2	2,2
in % des nominalen Bruttoinlandsprodukts				
Budgetsaldo ²	-5,7	-5,6	-5,5	-5,5
Leistungsbilanzsaldo	-2,3	-2,5	-2,5	-2,6
in % der Erwerbspersonen				
Arbeitslosenquote	3,9	3,7	3,5	3,7

¹ Wachstumsbeitrag. – ² Gesamtstaat (Bund plus Bundesstaaten und Gemeinden).

Quellen: Bureau of Economic Analysis; Berechnungen des IWH; 2019 bis 2021: Prognose des IWH.

Folgejahren bei sich abschwächender Dynamik um jeweils 1,8% ansteigen (vgl. Tabelle 2). Diese Entwicklung liegt insbesondere daran, dass die starke Ausweitung des Konsums etwas zurückgeht und keine weiteren Fiskalimpulse zu erwarten sind. Die Geldpolitik wird weiterhin expansiv ausgerichtet sein. Die Teuerungsrate der Verbraucherpreise dürfte 2019 insbesondere auf Grund gesunkener Benzinpreise mit 1,8% etwas niedriger ausfallen als im vergangenen Jahr. Die niedrige Arbeitslosigkeit und die für Dezember geplanten zusätzlichen Sonderzölle auf Einfuhren aus China dürften die Teuerungsrate in den kommenden beiden Jahren auf jeweils 2,2% ansteigen lassen.

Abschwung im Euroraum noch nicht zu Ende

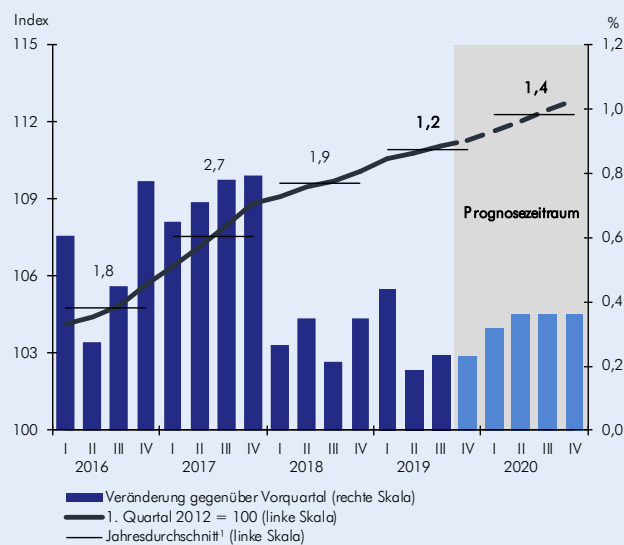
Die Wirtschaft im Euroraum befindet sich weiterhin im Abschwung. Die gesamtwirtschaftliche Produktion nahm in beiden Quartalen der Jahresmitte lediglich mit Raten von jeweils 0,2% zu (vgl. Abbildung 6). Gegenüber dem Vorjahresquartal war die Zunahme des Bruttoinlandsprodukts mit knapp 1,2% so niedrig wie seit Ende 2013 nicht mehr. Die Produktion im Verarbeitenden Gewerbe ist derweil bereits seit zwei Quartalen rückläufig. Dies geht maßgeblich auf Einbußen in der deutschen aber auch in der italienischen Industrie zurück. Auch gesamtwirtschaftlich ist, neben Deutschland, die konjunkturelle Schwäche besonders in Italien ausgeprägt, wo die Produktion seit etwa anderthalb Jahren de facto stagniert. In den übrigen drei großen Volkswirtschaften war die Konjunktur auch im dritten Quartal 2019 vergleichsweise robust. Die Zuwachsraten des Bruttoinlandsprodukts lagen zuletzt allerdings nur noch geringfügig über (Spanien und Niederlande) bzw. knapp unter (Frankreich) den jeweiligen Potenzialwachstumsraten. Der Aufschwung scheint somit auch in diesen Ländern vorerst zum Erliegen gekommen sein.

Es ist wahrscheinlich, dass die wirtschaftliche Dynamik im vierten Quartal aufgrund schwacher Investitionen und einer weniger kräftigen Ausweitung des Konsums leicht zurückgehen wird. Allerdings nahmen die Neuaufträge für zivile Kapitalgüter ohne Flugzeuge, welche als Indikator für Unternehmensinvestitionen gelten, mit 1,2% im Vergleich zum Vormonat zuletzt wieder stärker zu. Auch die Nachfrage für langlebige industrielle Güter nahm im Oktober um 0,6% im Vergleich zum Vormonat zu, nachdem sie im September mit -1,4% besonders kräftig zurückgegangen ist. Insgesamt dürften die Investitionen über den Prognosehorizont wieder anziehen und die Expansionsrate des Konsums etwas zurückgehen.

Alles in allem dürfte das Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2019 um 2,3% zunehmen und in den

Abbildung 6**Reales Bruttoinlandsprodukt im Euroraum**

saisonbereinigter Verlauf



¹ Zahlenangaben: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Eurostat; Berechnungen und Darstellung des IWH; ab 4. Quartal 2019: Prognose des IWH.

Stützpfeiler der Konjunktur im Euroraum bleibt weiterhin die Binnennachfrage und insbesondere der private Verbrauch, welcher zuletzt um 0,5% expandierte und 0,3 Prozentpunkte zum Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts beitrug. Vom Außenhandel kamen hingegen in sechs der letzten sieben Quartale negative Impulse. Der Preisdruck im Währungsraum ist, ungeachtet der bis zuletzt recht kräftigen Lohnsteigerungen, weiterhin niedrig. So lag das um Energie und Nahrungsmittel bereinigte Maß der Kerninflation im Herbst bei knapp 1,2%.

Die Gesamtrate fiel hingegen seit Mitte des Jahres bis auf 0,7% im Oktober, maßgeblich bestimmt durch einen auf Jahressicht deutlich niedrigeren Ölpreis.⁶ Die Lage auf dem Arbeitsmarkt hat sich weiter verbessert, der Rückgang der Arbeitslosigkeit hat sich jedoch sowohl im gesamten Währungsraum als auch in den meisten Mitgliedsstaaten abgeschwächt. Die Arbeitslosenquote lag im Euroraum insgesamt zuletzt mit 7,5% auf dem Niveau vor Beginn der Großen Rezession. Weiterhin deutlich über den jeweiligen Vorkrisenniveaus liegen die Arbeitslosenquoten lediglich in Italien, Spanien, Griechenland und Zypern. Mit Ausnahme Griechenlands haben sie jedoch auch dort die von der Europäischen Kommission geschätzte strukturelle Arbeitslosenquote (NAWRU) unterschritten. Analog zum Rückgang der Arbeitslosigkeit, hat sich auch der Beschäftigungsaufbau zuletzt ein wenig abgeschwächt, bleibt jedoch insgesamt robust. Auf Jahressicht nahm die Anzahl der Stellen im dritten Quartal 2019 um 1% zu.

Monetäre Rahmenbedingungen im Euroraum weiter günstig

Die Europäische Zentralbank lockerte im September erneut ihre Geldpolitik. Ein umfassendes Maßnahmenpaket soll bezwecken, dass sich die Inflationsaussichten wieder deutlich dem Zielwert von nahe aber unter 2% annähern. Im Ergebnis soll sich diese Annäherung in der Entwicklung der Kerninflation widerspiegeln. Der monetäre Stimulus beinhaltet unter anderem folgende Maßnahmen: Der Zinssatz für die Einlagefazilität wurde im September um zehn Basispunkte auf -0,5% gesenkt, während die Zinsen für die Spitzenrefinanzierungsfazilität und für Hauptrefinanzierungsgeschäfte unverändert blieben. Zudem führte die EZB ein zweistufiges System für die Verzinsung von Überschussreserven ein; dieses trat zum 30. Oktober in Kraft. Allerdings sind nunmehr Überschussreserven bis zum Sechsfachen des Mindestreservesolls von den Negativzinsen ausgenommen. Nettoankäufe von Vermögenswerten wurden zum 1. November mit einem monatlichen Volumen von 20 Mrd. Euro wiederaufgenommen. Zudem beabsichtigen die Währungshüter bis auf Weiteres die Leitzinsen auf einem niedrigen Niveau zu belassen und Nettoankäufe von Vermögenswerten durchzuführen.

Kurzfristige Geldmarktzinsen reagierten auf die Senkung des Einlagezinses mit einer fast vollständigen Anpassung und sanken um etwa 10 Basispunkte ab. Der Zins für unbesichertes Tagesgeld (EONIA) lag im Oktober durchschnittlich bei 0,45%. Deutschland und auch andere Euroraum-Länder, wie zum Beispiel Frankreich und die Niederlande, verzeichnen inzwischen negative Renditen auf ihre 10-jährigen Staatsanleihen. Im Euroraum-Durchschnitt war die Rendite trotzdem positiv, sie lag im Oktober bei 0,1%. Dominierende Faktoren in diesem Zusammenhang waren die konjunkturellen Abwärtsrisiken infolge von globalen Handelskonflikten und anhaltender geopolitischer Unsicherheit. Die Renditen sind jedoch ab Mitte Oktober erstmals wieder leicht gestiegen, angefacht durch die Berichterstattung über die Möglichkeit eines Teilabkommens im Handelsstreit zwischen China und den USA und eine verringerte Wahrscheinlichkeit eines harten Brexit. Gestützt durch die weiterhin günstigen Konditionen für private Haushalte im Euroraum stieg das Wachstum der Kredite an Haushalte abermals leicht um 3,5% gegenüber dem Vorjahr an. Konjunkturelle Risiken dämpften jedoch das Wachstum der Kreditvergabe an nichtfinanzielle Unternehmen. Im Vorjahresvergleich wuchs diese im August noch um 4,2%, im September nur noch um 3,6%.

Während die Banken im Euroraum von der Neuauflage des Ankaufprogramms einen positiven Impuls auf ihre Kreditvergabe im Haushaltssegment erwarten, gehen sie nicht davon aus, dass es nennenswerte Veränderungen im Firmengeschäft gibt. Darüber hinaus wird zwar erwartet, dass sich die Belastung der Ertragslage der Banken durch die Staffelung des Einlagesatzes abmildert. Gleichzeitig schätzen die Banken aber den positiven Effekt auf Kreditvolumen und -zinsen geringer als zuvor ein. Ungeachtet dessen macht die Absicht der Währungshüter, an ihren expansiven Kurs auf unbestimmte Zeit festzuhalten, deutlich, dass mit einer Leitzinserhöhung fürs erste nicht zu rechnen ist.

⁶ In einer ersten Veröffentlichung weist Eurostat für November 2019 eine Inflationsrate von 1,0% aus. Dadurch dürfte die Kernrate auf etwa 1,3% gestiegen sein.

Leicht expansive Finanzpolitik im Euroraum

Im Jahr 2019 dürfte sich für den zusammengefassten Haushaltssaldo im Euroraum ein Defizit ergeben, dass mit 0,7% relativ zum Bruttoinlandsprodukt um 0,2 Prozentpunkte höher ist als im Vorjahr. Zwar wirkt der rückläufige Schuldendienst defizitsenkend, gewichtiger sind aber expansive Maßnahmen in großen Mitgliedsstaaten wie Deutschland, Spanien, den Niederlanden und vor allem Frankreich, wo die Maastricht-Obergrenze für das gesamtstaatliche Defizit von 3% wohl überschritten wird. Zum einen hat die französische Regierung mit sozialpolitischen Maßnahmen auf die Gelbwesten-Proteste reagiert, zum anderen kommt es im Zug einer Steuerreform zu einmaligen Mindereinnahmen im Jahr 2019.⁷

Im Jahr 2020 ist die Finanzpolitik in Frankreich neutral ausgerichtet, und nach Wegfall des Einmaleffekts wird die Defizitquote des Landes wieder deutlich unter die 3%-Grenze fallen. Im Euroraum insgesamt steigt allerdings das zusammengefasste Defizit weiter auf 0,9% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt. Denn die negativen Effekte der schwachen Konjunktur werden wohl erst im Jahr 2020 bei den öffentlichen Haushalten ankommen, und in Deutschland und in den Niederlanden bleibt die Finanzpolitik expansiv ausgerichtet. Zudem wurden in Italien im Jahr 2019 sozialpolitische Reformen beschlossen, die erst im Folgejahr voll budgetwirksam werden: zum einen das „Bürger-einkommen“ (eine Art Grundsicherung), zum anderen die Möglichkeit der Pensionierung ab einem Alter von 62 Jahren, wenn 38 Jahre lang Beiträge gezahlt wurden. Diese Reformen haben nicht zuletzt deshalb keine kurzfristigen Finanzierungsprobleme zur Folge, weil Italien in besonderem Maß vom deutlichen Renditerückgang in den ersten drei Quartalen des Jahres 2019 profitiert. So lagen Mitte Dezember die Renditen auf italienische Staatstitel mit zehnjähriger Laufzeit 1,9 Prozentpunkte über ihrem Niveau von vor einem Jahr.

Verhaltene Aussichten

Realwirtschaftliche Frühindikatoren deuten für den Prognosezeitraum darauf hin, dass die Produktion im Verarbeitenden Gewerbe nicht weiter sinkt, die Dienstleistungen allerdings zunächst etwas weniger dynamisch expandieren. Die noch im Spätsommer beobachtete starke Divergenz der jeweiligen Einkaufsmanagerindizes (Markit) hat sich im November deutlich verringert. Der Index für die Gesamtwirtschaft liegt nur unwesentlich über der Expansionsschwelle und suggeriert eine zunächst weiter verhaltene konjunkturelle Dynamik. Die Vertrauensindikatoren der Europäischen Kommission zeigen grundsätzlich ein ähnliches, insbesondere für den Einzelhandel und die Bauwirtschaft jedoch ein optimistisches Bild. Auch das Verbrauchervertrauen ist vor dem Hintergrund der Beschäftigungs- und Lohnentwicklungen weiterhin hoch. So ist zu erwarten, dass die Binnenkonjunktur robust bleibt und die Wirtschaft im Währungsraum auch weiterhin stützt. Mit dem allmählichen Abklingen der Unsicherheit in Bezug auf die Modalitäten des Brexit, keinen zusätzlichen Handelsbarrieren sowie einer allgemein anziehenden Weltkonjunktur, dürfte sich zudem die Produktion im Verarbeitenden Gewerbe erholen und die Konjunktur in den übrigen Sektoren zusätzlich begünstigen. Die Geldpolitik wirkt über den gesamten Prognosezeitraum stützend, während von der Finanzpolitik zumindest im Jahr 2020 expansive Impulse ausgehen.

Tabelle 3

Eckdaten zur Wirtschaftsentwicklung im Euroraum

	2018	2019	2020	2021
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
reales Bruttoinlandsprodukt	1,9	1,2	1,4	1,4
privater Konsum	1,4	1,3	1,5	1,3
öffentlicher Konsum	1,1	1,6	1,5	1,3
Bruttoanlageinvestitionen	2,4	6,9	3,7	2,3
inländische Verwendung	1,5	2,1	1,4	1,5
Exporte ¹	3,3	2,3	2,6	2,9
Importe ¹	2,7	3,5	2,6	3,1
Außenbeitrag ²	0,4	-0,4	-0,1	0,0
Verbraucherpreise ³	1,8	1,3	1,3	1,5
% in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt				
Budgetsaldo ⁴	-0,5	-0,7	-0,9	-0,8
Leistungsbilanzsaldo	3,1	2,8	2,6	1,8
in % der Erwerbspersonen				
Arbeitslosenquote ⁵	8,2	7,6	7,5	7,4

¹ Einschließlich Intrahandel. – ² Wachstumsbeitrag. – ³ Harmonisierter Verbraucherpreisindex. – ⁴ Gesamtstaatlich. – ⁵ Standardisiert.

Quellen: Eurostat; Europäische Kommission, ILO; Berechnungen des IWH; 2019 bis 2021: Prognose des IWH.

⁷ In Frankreich werden Unternehmen in Abhängigkeit von der Lohnsumme von Abgaben entlastet. Bis 2019 war im Rahmen der „Steuerentlastung für Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung“ (CICE) die Entlastung an die Lohnsumme des Vorjahres geknüpft, in Zukunft kommt es zu einem Abzug der Sozialversicherungsabgaben in Abhängigkeit von der Lohnsumme des laufenden Jahres. Im Jahr 2019 kommen beide Entlastungen zum Tragen.

Alles in allem dürfte die gesamtwirtschaftliche Produktion im Jahr 2019 um 1,2% und in beiden Folgejahren um jeweils 1,4% zulegen (vgl. Tabelle 3 und 4), wobei 0,2 Prozentpunkte der Expansion im Jahr 2020 allein auf eine höhere Anzahl an Arbeitstagen zurückgehen. Zwar wird sich der Preisdruck wohl erst im Zuge einer wieder anziehenden Konjunktur verstärken. Die weiterhin günstige Lage auf dem Arbeitsmarkt dürfte sich jedoch in anhaltend kräftigen Lohnzuwächsen widerspiegeln. Mit dem Abklingen verschiedener Unsicherheitsfaktoren dürften zudem auch die zuvor beobachteten Lohnsteigerungen vermehrt an die Verbraucher weitergegeben werden. Die Verbraucherpreise steigen im Durchschnitt des Jahres 2019 um 1,3%. Im Verlauf des Jahres 2020 ist aufgrund mehrerer Basiseffekte des Ölpreises mit einer recht volatilen Inflationsrate zu rechnen.

Tabelle 4**Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote in Europa**

	Gewicht (BIP) in %	Bruttoinlandsprodukt ¹				Verbraucherpreise ²				Arbeitslosenquote ³			
		Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %								in %			
		2018	2019	2020	2021	2018	2019	2020	2021	2018	2019	2020	2021
Deutschland	24,8	1,5	0,5	0,7	1,6	1,9	1,3	1,4	1,5	3,4	3,1	3,0	3,0
Frankreich	17,5	1,8	1,3	1,3	1,4	2,1	1,3	1,3	1,4	9,1	8,5	8,4	8,4
Italien	13,0	0,7	0,2	0,7	0,7	1,3	0,7	0,9	1,2	10,6	10,0	9,9	9,8
Spanien	9,0	2,4	2,0	1,7	1,6	1,7	0,8	1,0	1,5	15,3	14,2	14,1	13,9
Niederlande	5,7	2,6	1,7	1,4	1,4	1,6	2,6	1,6	1,8	3,8	3,4	3,6	3,7
Belgien	3,3	1,5	1,4	1,4	1,2	2,3	1,4	1,4	1,6	6,0	5,5	5,5	5,4
Österreich	2,9	2,3	1,5	1,3	1,5	2,1	1,4	1,7	1,8	4,9	4,6	4,6	4,7
Irland	2,4	8,5	5,8	3,5	3,0	0,7	0,7	1,2	1,7	5,8	5,0	4,6	4,6
Finnland	1,7	1,7	1,4	1,6	1,5	1,2	1,1	1,2	1,4	7,4	6,7	6,5	6,3
Portugal	1,5	2,4	1,9	1,4	1,3	1,2	0,2	1,0	1,4	7,1	6,5	6,3	6,2
Griechenland	1,4	1,9	1,6	2,3	2,2	0,8	0,6	1,0	1,3	19,3	17,3	16,3	15,2
Slowakei	0,7	4,0	2,4	2,6	2,8	2,5	2,7	2,3	2,1	6,5	5,7	5,6	5,5
Luxemburg	0,4	3,2	3,3	3,1	3,0	2,0	1,1	1,2	1,4	5,5	5,5	5,4	5,3
Slowenien	0,3	4,2	2,4	2,5	2,3	1,9	1,8	1,9	1,9	5,1	4,4	4,5	4,5
Litauen	0,3	3,7	3,7	2,7	2,7	2,5	2,2	2,1	2,1	6,2	6,2	6,1	5,9
Lettland	0,2	4,8	2,3	2,5	2,8	2,6	3,0	2,8	2,5	7,4	6,5	6,4	6,1
Estland	0,2	4,8	3,5	2,5	2,8	3,4	2,4	2,3	2,2	5,4	4,4	4,9	5,4
Zypern	0,2	4,1	3,5	2,4	2,3	0,8	0,6	1,8	2,0	8,4	7,0	6,4	6,1
Malta	0,1	6,8	3,7	3,9	3,4	1,7	1,6	1,8	1,9	3,7	3,5	3,4	3,4
Euroraum insgesamt	85,8	1,9	1,2	1,2	1,4	1,8	1,3	1,3	1,5	8,2	7,6	7,5	7,4
Euroraum ohne Deutschland	60,9	2,1	1,5	1,4	1,4	1,7	1,2	1,3	1,5	9,9	9,2	9,1	9,0
Polen	3,7	5,2	4,3	3,3	2,9	1,2	2,1	2,7	2,5	3,9	3,5	3,4	3,4
Schweden	3,5	2,3	1,2	1,3	1,7	2,1	1,6	1,4	1,6	6,3	6,8	6,6	6,0
Dänemark	2,2	2,4	2,0	1,9	1,6	0,7	0,6	1,0	1,3	5,1	5,1	5,0	4,7
Tschechien	1,5	3,0	2,5	2,3	2,6	2,0	2,4	2,2	2,0	2,3	2,0	2,0	2,0
Rumänien	1,5	4,0	3,8	2,9	2,9	4,1	3,9	3,2	3,1	4,2	3,9	3,8	3,8
Ungarn	1,0	5,1	5,0	3,5	2,7	2,9	3,4	3,2	3,0	3,7	3,4	3,2	3,2
Bulgarien	0,4	3,2	3,8	2,9	2,6	2,6	2,7	2,6	2,5	5,2	4,2	4,0	3,9
Kroatien	0,4	2,6	2,6	2,3	2,7	1,6	1,0	1,1	1,3	8,4	6,9	6,4	6,1
EU 27 ⁴	100,0	2,1	1,4	1,4	1,6	1,8	1,4	1,4	1,6	7,3	6,8	6,7	6,6
MOE-Länder ⁵	10,3	4,3	3,7	2,9	2,8	2,2	2,6	2,6	2,5	4,4	3,9	3,8	3,7

¹ Die Zuwachsraten sind, außer für die Slowakei, um Arbeitstageeffekte bereinigt.

² Harmonisierter Verbraucherpreisindex.

³ Standardisiert.

⁴ Summe der aufgeführten Länder. Bruttoinlandsprodukt und Verbraucherpreise gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2018 in US-Dollar. Arbeitslosenquote gewichtet mit der Zahl der Erwerbspersonen von 2018.

⁵ Mittel- und osteuropäische Länder: Slowakei, Slowenien, Litauen, Lettland, Estland, Polen, Tschechien, Rumänien, Ungarn, Bulgarien, Kroatien.

Quellen: Eurostat; IWF; 2019 bis 2021: Prognose des IWH.

Im Jahresdurchschnitt dürfte sie ebenso 1,3% betragen und im Jahr darauf auf 1,5% ansteigen. Der Rückgang der Arbeitslosenquote wird sich weiter verlangsamen. Nach durchschnittlich 7,6% im Jahr 2019 dürfte sie im Jahresdurchschnitt der Folgejahre leicht auf 7,5% und 7,4% sinken.

Leichte Belebung der britischen Konjunktur nach einem geordneten Brexit

Im Oktober einigten sich die britische Regierung und die Europäische Union auf einen vertraglich geregelten Austritt des Landes, der bis Ende Januar 2020 erfolgen soll. Es kann damit gerechnet werden, dass das Mitte Dezember neu gewählte Parlament den Austrittsvertrag in britisches Recht umsetzt und dieser damit wirksam wird. Bis Ende 2020 bleibt die britische Wirtschaft dann Teil des EU-Binnenmarktes. Bis Ende Juni kann diese Übergangszeit noch verlängert werden, längstens bis Ende 2022. Für die nähere Zukunft sind die Risiken damit erheblich gesunken, und das britische Pfund hat im Oktober deutlich aufgewertet.

Die Unsicherheiten um den Brexit haben die Konjunktur in Großbritannien schwer gezeichnet: Zu Beginn des Jahres versuchten die Unternehmen, sich auf Friktionen beim Güterverkehr im Fall eines für möglich gehaltenen Austritts Ende März vorzubereiten: Importe wurden vorgezogen, Lager aufgebaut und Betriebsferien vom Sommer auf den April vorverlegt. Im zweiten Quartal wurden die Lager wieder abgebaut, die Importe und in geringerem Maß auch die Exporte brachen ein, und die gesamtwirtschaftliche Produktion ging zurück. Der Lagerabbau ging im dritten Quartal weiter, während die Exporte wieder etwas zunahmen. Im Trend hat sich die gesamtwirtschaftliche Expansion abgeschwächt, und die Investitionen stagnieren. Daneben leidet auch die britische Wirtschaft unter der schwächelnden Weltkonjunktur. Robust ist bislang der private Konsum. Die Einkommen aus unselbständiger Arbeit nehmen deutlich zu, denn die Löhne steigen aufgrund von Knappheiten am Arbeitsmarkt mit annähernd 4% im Jahr. Allerdings sinkt die Zahl der offenen Stellen seit Jahresanfang, und im dritten Quartal ist auch die Beschäftigung etwas zurückgegangen.

Angesichts der hohen wirtschaftlichen Risiken hat die Finanzpolitik einen Kurswechsel vorgenommen: Die Regierung gab im September ein „Ende der Austerität“ und umfangreiche Mehrausgaben für das Fiskaljahr 2020/21 bekannt. Auch soll die derzeit gültige Fiskalregel (eine strukturelle Verschuldung von unter 2% relativ zum Bruttoinlandprodukt) im Fall eines Wahlsieges der Tories überprüft, das heißt wohl gelockert werden. Vorsichtiger sind die Verlautbarungen der Bank von England zu ihren geldpolitischen Absichten. Die Verbraucherpreisinflation liegt derzeit nur wenig unterhalb des Ziels von 2%. Die Notenbank hat erklärt, dass sie bereit ist, den Leitzins zu senken, falls die schwache Weltkonjunktur oder Unsicherheiten bezüglich des Brexit dies geraten erscheinen lasse. Die Märkte rechnen damit, dass der Leitzins im Lauf des Jahres 2020 von derzeit 0,75% auf 0,5% gesenkt wird.

Die im Oktober gefallenen Vorentscheidungen bezüglich des EU-Austritts dürften bewirken, dass die Konjunktur in den nächsten Quartalen wieder etwas anzieht. Allerdings hat sich die Zuversicht von Unternehmen und privaten Haushalten bisher nur wenig erhöht. Dabei mag eine Rolle spielen, dass Unsicherheiten um den Brexit weiterbestehen: Sollte bis zum Ende der Übergangsperiode, sei es Ende 2020 oder später, kein Handelsabkommen vereinbart sein, käme es doch noch zu einem harten Ausscheiden. Auch wegen der anhaltenden Unsicherheiten dürfte die britische Wirtschaft im Jahr 2020 mit 1,3% so verhalten wie im Jahr 2019 expandieren.

Robuste Wirtschaft in den mittel- und osteuropäischen Mitgliedsländern der EU

In den mittel- und osteuropäischen Mitgliedsländern der EU blieb die Konjunktur das Jahr 2019 über trotz der weltwirtschaftlichen Schwäche gut. Einige Länder sind sogar weiter im Aufschwung. Besonders stark ist die Expansion in Polen und auch in Ungarn, wo sich der Bau von Produktionsanlagen für den Fahrzeugbau in hohen Investitionsraten niederschlägt. Eine ähnlich große gesamtwirtschaftliche Bedeutung wie in Ungarn hat die Automobilbranche in Tschechien und der Slowakei. Diese hat mit der weltweit schwachen Nachfrage nach Automobilen zu kämpfen, wenngleich es insgesamt wohl nicht zu einem deutlichen Produktionsrückgang wie in Deutschland gekommen ist. Im Allgemeinen haben die Ausfuhren der Ländergruppe im gegenwärtig schwierigen weltwirtschaftlichen Umfeld nicht viel an Schwung verloren, und die Binnennachfrage ist robust. Dass die kräftig steigende Nachfrage befriedigt werden kann, wird zu einem erheblichen Teil durch Produktivitätsgewinne ermöglicht. Die Arbeitsmärkte sind vielfach geräumt, und die Beschäftigung expandiert deshalb verlangsamt. In Polen geht sie sogar leicht zurück. Das Wachstum der Arbeitsproduktivität ermöglicht hohe Lohnsteigerungen von in der Regel deutlich über 6%. Allerdings hat die Inflation im Lauf des Jahres 2019 angezogen, die Kernraten (ohne die Komponenten Energie und unverarbeitete Lebensmittel) liegen gegenwärtig um die 3%. Nur die tschechische Notenbank hat darauf mit einer leichten Straffung der Geldpolitik reagiert. Die Finanzpolitik ist überwiegend neutral bis leicht expansiv ausgerichtet. Allerdings dürften

in den Jahren 2020 und 2021 EU-Fonds Investitionsprojekte in erheblichem Umfang anstoßen. Denn die Gelder werden im Rahmen des laufenden EU-Budgets vergeben, das derzeit für die Jahre 2014 bis 2020 läuft, und typischerweise wird ein erheblicher Teil davon erst gegen Ende der Periode oder auch in den zwei Folgejahren verausgabt.

Allerdings hat die schwache internationale Konjunktur, zumal die im wichtigen Partnerland Deutschland, in den vergangenen Monaten die Stimmung und die wirtschaftlichen Aussichten in vielen Ländern deutlich eingetrübt. So ist zu erwarten, dass nicht nur der Export, sondern auch die ausländischen Direktinvestitionen im Prognosezeitraum an Dynamik verlieren werden. Die gesamtwirtschaftliche Expansion des Länderkreises wird sich deshalb im Jahr 2020 deutlich verlangsamen, sie dürfte aber im europäischen Vergleich mit knapp 3% immer noch hoch bleiben.

Deutsche Konjunktur in der Talsohle

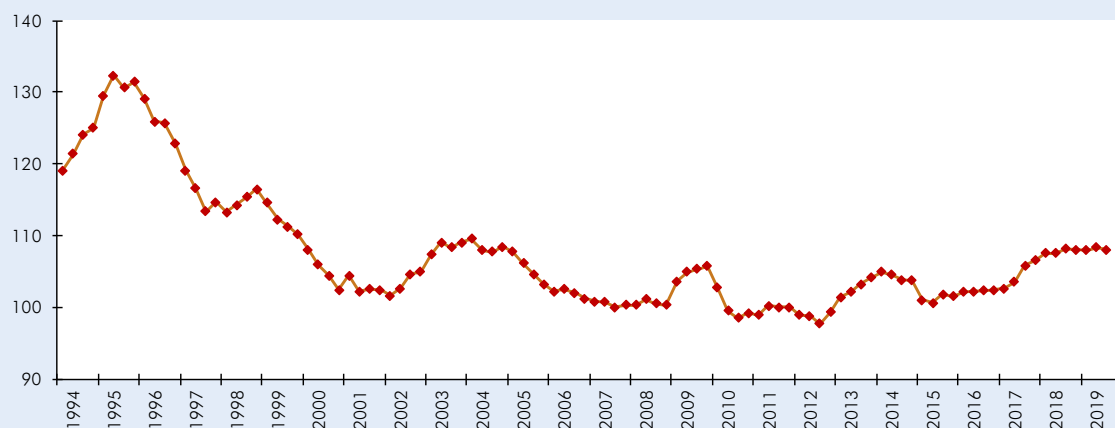
Die deutsche Wirtschaft befindet sich zur Jahreswende 2019/2020 weiter im Abschwung. Nach einem Rückgang im zweiten Quartal ist die Produktion im dritten nur geringfügig gestiegen. Der Staatsverbrauch nahm zwar erneut kräftig zu, die Investitionen sind aber schon zwei Quartale hintereinander leicht rückläufig. Auch wenn der Export zuletzt wieder etwas zugelegt hat, so geht der Abschwung doch im Wesentlichen auf die seit Sommer 2018 schwache Auslandsnachfrage nach Produkten des Verarbeitenden Gewerbes zurück. Hintergrund ist vor allem, dass die internationale Arbeitsteilung durch die von den USA ausgehenden protektionistischen Tendenzen und durch den bevorstehenden Brexit beeinträchtigt wird. Zudem trifft die Verlagerung der chinesischen Nachfrage von Industriegütern in Richtung Dienstleistungen die deutschen Exporteure in besonderem Maß, denn für sie ist China als Absatzmarkt von großer Bedeutung. All das sind Gründe dafür, dass die Wertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe zuletzt fast 5% unter ihrem Niveau vom Frühjahr 2018 lag. Als weiterer Faktor kommen die Probleme der Automobilbranche hinzu: Die Kfz-Nachfrage unterliegt typischerweise ausgeprägten zyklischen Schwankungen und ist deshalb auch von der gegenwärtigen Schwäche der internationalen Konjunktur besonders betroffen. Der Absatzeinbruch überträgt sich auch auf Lieferanten von Vorleistungen und Investitionsgütern (Kasten 1). Darüber hinaus ist die Autobranche mit dem technologischen Schwenk zum Elektroantrieb am Beginn eines drastischen Strukturwandels, mit dem ein substanzieller Arbeitsplatzabbau in diesem Bereich einhergehen könnte.

Bis jetzt sind aber die Arbeitsplatzverluste im ganzen Verarbeitenden Gewerbe ebenso wie in der Autoindustrie trotz Produktionsrückgangs gering. Die Kehrseite davon ist, dass die Arbeitsproduktivität schon seit Anfang 2018 sinkt. Weil zugleich der Anstieg der Löhne den der Preise deutlich übertrifft, sind die Lohnstückkosten stark gestiegen: Im Verarbeitenden Gewerbe lagen sie im dritten Quartal 11% höher als auf dem Höhepunkt des vergangenen Aufschwungs zwei Jahre zuvor. An dem auf Lohnstückkosten basierenden real-effektiven Wechselkurs ist abzulesen, dass die deutsche Wirtschaft einen Teil ihrer bis vor kurzem hohen Wettbewerbsfähigkeit eingebüßt hat (vgl. Abbildung 7).

Abbildung 7

Real-effektiver Wechselkurs der deutschen Wirtschaft auf Basis der Lohnstückkosten

2010 = 100



Quelle: Eurostat.

Im Jahr 2020 dürfte die hier für das Jahr 2020 prognostizierte leichte Belebung der internationalen Konjunktur die Nachfrage nach Industriegütern und damit den deutschen Export wieder anziehen lassen. Auch wegen der gestiegenen Kostenbelastung wird der Anstieg aber nicht allzu hoch ausfallen. Auf der anderen Seite stabilisieren die recht deutlichen Lohnzuwächse im gegenwärtigen Abschwung die binnenwirtschaftliche Nachfrage. Bei geringer Verbraucherpreisinflation legen die verfügbaren Einkommen und der private Konsum weiter deutlich zu (vgl. Tabelle 5). Erst im Jahr 2020, also mit einiger Verzögerung, dürfte der Abschwung auch auf die Löhne durchschlagen, und die Beschäftigung nur noch langsam steigen. Andererseits wird die dann schon sichtbare leichte Verbesserung der außenwirtschaftlichen Bedingungen das zuletzt gesunkene Konsumentenvertrauen wohl wieder festigen.

Kasten 1**Gesamtwirtschaftliche Wertschöpfungseffekte des Rückgangs der Kfz-Produktion**

Die Produktion in der Kfz-Branche lag in den ersten zehn Monaten des Jahres 2019 um 11,1% unter dem Stand im Vorjahreszeitraum. Auf das gesamte Jahr 2019 bezogen würde dies eine Verringerung des Produktionswertes im Bereich Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen um 40,0 Mrd. Euro bzw. eine Verringerung der Bruttowertschöpfung um 11,0 Mrd. Euro bedeuten.

Der negative gesamtwirtschaftliche Produktionseffekt ist allerdings höher, da der Rückgang der Kfz-Produktion zu einer Verringerung der Vorleistungskäufe aus anderen Branchen führt. Damit könnte die Produktion in den betroffenen Branchen schrumpfen. Bezieht man die über den Vorleistungsbezug induzierten Effekte mit ein, so dürfte der Rückgang der Produktion im Kfz-Gewerbe zu einer Verringerung der gesamtwirtschaftlichen Bruttowertschöpfung in Höhe von 20,5 Mrd. Euro führen.^{K1} Das bedeutet, dass im Jahr 2019 die gesamtwirtschaftliche Bruttowertschöpfung um etwa knapp 0,1% höher wäre, wenn es nicht zu dem Rückgang der Kfz-Produktion und der damit verbundenen Verringerung von Vorleistungskäufen gekommen wäre.

In Tabelle K1 sind die Produktionsbereiche angegeben, deren Bruttowertschöpfung infolge des Rückgangs der Kfz-Produktion relativ am stärksten zurückgehen.

Tabelle K1:**Effekte des Rückgangs der Kfz-Produktion auf die Bruttowertschöpfung in ausgewählten Wirtschaftsbereichen**

	Absoluter Effekt ¹ in Mio. EUR	Relativer Effekt ² in %
Kraftwagen und Kraftwagenteile	-11 020	-12,2
Gießereierzeugnisse	-350	-5,4
Handelsleistungen mit Kfz; Instandhaltung und Reparatur an Kfz	-1 010	-1,8
Gummi- und Kunststoffwaren	-410	-1,7
Metallerzeugnisse	-890	-1,7
Vermittlung und Überlassung von Arbeitskräften	-500	-1,6
Roheisen, Stahl, Erzeugnisse der ersten Bearbeitung von Eisen u. Stahl	-140	-1,5
Reparatur, Instandhaltung u. Installation v. Maschinen u. Ausrüstungen	-270	-1,4

¹ Absolute Veränderung der Bruttowertschöpfung infolge des Rückgangs der Kfz-Produktion. – ² Anteil der Veränderung der Bruttowertschöpfung infolge des Rückgangs der Kfz-Produktion an der Bruttowertschöpfung des jeweiligen Wirtschaftsbereichs.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

Zu beachten ist, dass hier nur die Effekte über den Vorleistungsbezug erfasst werden. Dabei sind die Effekte des Rückgangs der Kfz-Produktion über den Vorleistungsbezug (z. B. Kauf von Ersatzteilen, Reparaturleistungen) im Maschinenbau nicht sehr hoch: Die Bruttowertschöpfung dürfte dadurch in diesem Bereich nur um 260 Mio. Euro bzw. 0,3% sinken. Darüber hinaus hat der Rückgang der Kfz-Produktion auch Konsequenzen für den Kauf von kompletten Maschinen und Ausrüstungen durch die Kfz-Branche. Hierbei handelt es sich allerdings um Investitionen und nicht um Vorleistungen. Der Erwerb von Investitionsgütern wird in der Input-Output-Tabelle nicht einzelnen Wirtschaftsbereichen zugeordnet. Die negativen Effekte der geringeren Investitionsgüterkäufe durch die Kfz-Branche dürften für den Maschinenbau deutlich höher sein als die Effekte, die durch geringere Vorleistungskäufe hervorgerufen werden.

^{K1} Die Berechnungen basieren auf der Input-Output-Tabelle für das Jahr 2015. Dabei wird der Produktionswert im Bereich Kraftwagen und Kraftwagenteile bis 2017 mit Angaben zum Produktionswert des Statistischen Bundesamtes, Fachserie 18, Reihe 1.4 und für den Zeitraum danach mit dem Produktionsindex fortgeschrieben. Mit dem offenen statischen Input-Output-Modell werden für das Jahr 2019 die totalen – d. h. die direkten und die über den Vorleistungskreislauf induzierten indirekten – Effekte auf die Produktionswerte in allen Wirtschaftsbereichen berechnet. Aus diesen werden die Wertschöpfungseffekte abgeleitet. Zur Methode vgl. Miller, R. E., Blair, P. D., 2009. Input-Output Analysis. Foundations and Extensions, 2nd Edition. Cambridge University Press, New York and Cambridge, 283 f.

Tabelle 5
Beiträge der Verwendungskomponenten zur Veränderung des Bruttoinlandsprodukts¹
in Prozentpunkten

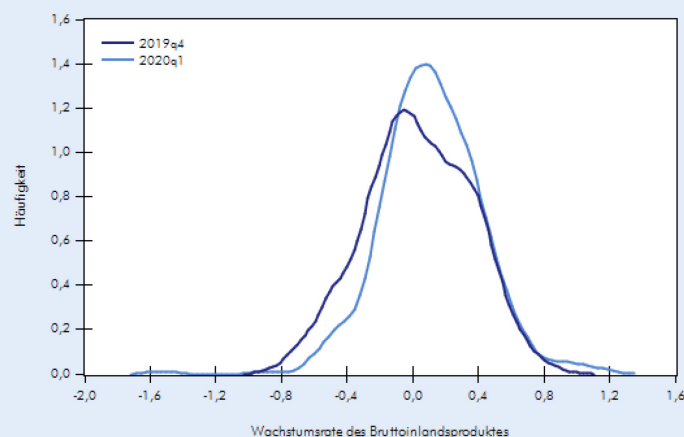
	2018	2019	2020	2021
Konsumausgaben	1,0	1,2	1,1	1,2
private Konsumausgaben	0,7	0,8	0,6	0,8
Konsumausgaben des Staates	0,3	0,4	0,5	0,4
Bruttoanlageinvestitionen	0,7	0,6	0,4	0,4
Bauten	0,3	0,0	0,0	0,1
Ausrüstungen	0,3	0,4	0,3	0,2
sonstige Anlagen	0,2	0,1	0,1	0,1
Vorratsveränderung	0,3	-0,8	-0,4	0,1
inländische Verwendung	2,0	0,9	1,1	1,7
Außenbeitrag	-0,4	-0,4	0,0	-0,1
Exporte	1,0	0,6	1,6	1,9
Importe	-1,5	-1,0	-1,5	-1,9
Bruttoinlandsprodukt	1,5	0,5	1,1	1,6

¹ Abweichungen in der Summe rundungsbedingt.

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2019 bis 2021: Prognose des IWH.

Alles in allem ist mit einer langsamen Belebung der deutschen Wirtschaft im Lauf des Jahres 2020 zu rechnen. Im Winterhalbjahr bleibt die Konjunktur aber noch schwach. So sprechen die Auftragseingänge für das Verarbeitende Gewerbe lediglich für eine Stabilisierung der Produktion, und der weitere Rückgang der Industrieproduktion im Oktober deutet auf ein erneut schwaches viertes Quartal 2019 hin. Der auf Grundlage einer Vielzahl von Frühindikatoren errechnete IWH-Flash-Indikator zeigt eine Stagnation des Bruttoinlandsprodukts im Schlussquartal 2019 und einen sehr geringen Anstieg im Folgequartal an (vgl. Abbildung 8 und Tabelle 6).

Abbildung 8
Einzelindikatorprognosen für das Winterhalbjahr 2019/2020
Verteilung nach Wachstumsraten



Quellen: Statistisches Bundesamt; [IWH-Flash-Indikator vom 19.11.2019](#).

Tabelle 6
Quartalsdaten zur wirtschaftlichen Entwicklung¹
Veränderung in % gegenüber dem Vorquartal

	2018				2019				2020			
	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV
private Konsumausgaben	0,1	0,2	0,0	0,4	0,8	0,1	0,4	0,1	0,2	0,3	0,4	0,4
öffentlicher Konsum	0,0	0,6	0,1	0,4	0,6	0,6	0,8	0,5	0,6	0,6	0,5	0,5
Bauten	2,0	0,4	0,5	0,3	1,5	0,3	-2,6	-0,8	0,4	0,4	0,5	0,5
Ausrüstungen	0,5	1,3	0,7	1,2	2,5	-1,1	1,2	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5
sonstige Anlagen	0,2	1,3	1,1	1,2	-0,6	0,9	1,0	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5
Vorratsinvestitionen ²	-0,2	0,2	0,7	-0,1	-0,9	0,2	-0,7	-0,1	0,0	0,0	0,0	0,0
inländische Verwendung	0,1	0,7	0,9	0,4	0,0	0,3	-0,4	0,0	0,3	0,4	0,5	0,5
Außenbeitrag ²	0,1	-0,2	-1,0	-0,2	0,4	-0,6	0,5	0,0	-0,1	-0,1	-0,1	-0,1
Exporte	-0,2	0,8	-0,9	0,2	1,6	-1,3	1,0	0,7	0,6	0,7	0,8	0,9
Importe	-0,4	1,5	1,3	0,6	0,8	-0,1	0,1	0,8	0,9	0,9	1,1	1,2
Bruttoinlandsprodukt	0,1	0,4	-0,1	0,2	0,5	-0,2	0,1	0,0	0,2	0,3	0,4	0,4

¹ Saison- und arbeitstäglich bereinigte Werte; in Vorjahrespreisen. – ² Beitrag zur Veränderung des Bruttoinlandsprodukts in Prozentpunkten (Lundberg-Komponenten).

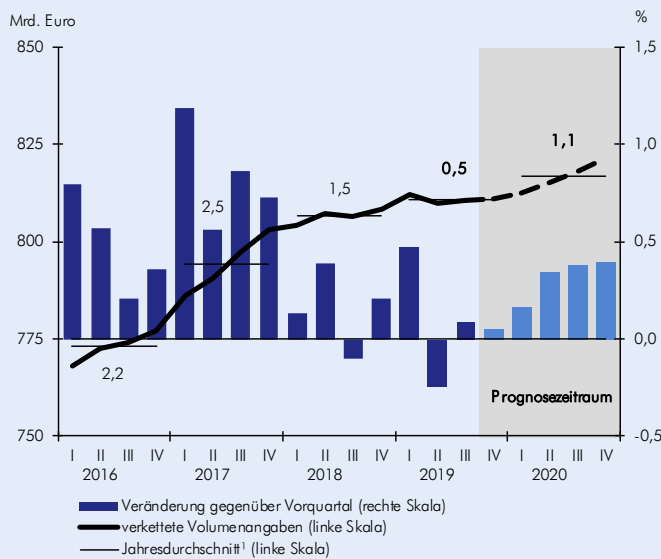
Quellen: Statistisches Bundesamt; ab 4. Quartal 2019: Prognose des IWH.

Zudem wirkt die Finanzpolitik über zusätzliche Ausgaben für Sozialleistungen und Infrastrukturinvestitionen sowie über Abgabensenkungen expansiv, auch wenn die Impulse nicht ganz so hoch ausfallen wie im Jahr 2019.

Die sehr günstigen Finanzierungsbedingungen werden zusammen mit der Wohnungsknappheit in den Ballungsräumen auch den Bauboom am Leben halten. Andere Investitionsprojekte mit in der Regel kürzeren Finanzierungshorizonten als im Wohnungsbau üblich profitieren ebenfalls von den geldpolitisch induzierten niedrigen Finanzierungskosten, wenn auch in geringerem Ausmaß.

Abbildung 9**Reales Bruttoinlandsprodukt in Deutschland**

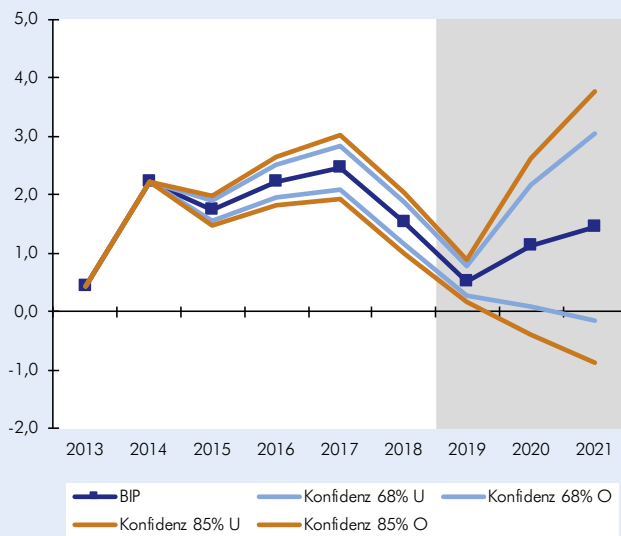
saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf

¹ Ursprungswerte: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH; ab 4. Quartal 2019: Prognose des IWH.

Abbildung 10**Prognoseunsicherheit¹**

Veränderung gegenüber Vorjahr in %

¹ Zur Berechnung werden die Prognosefehler der Vergangenheit herangezogen und Risikoszenarien ausgeblendet, d. h. die tatsächliche Prognoseunsicherheit unter Einbeziehung extremer Risiken ist höher als hier angegeben.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH.

Allmählich dürfte der Produktionszuwachs etwas anziehen und in der zweiten Jahreshälfte 2020 in etwa wieder die Potenzialwachstumsrate erreichen. Angesichts des nunmehr schon länger andauernden Abschwungs dürften die gesamtwirtschaftlichen Kapazitäten mittlerweile unterausgelastet sein (vgl. Abbildung K2). Erst für das Jahr 2021 ist damit zu rechnen, dass sich die Unterauslastung der Kapazitäten wieder verringert.

Das Bruttoinlandsprodukt expandiert in Deutschland nach vorliegender Prognose im Jahr 2019 um 0,5% und im Jahr 2020 um 1,1% (vgl. Abbildung 9 und Abbildung 10).⁸ Dabei ist zu berücksichtigen, dass im Jahr 2020 deutlich mehr Arbeitstage als im Vorjahr anfallen. Arbeitstäglich bereinigt expandiert die Produktion im Jahr 2020 nur um 0,7%. Für 2021 beinhaltet die Prognose eine Expansionsrate von 1,6% (vgl. Tabelle 7) (vgl. Kasten 2). Die Verbraucherpreisinflation bleibt im gesamten Prognosezeitraum moderat, die Beschäftigung nimmt nur noch wenig zu, und die Arbeitslosenrate bleibt unverändert bei 4,9%.

Die Risiken für die Konjunktur in Deutschland ergeben sich aus denen für die Weltwirtschaft, wie sie im internationalen Teil diskutiert werden. Ein Risiko vor allem für Deutschland ist der Strukturwandel in der Automobilindustrie. Er könnte mehr gutbezahlte Arbeitsplätze kosten und mehr Unternehmen aus dem Markt drängen, als hier unterstellt ist. Der Kaufkraftrückgang, der mit einer Krise des Automobilsektors verbunden wäre, könnte die gesamtwirtschaftliche Nachfrage in Deutschland spürbar dämpfen.

⁸ Für das Jahr 2019 reicht das 68%-Prognoseintervall des Bruttoinlandsproduktes von 0,3% bis 0,8%, für das Jahr 2020 von 0,1% bis 2,2% und für 2021 von -0,2% bis 3%. Das 68%-Prognoseintervall überlagert die tatsächliche Wachstumsrate mit einer Wahrscheinlichkeit von 68% – sofern das Basisszenario zutreffend ist (vgl. Abbildung 10). Darüber hinaus dürfte das Bruttoinlandsprodukt für die Vergangenheit ebenso in den kommenden Jahren revidiert werden (vgl. Arbeitskreis Konjunktur des IWH: Binnenwirtschaft trägt Konjunktur in Deutschland, in: IWH-Wirtschaft im Wandel, Jg. 20 (1), 2014, 18-19).

Kasten 2**Zur Schätzung des Produktionspotenzials**

Das IWH wendet zur Bestimmung des Produktionspotenzials die Methode an, die auch von der EU-Kommission im Rahmen der regelmäßigen Haushaltsüberwachung angewendet wird. Auf Basis der Schätzung des potenziellen Arbeitsvolumens, des Kapitalstocks und des trendmäßigen Verlaufs der Produktivität ergibt sich für den Zeitraum 2019 bis 2024 ein jahresdurchschnittlicher Zuwachs des Produktionspotenzials von 1,2% (vgl. Tabelle K2)

Tabelle K2:**Produktionspotenzial und seine Determinanten nach EU-Methode**Jahresdurchschnittliche Veränderung in %¹

	1995-2018 ²	1995-2018	2018-2024
Produktionspotenzial	1,5	1,4	1,2
Kapitalstock	1,6 (0,6)	1,6 (0,6)	1,3 (0,5)
Solow-Residuum	0,7 (0,7)	0,6 (0,6)	0,6 (0,6)
Arbeitsvolumen	0,4 (0,2)	0,3 (0,2)	0,2 (0,2)
Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter	-0,1	-0,1	0,1
Partizipationsquote	0,6	0,5	0,3
Erwerbsquote	0,3	0,2	0,0
Durchschnittliche Arbeitszeit	-0,4	-0,4	-0,1
Nachrichtlich:			
Arbeitsproduktivität	1,1	1,1	1,0

¹ Differenzen in den aggregierten Werten ergeben sich durch Rundung. In Klammern: Wachstumsbeiträge. – ² Tatsächliche Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts und seiner Determinanten.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Projektionen des IWH.

Die jährliche Zuwachsrate des potenziellen Arbeitsvolumens wird im Laufe des Projektionszeitraums von 0,7% im Jahr 2019 auf -0,4% im Jahr 2024 deutlich zurückgehen. Dieser Schätzung liegen im Einzelnen folgende Projektionen zu Grunde: Die Projektion der Bevölkerungsentwicklung beruht auf der Variante G2-L2-W2 der 14. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamts. Die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15-74 Jahre) wird danach ausgehend von durchschnittlich 62,3 Mio. Personen im Jahr 2019 bis zum Jahr 2022 zunächst weiter auf 62,6 Mio. Personen ansteigen. Ab dem Jahr 2023 wird ein Rückgang einsetzen, so dass im Jahr 2024 von durchschnittlich 62,5 Mio. Personen im erwerbsfähigen Alter ausgegangen wird. Der Anstieg bis zum Jahre 2022 wird gestützt von einem Wanderungssaldo, der im Jahr 2019 geschätzt noch 360 000 Personen umfasst und dann kontinuierlich auf 233 000 bis zum Jahr 2024 absinken wird. Der Variante W2 der Bevölkerungsvorausberechnung liegen die Jahre 1955 bis 2018 als Referenzzeitraum zu Grunde. In dieser Zeitspanne betrug der durchschnittliche jährliche Nettozugzug 221 000 Personen.^{K2.1}

Vor dem Hintergrund einer nach wie vor wachsenden Erwerbsbeteiligung von Älteren und von Frauen wird die trendmäßige Partizipationsquote von 74,6% im Jahr 2019 auf 75,5% im Jahr 2024 weiter ansteigen. Ausgehend von einer anhaltend guten Arbeitsmarktlage in der kurzen Frist wird die strukturelle Erwerbslosenquote im Jahr 2024 mit 3,2% nur geringfügig höher liegen als im Jahr 2019 (3,0%). Der jahresdurchschnittliche Zuwachs der trendmäßigen totalen Faktorproduktivität wird im Projektionszeitraum 0,6% betragen.^{K2.2}

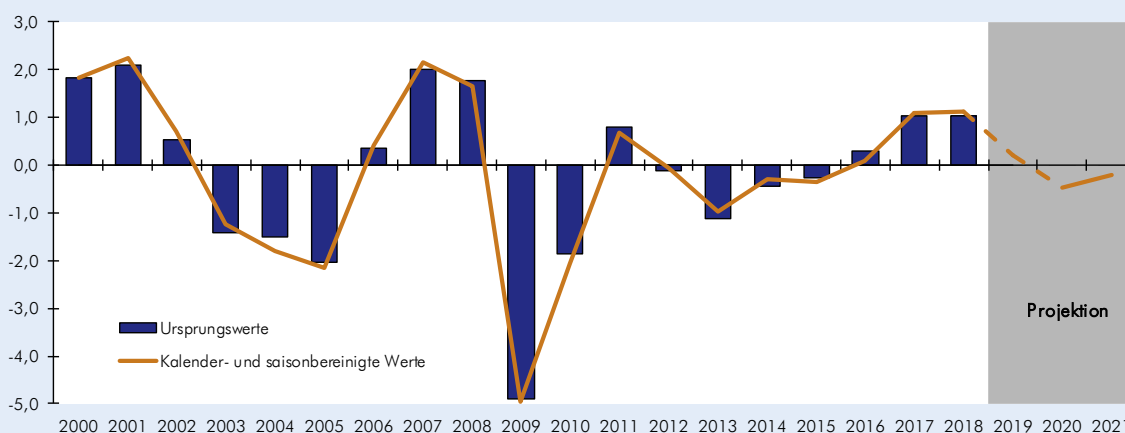
Auf Basis der Schätzung des Produktionspotenzials und der Prognose des Bruttoinlandsproduktes ergibt sich ein Rückgang der Produktionslücke von gut 1% im Jahre 2018 auf knapp 0,1% im Jahr 2019. Im Jahr 2020 wird das Bruttoinlandsprodukt weiterhin durchschnittlich langsamer expandieren als das Produktionspotenzial, so dass die Produktionslücke mit -0,3% negativ bleibt. (vgl. Abbildung K2).

K2.1 Zur Darstellung der Bevölkerungsentwicklung unter der Annahme eines durchgängig ausgeglichenen Wanderungssaldos vgl. Arbeitskreis Konjunktur des IWH, Abschwung in Deutschland geht weiter, in: Konjunktur aktuell, Nr. 3, 2019.

K2.2 Abweichend von der EU-Methode wird der Beginn des Stützzeitraums zur Schätzung der trendmäßigen TFP von 1980 auf das Jahr 1996 verlegt. Zur Begründung vgl. Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose: Industrie in der Rezession – Wachstumskräfte schwinden, Gemeinschaftsdiagnose Herbst 2019, Berlin.

Abbildung K2**Produktionslücke**

In Relation zum Produktionspotenzial in %



Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Projektionen des IWH.

Erst im Jahr 2021 dürfte sie sich wieder schließen. Wird bei der Berechnung der Produktionslücke die um den Kalendertageeffekt bereinigte Prognose des Bruttoinlandsprodukts und des Produktionspotenzials zugrunde gelegt, so ergibt sich für das Jahre 2019 eine Produktionslücke von gut 0,3% und für die Jahre 2020 und 2021 eine Produktionslücke von knapp -0,5% und -0,2%.

Tabelle 7**Statistische Komponenten der BIP-Wachstumsrate**

in % bzw. Prozentpunkten

	2018	2019	2020	2021
statistischer Überhang ¹	1,1	0,2	0,0	0,6
Jahresverlaufsrate ²	0,6	0,4	1,3	1,7
jahresdurchschnittliche BIP-Rate, kalenderbereinigt	1,5	0,5	0,7	1,6
Kalendereffekt ³	0,0	0,0	0,4	0,0
jahresdurchschnittliche BIP-Rate, kalenderjährlich ⁴	1,5	0,5	1,1	1,6

¹ Saison- und kalenderbereinigtes reales Bruttoinlandsprodukt (BIP) im vierten Quartal des Vorjahres in Relation zum kalenderbereinigten Quartalsdurchschnitt des Vorjahres. – ² Jahresveränderungsrate im vierten Quartal, saison- und kalenderbereinigt. – ³ In % des realen BIP. – ⁴ Abweichungen in der Summierung bedingt.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH; 2019 bis 2021: Prognose des IWH.

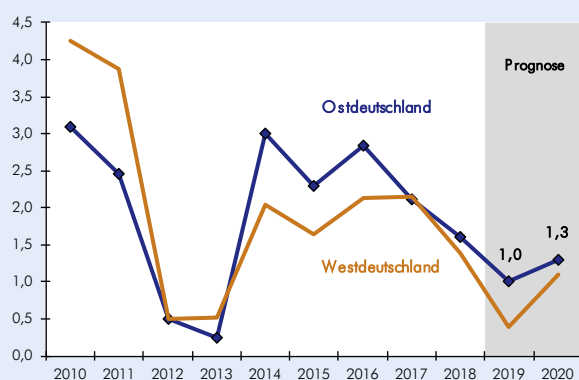
Abschwung hinterlässt in Ostdeutschland deutlich geringere Spuren

In Ostdeutschland verläuft die Konjunktur etwas günstiger als in Deutschland insgesamt. So lag die Produktion im Osten im ersten Halbjahr 2019 um 0,8% höher als im Vorjahreszeitraum, in Westdeutschland nur um 0,4%. Ausschlaggebend war die starke Wachstumsdynamik in Berlin (1,9%). Zudem haben sich die ostdeutschen Warenexporte in den ersten drei Quartalen des Jahres 2019 etwas besser gehalten als die aus Westdeutschland. Ein Grund dafür dürfte sein, dass Konsumgüter, die in der ostdeutschen Produktion eine größere Rolle spielen als im Westen, vom Nachfrageeinbruch weniger betroffen sind als Investitionsgüter.

Darüber hinaus profitiert die ostdeutsche Wirtschaft besonders vom robusten privaten Verbrauch, denn konsumorientierte Dienstleistungen sind hier wichtiger als in Westdeutschland. Auch expandieren die verfügbaren Einkommen in Ostdeutschland etwas stärker als in Westdeutschland. Ein Grund dafür liegt im stärkeren Anstieg der Renten. Aufgrund der im Jahr 2017 beschlossenen schrittweisen Angleichung zwischen West und Ost steigen die Rentensätze im Osten im Prognosezeitraum pro Jahr um etwa 0,7 Prozentpunkte stärker als im Westen.

Abbildung 11
Das reale Bruttoinlandsprodukt in Ost- und Westdeutschland

Veränderung gegenüber Vorjahr in %



Quellen: Arbeitskreis „VGR der Länder“; Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Prognose des IWH.

Trotz der recht günstigen Bedingungen vonseiten der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage hat sich allerdings der Anstieg der Beschäftigung verlangsamt. Im Sommer lag die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten reichlich 1% über dem Vorjahresniveau (Westdeutschland: reichlich 1,5%).

Alles in allem dürfte die ostdeutsche Produktion im Jahr 2019 um 1% und damit deutlich stärker als in Westdeutschland zulegen und auch im Jahr 2020 mit 1,3% den westdeutschen Zuwachs übertreffen (vgl. Abbildung 11). Im Jahr 2021 ist nach vorliegender Prognose die Zuwachsrate in Ostdeutschland so hoch wie die westdeutsche. Die Arbeitslosenquote nach der Definition der Bundesagentur für Arbeit geht von 6,9% im Jahr 2018 auf 6,4% im Jahr 2019, 6,3% im Jahr 2020 und 6,0% im Jahr 2021 zurück.

Analyse des Prognosefehlers für das Jahr 2019

Nach der hier vorliegenden Prognose dürfte das deutsche Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2019 um 0,5% expandieren. In der IWH-Prognose vom Dezember 2018 wurde ein Zuwachs von 1,4% prognostiziert. Im Vergleich zu vorherigen IWH-Prognosen, ist der aus heutiger Sicht erwartete Prognosefehler mit 0,9 Prozentpunkten vergleichsweise hoch (vgl. Tabelle 8 und Abbildung 12).

Dies ist in erster Linie auf eine deutliche Fehleinschätzung der Vorratsveränderungen zurückzuführen, die den Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts im Jahr 2019 um voraussichtlich 0,8 Prozentpunkte dämpfen (Prognose Dezember 2018: –0,1 Prozentpunkte). Deutlich unterschätzt wurde hierbei aus heutiger Sicht insbesondere das Ausmaß des Lageraufbaus deutscher Automobilproduzenten infolge der Einführung des WLTP-Standards sowie dass die steigende Nachfrage nach Kfz im Jahresverlauf 2019 wesentlich durch den Abbau dieser Vorräte bedient wurde. Deutlich geringer als ein Jahr zuvor fallen mit etwa 2 Prozentpunkten insbesondere auch die prognostizierten Zuwächse der Ex- und Importe aus. Diese Korrektur steht im Einklang mit der Fehleinschätzung der weiteren Dynamik des Welthandels: so wurde in der Prognose vom Jahresende 2018 angenommen, dass das Welthandelsvolumen im Jahresverlauf 2019 um durchschnittlich 0,9% je Quartal zunimmt.

Tabelle 8
Prognosefehler für das Jahr 2019

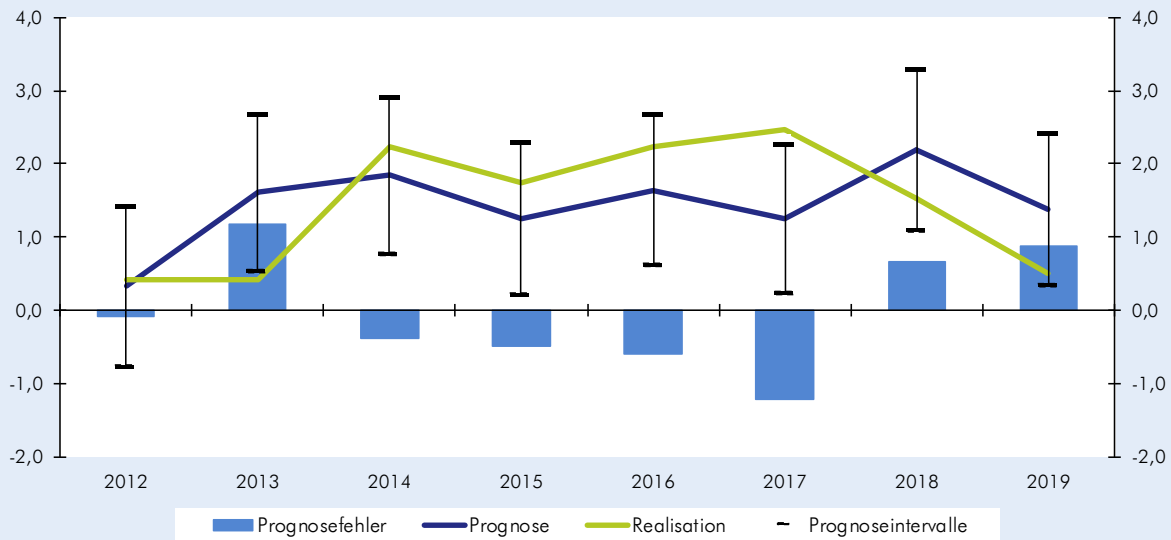
	Abweichung ¹	
	Zuwachsrates	Beitrag
Inländische Verwendung	–0,7	–0,7
Privater Konsum	–0,2	–0,1
Konsum des Staates	0,4	0,1
Bauten	1,3	0,1
Ausrüstungen	–1,7	–0,1
sonstige Anlagen	1,2	0,0
Vorratsveränderung	–	–0,7
Außenbeitrag	–	–0,2
Exporte	–2,0	–1,0
Importe	–1,8	0,7
Bruttoinlandsprodukt	–0,9	–0,9

¹ Vergleich aktuelle Prognose und IWH-Prognose vom Dezember 2018. Abweichung der Zuwachsrates bzw. Beiträge zur Zuwachsrates des Bruttoinlandsprodukts in Prozentpunkten; Abweichungen in der Summe rundungsbedingt.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

Abbildung 12**Prognosefehler des IWH für das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt im kommenden Jahr**

Prognosen vom Dezember des Vorjahres, Veränderung gegenüber Vorjahr in %



Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

Unter dieser Annahme hätten sich die deutschen Ausfuhren deutlich stärker erholt, was zu größeren Produktionsausweitungen geführt hätte. Tatsächlich war der Welthandel in der ersten Jahreshälfte rückläufig, und auch die Konjunktur in den Abnehmerländern deutscher Waren etwas weniger kräftig als prognostiziert.⁹ In der Summe heben sich die hohen Prognosefehler für die Ex- und Importe jedoch zu einem großen Teil auf: zur Prognosekorrektur des BIP-Zuwachses trägt die Fehleinschätzung des Außenhandels lediglich -0,2 Prozentpunkte bei. Die Beiträge der Prognosefehler der übrigen Verwendungsaggregate zum Prognosefehler des BIP-Zuwachses betragen jeweils +/-0,1 Prozentpunkte und summieren sich auf null. Allerdings gab es innerhalb der Investitionen deutliche Abweichung von der Prognose: die Ausrüstungen legten um 1,7 Prozentpunkte weniger, Bauten und sonstige Anlagen um 1,3 bzw. 1,2 Prozentpunkte mehr zu als in der Dezemberprognose 2018 ausgewiesen. Um 0,4 Prozentpunkte unterschätzt wurde zudem die Expansion öffentlicher Konsumausgaben, während die Dynamik privater Konsumausgaben kaum unverändert prognostiziert wird (Prognosefehler 0,2 Prozentpunkte).

Rahmenbedingungen für die Prognose

Der hier vorgelegten Prognose liegen folgende Rahmenbedingungen zugrunde: Der Wechselkurs des Euro gegenüber dem US-Dollar liegt bis zum Ende des Prognosezeitraums bei 1,11 US-Dollar/Euro. Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft dürfte in etwa konstant bleiben. Der Welthandel (Güter) dürfte im Jahr 2019 um 0,3% sinken. Im Jahr 2020 steigt er nach vorliegender Prognose um 1,6% und im Jahr 2021 um 2,4%. Ferner wird davon ausgegangen, dass sich der Hauptrefinanzierungssatz der EZB im Prognosezeitraum nicht ändert. Der Preis für Erdöl der Sorte Brent liegt im Durchschnitt des Jahres 2019 bei 63,7 US-Dollar je Barrel, im Jahr darauf bei 65 US-Dollar, und im Jahr 2021 bei 70 US-Dollar.

Monetäre Rahmenbedingungen in Deutschland immer noch günstig

Erstmals seit 2016 ist die Rendite für 10-jährige Bundesanleihen im März wieder unter null gefallen. Im Oktober sank sie im Durchschnitt auf -0,5%. Zuletzt stieg sie allerdings wieder leicht. Die Umlaufrenditen für deutsche Unternehmensanleihen sind bereits im Oktober wieder leicht auf 2,4% gestiegen. Dies beendete den Abwärtstrend der Umlaufrenditen, der seit Anfang des Jahres zu beobachten war. Nichtsdestotrotz verzeichneten deutsche Banken auch

⁹ Es kann gezeigt werden, dass typischerweise ein erheblicher Teil des Fehlers von Prognosen des deutschen BIPs auf eine fehlerhafte Annahme bezüglich des Welthandels zurückgeht. Vgl. Engelke, C., Heinisch, K., Schult, Ch. (2019), How Forecast Accuracy Depends on Conditioning Assumptions, IWH Discussion Paper 18, 2019.

in den letzten Monaten eine gestiegene Nachfrage nach Firmenkrediten. Für das nächste Quartal erwarten die Banken jedoch einen Rückgang der Nachfrage und auch eine weitere leichte Verschärfung der Kreditstandards im Firmensegment. Dies sei zurückzuführen auf eine Verschlechterung der branchen- und firmenspezifischen Lage und einhergehend damit ihrer Kreditwürdigkeit. Finanzierungskonditionen für Haushalte sind unverändert günstig. In einigen Kreditsegmenten, wie z.B. neue Wohnungsbaukredite, sind die Zinsen noch weiter gefallen. Die Nachfrage nach Wohnungsbaukrediten in den letzten Monaten hat die Erwartungen der deutschen Banken dementsprechend deutlich übertroffen. Für das nächste Quartal erwarten die Banken weiterhin einen Anstieg der Nachfrage im Haushaltssegment. Das Kreditvolumen, welches an den privaten Sektor ausgegeben wurde, ist absolut weiter gestiegen, lässt sich kein Anstieg im Verhältnis vom Kreditvolumen zum Bruttoinlandsprodukt feststellen.

Obwohl die Kreditrichtlinien für Firmenkredite erneut leicht verschärft wurden, dürften die monetären Rahmenbedingungen in Deutschland auch weiterhin günstig bleiben da die EZB im Prognosezeitraum an ihrem expansiven, geldpolitischen Kurs festhalten wird und somit die deutsche Konjunktur weiter stützt.

Finanzpolitik bleibt expansiv ausgerichtet

Im Jahr 2019 lag der Impuls aus finanzpolitischen Maßnahmen bei 0,7% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt. Im Jahr 2020 wirkt die Finanzpolitik weniger expansiv. Zwar führen bei der Einkommensteuer, neben dem Alterseinkünftegesetz, die Erhöhung von Grund- und Kinderfreibetrag sowie die weitere Verschiebung der Tarifeckwerte zu deutlichen Entlastungen. Auf der Ausgabeseite liefern zusätzliche investive Maßnahmen, sowohl aus dem Klimapaket vom Herbst 2019 als auch aus dem Koalitionsvertrag, etwa der Breitbandausbau oder der Digitalpakt Schule, zusätzliche Impulse. Auch weitere Maßnahmen aus dem Klimapaket, etwa die höheren Prämien für den Kauf von E-Autos oder die Förderung des Austauschs von Heizungsanlagen, regen die Nachfrage an. Schließlich führen das Pflegepersonalstärkungsgesetz und diverse Maßnahmen im Gesundheitswesen, vor allem das Terminservicegesetz, zu staatlichen Mehrausgaben. Nachfragedämpfend bei den privaten Haushalten wirkt im Jahr 2020 hingegen der Anstieg des durchschnittlichen Zusatzbeitrags zur gesetzlichen Krankenversicherung um 0,2 Prozentpunkte. Alles in allem beläuft sich der Impuls aus diskretionären finanzpolitischen Maßnahmen im Jahr 2020 auf ungefähr 13 Mrd. Euro bzw. 0,4% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt (vgl. Tabelle 9).

Im Jahr 2021 schwenkt die Finanzpolitik wieder auf einen leicht expansiveren Kurs ein. Den kräftigsten Impuls liefert dann die geplante Teilabschaffung des Solidaritätszuschlags. Auf der Ausgabeseite erhöhen insbesondere die deutliche Anhebung des Kindergeldes um 15 Euro je Kind und Monat zum 1. Januar 2021 sowie die Einführung der Grundrente die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte. Darüber hinaus regen die zusätzlichen investiven Maßnahmen aus dem Koalitionsvertrag und Mehrausgaben des Energie- und Klimafonds die Nachfrage an. Der finanzpolitische Impuls liegt im Jahr 2021 bei 20 Mrd. Euro, entsprechend 0,5% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt. Die expansiv ausgerichtete Finanzpolitik kommt auch in der Veränderung des strukturellen Primärsaldos zum Ausdruck. In Relation zum Bruttoinlandsprodukt verringert sich dieser in den Jahren 2020 und 2021 um jeweils 0,8 Prozentpunkte (vgl. Tabelle 16).

Trotz konjunktureller Schwäche robuste Entwicklung des Arbeitsmarkts

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt hat sich trotz Abschwung erneut verbessert. Die Beschäftigung lag im dritten Quartal 2019 um 37 000 Personen bzw. 0,1% über dem Stand im Vorquartal (vgl. Abbildung 13). Mit der gleichen Zuwachsrate stieg das Arbeitsvolumen. Der mit Abstand höchste absolute Zuwachs war im Bereich Öffentliche Dienstleister, Erziehung, Gesundheit (+53 000) zu verzeichnen. Dies bedeutete eine Zunahme um 0,5%. Auch im Bereich Information und Kommunikation nahm die Beschäftigung mit 12 000 Personen bzw. 0,9% kräftig zu. In fast allen anderen Bereichen sank die Beschäftigung. Bemerkenswert ist dabei der Rückgang im Verarbeitenden Gewerbe (–16 000 Personen bzw. –0,2%). In diesem Bereich war die Produktion bereits seit dem dritten Quartal 2018 rückläufig, die Beschäftigung hatte allerdings bisher weiter zugenommen. Dies führte zu einem deutlichen Rückgang der Arbeitsproduktivität sowie einer Erhöhung der Lohnstückkosten, was angesichts von Fachkräfteengpässen in einigen Arbeitsmarktsegmenten offensichtlich in Kauf genommen worden ist.

Tabelle 9**Änderung von Steuern, Sozialabgaben und Staatsausgaben durch diskretionäre Maßnahmen¹**

Haushaltsentlastungen (+) und Haushaltsbelastungen (–), in Mrd. Euro gegenüber Vorjahr

	2019	2020	2021
Einnahmen der Gebietskörperschaften			
Alterseinkünftegesetz	–1,4	–1,4	–1,4
schrittweises Abschmelzen des Solidaritätszuschlags			–10,5
weitere Erhöhung des Grund- und Kinderfreibetrags bei der Einkommensteuer zum 01.01.2019 und zum 01.01.2020	–1,0	–1,9	–0,2
Verschiebung der Eckwerte beim Einkommensteuertarif zum 01.01.2019 und zum 01.01.2020	–2,0	–2,2	–0,4
Gesetz zur Vermeidung von Umsatzsteuerausfällen beim Handel mit Waren im Internet	–0,5	–0,2	0,0
Jahressteuergesetz 2019	0,0	–0,3	–0,2
Gesetz gegen schädliche Steuerpraktiken im Zusammenhang mit Rechteüberlassungen	–1,3	0,1	1,0
steuerliche Förderung von Forschung und Entwicklung		0,0	–1,1
Steuerliche Förderung des Mietwohnungsneubaus			–0,1
sonstige steuerliche Maßnahmen ²	0,1	–0,2	0,5
LKW-Maut auf allen Bundesstraßen und Anhebung der Mautsätze zum 1. Januar 2019	1,7	0,1	0,1
CO ₂ -Bepreisung in den Sektoren Gebäude und Verkehr			3,6
Einnahmen der Sozialversicherungen			
Anstieg des durchschnittlichen Zusatzbeitrags zur gesetzlichen Krankenversicherung zum 01.01.2020 um 0,2 Prozentpunkte auf durchschnittlich 1,1%	2,3	0,1	0,1
Senkung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung zum 1. Januar 2019 um 0,5 Prozentpunkte auf 2,5%	–5,7	–0,1	–0,1
Ausweitung der Gleitzone im Midijobbereich zum 1. Januar 2019	–0,5	0,0	0,0
Änderung der Mindestbeiträge von Selbständigen in der gesetzlichen Krankenversicherung	–0,8	0,0	0,0
Erhöhung des Beitragssatzes zur Pflegeversicherung zum 1. Januar 2019 um 0,5 Prozentpunkte auf 3,05%	7,3	0,1	0,1
Ausgaben der Gebietskörperschaften			
Bundesteilhabegesetz	0,0	–0,2	0,0
zusätzliche investive Maßnahmen aus dem Koalitionsvertrag von 2013 ⁴	–1,5	0,0	1,0
Änderungen beim Wohngeld		–0,2	0,0
Mobilitätsfonds/Kaufbonus E-Mobilität	–0,5	0,0	0,0
KI-Strategie der Bundesregierung	–0,5	0,0	0,0
Fluthilfemaßnahmen	–0,2	–0,2	–0,1
zusätzliche investive Maßnahmen aus dem Koalitionsvertrag vom Februar 2018 ⁶	–1,4	–2,4	–2,8
Zusätzliche Ausgaben des Energie- und Klimafonds		–1,5	–2,9
paritätische Finanzierung des Zusatzbeitrags zur gesetzlichen Krankenversicherung ab 1. Januar 2019	–0,9	0,0	0,0
Reform des BAföG/Aufstiegsfortbildung in der beruflichen Bildung	–0,1	–0,5	–0,2
Erhöhung des Kindergeldes zum 1. Juli 2019 und zum 1. Januar 2021	–1,1	–0,8	–2,5
Baukindergeld	–0,5	–0,2	0,0
Starke-Familien-Gesetz	–0,2	–0,6	0,0
Angehörigentlastungsgesetz		–0,3	0,0
Teilhabechancengesetz	–0,6	–0,1	0,0
Mehrausgaben für Verteidigung und Entwicklungshilfe	–3,5	–0,6	–0,1
Personalaufstockung in den Bereichen Sicherheit und Justiz	–0,3	–0,3	–0,5
Mehrausgaben für regionale Strukturpolitik und ländliche Räume	–0,7	0,0	–0,2
Ausgaben der Sozialversicherungen			
rentenpolitische Maßnahmen aus der vergangenen Legislaturperiode ³	–0,4	–0,2	–0,2
Verlängerung der Zurechnungszeit für Erwerbsgeminderte		–0,1	–0,1
Aufstockung der Mütterrente		–3,8	–0,1
Grundrente			–1,5
Pflegepersonal-Stärkungsgesetz	–1,9	–0,3	–0,2
Reform der Strukturen der Krankenhausversorgung	–0,1	–0,1	0,0
Paritätische Finanzierung des Zusatzbeitrags zur gesetzlichen Krankenversicherung: Krankenversicherung der Rentner	–1,4	0,0	0,0
Stärkung der beruflichen Weiterbildung und des Versicherungsschutzes in der Arbeitslosenversicherung	–0,1	0,0	0,0
Terminservice- und Versorgungsgesetz	–0,6	–0,5	–0,5
insgesamt (Mrd. Euro gegenüber Vorjahr)⁵	–24,4	–13,4	–20,0
insgesamt gegenüber Vorjahr (in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt in %)	–0,7	–0,4	–0,5

¹ Ohne makroökonomische Rückwirkungen; ohne Berücksichtigung der Stützungsmaßnahmen für Finanzinstitute und Mitgliedstaaten der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion (EWU). – ² Reform der Investmentbesteuerung, Anpassung des Erbschaftsteuer- und Schenkungsteuergesetzes an die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts vom 4. November 2016, Unternehmensteuerreformgesetz 2008, Umsetzung des EuGH-Urteils vom 15. September 2016 zum Zeitpunkt des Vorsteuerabzugs bei Berichtigung einer Rechnung. – ³ Anpassung des aktuellen Rentenwerts in Ostdeutschland, Verbesserungen für Erwerbsgeminderte, Stärkung der Betriebsrenten, Flexirente. – ⁴ investive Maßnahmen aus dem Koalitionsvertrag von 2013 sowie zusätzliche Investitionen im Rahmen des Kommunalinvestitionsförderungsfonds und des Investitionspakets über 10 Mrd. Euro, zusätzliche Mittel für den Ausbau der Kindertagesbetreuung, zusätzliche Ausgaben für die innere und äußere Sicherheit. – ⁵ Differenzen durch Rundungsfehler. – ⁶ Digitalpakt, Fonds für den Breitbandausbau, Ausbau von Ganztagschulen, zusätzliche Mittel für die Kinderbetreuung, Erhöhung der Mittel für das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz.

Quellen: Bundesregierung; Berechnungen und Schätzungen des IWH.

Der zweite Bereich mit einem besonders kräftigen Beschäftigungsrückgang waren die Unternehmensdienstleister, was maßgeblich auf die Entwicklung in der Zeitarbeitsbranche zurückzuführen sein dürfte.

Getragen wurde der Beschäftigungsaufbau erneut von der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung (103 000 Personen bzw. 0,3%). Deren Zuwachs ist allerdings geringer als in den Vorjahren: So nahm im Zeitraum von Anfang 2010 bis zum ersten Quartal 2019 die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung um durchschnittlich ca. 150 000 Personen pro Quartal zu. Vom gesamten Zuwachs entfiel knapp die Hälfte auf Vollzeitstellen. Bemerkenswert ist, dass der Anteil ausländischer Staatsbürger am Beschäftigungsaufbau etwa 60% betrug. Jeder siebte zusätzliche Beschäftigte war dabei eine Person aus den acht wichtigsten Asylherkunftsländern¹⁰.

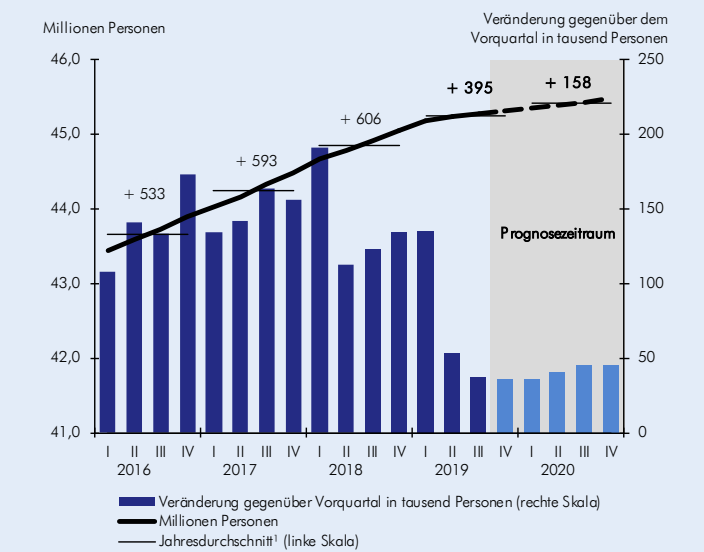
Die Zahl der Personen, die ausschließlich einen Minijob haben, ging gegenüber dem Vorjahresquartal erneut zurück (–91 000 bzw. –1,9%). Hingegen stieg die Zahl der geringfügig entlohnten Beschäftigten im Nebenjob gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 118 000 Personen bzw. 4,1%.¹¹ Bei der selbständigen Beschäftigung hat sich der seit dem Jahr 2012 zu beobachtende Rückgang fortgesetzt. Dies dürfte durch die anhaltend kräftige Entwicklung bei der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung begünstigt worden sein, die eine Alternative zur (Solo)-Selbstständigkeit darstellt.¹²

Nach vorläufigen Hochrechnungen gab es im dritten Quartal 64 000 Kurzarbeiter. Das waren 24 000 Kurzarbeiter mehr als im Vorjahresquartal.¹³ Die Zahl der registrierten Arbeitslosen lag im dritten Quartal 2019 um 19 000 Personen über dem Stand des Vorquartals. Dabei spielte allerdings ein statistischer Sondereffekt eine Rolle.¹⁴

Das Erwerbspersonenpotenzial hat weiter zugenommen. Neben der starken Zuwanderung resultiert dies auch aus der anhaltend steigenden Erwerbsbeteiligung. Dies betrifft vor allem Frauen sowie ältere Personen. So war die Erwerbsbeteiligung von Personen im Alter von 60 bis 64 Jahren im zweiten Quartal 2018 um 1,5 Prozentpunkte höher als im Vorjahresquartal.¹⁵

Abbildung 13
Erwerbstätige

Inlandskonzept, saisonbereinigter Verlauf



¹ Ursprungswerte: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in tausend Personen.
Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH; ab 4. Quartal 2019: Prognose des IWH.

¹⁰ Dabei handelt es sich um Afghanistan, Eritrea, Irak, Iran, Nigeria, Pakistan, Somalia und Syrien.

¹¹ In der Arbeitszeitrechnung des Instituts für Arbeitsmarktforschung werden seit der Generalrevision 2019 der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen im August 2019 – neben den bisher schon erfassten Nebentätigkeiten – erstmals Personen ausgewiesen, die neben einer sozialversicherungspflichtigen Hauptbeschäftigung einer weiteren sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung bzw. neben einer geringfügigen einer weiteren geringfügigen Beschäftigung nachgehen. (vgl. Wanger, S.; Hartl, T.; Zimmer, F.: Revision der IAB-Arbeitszeitrechnung 2019. Grundlagen, methodische Weiterentwicklungen sowie ausgewählte Ergebnisse im Rahmen der Generalrevision 2019 der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. IAB-Forschungsbericht, 2019, Nr. 7). Danach gab es im dritten Quartal 2019 insgesamt 4,07 Mio. Personen mit einer Mehrfachbeschäftigung. Das waren 9,9% aller Arbeitnehmer. Die Zahl der Arbeitnehmer mit einer Mehrfachbeschäftigung hat gegenüber dem dritten Quartal 2018 insgesamt um 165 000 bzw. 4,2% zugenommen. (Vgl. Bauer, A.; Fuchs, J.; Hummel, M.; Hutter, C.; Klinger, S.; Wanger, S.; Weber, E.; Zika, G.: IAB-Prognose 2019/2020: Konjunktureller Gegenwind für den Arbeitsmarkt, 18/2019, 11.) Zu beachten ist, dass Personen mit einer Nebenbeschäftigung in der Erwerbstätigenrechnung generell nur einmal gezählt werden.

¹² Vgl. Bauer, A. et al., 5.

¹³ Vgl. Pressemitteilung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung vom 3.12.2019: Ergebnisse der IAB-Arbeitszeitrechnung für das dritte Quartal 2019: Mehr Kurzarbeit, weniger Überstunden, 2.

¹⁴ Im Frühjahr 2019 führte eine Prüfkaktion der Jobcenter zu einer deutlichen Zunahme der Leistungsempfänger im Rechtskreis SGB II. Diese Korrektur wurde im Mai 2019 in die Arbeitslosenstatistik eingearbeitet.

¹⁵ Vgl. hierzu: http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/employment_unemployment_lfs/data/database.

Tabelle 10**Erwerbstätigkeit nach Beschäftigtengruppen in Deutschland 2018 und 2019**

	2018	2019	Veränderung in	
			1 000 Personen	%
Arbeitnehmer (Inland)	40 631	41 089	458	1,1
sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	32 964	33 522	558	1,7
Geförderte ¹	115	120	5	4,3
nicht geförderte	32 849	33 402	553	1,7
ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte	4 671	4 585	-86	-1,8
sonstige	2 996	2 982	-14	-0,5
Selbstständige einschließlich mithelfender Familienangehöriger	4 223	4 160	-63	-1,5
geförderte Selbstständigkeit	24	23	-1	-4,2
nicht geförderte Selbstständigkeit	4 199	4 137	-62	-1,5
Erwerbstätige (Inland)	44 854	45 249	395	0,9
darunter:				
staatlich subventionierte Erwerbstätige	257	286	29	11,3
geförderte Erwerbstätige ²	139	143	4	2,9
Kurzarbeit	118	143	25	21,2
ungeförderte Erwerbstätigkeit	44 597	44 963	366	0,8
nachrichtlich:				
Anteil der staatlich subventionierten Erwerbstätigen an den Erwerbstätigen (Inland)	0,6	0,6		

¹ Arbeitnehmer mit Eingliederungszuschüssen (einschl. für Schwerbehinderte); Einstiegsgeld bei abhängiger sozialversicherungspflichtiger Erwerbstätigkeit; Beschäftigungszuschuss; ESF Bundesprogramm zur Eingliederung langzeitarbeitsloser Leistungsberechtigter; Bundesprogramm Soziale Teilhabe am Arbeitsmarkt; Förderung von Arbeitsverhältnissen. – ² Geförderte sozialversicherungspflichtig Beschäftigte sowie geförderte Selbstständige.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen des IWH; 2019: Prognose des IWH.

Der Beschäftigungsaufbau dürfte sich im vierten Quartal 2019 fortgesetzt haben (+36 000 Personen bzw. 0,1%). Die bis November 2019 vorliegenden Daten zur registrierten Arbeitslosigkeit lassen einen Rückgang im gleichen Zeitraum um etwa 13 000 Personen erwarten. Im Jahresdurchschnitt dürfte die Beschäftigung gegenüber dem Vorjahr um 395 000 Personen bzw. 0,9 % steigen (vgl. Tabelle 10). Dies ist vor allem auf den sehr starken Anstieg im ersten Quartal zurückzuführen. Die registrierte Arbeitslosigkeit wird um etwa 75 000 Personen unter dem Vorjahreswert liegen. Die Arbeitslosenquote¹⁶ liegt bei 5,0%. Im Verlauf des Jahres 2020 wird sich der Beschäftigungsaufbau wegen der wieder etwas expandierenden Produktion fortsetzen. Dafür spricht der nach wie vor hohe Bestand an offenen Stellen. Allerdings werden sich die Bedingungen, offene Stellen zu besetzen, wohl verschlechtern, da das Arbeitsangebot deutlich schwächer zunehmen wird als in der vergangenen Jahren.¹⁷ Im Jahresdurchschnitt 2020 dürfte die Erwerbstätigkeit um knapp 160 000 Personen bzw. 0,3% steigen. Im Jahr 2021 wird der Beschäftigungsaufbau mit ca. 180 000 bzw. 0,4% etwas stärker ausfallen. Dabei wird die Zunahme der Erwerbstätigkeit wohl auch weiterhin überwiegend von Zugewanderten getragen werden. In den Jahren 2020 und 2021 dürfte die Arbeitslosigkeit nur noch leicht abnehmen. Die Arbeitslosenquote wird in beiden Jahren wohl bei 4,9% liegen.

Lohnanstieg lässt vorübergehend etwas nach

Die Tarifverdienste sind im Jahr 2019 mit 3,1% recht kräftig gestiegen (vgl. Tabelle 11). Zum einen kam es bereits im Vorjahr 2018 zu hohen Tarifabschlüssen, die bis in das Jahr 2019 hinüberreichen. Dies gilt insbesondere in den vormals konjunkturell begünstigten Branchen des produzierenden Gewerbes und im Baugewerbe. Auch gab es wieder häufiger Einmalzahlungen oder nichtpekuniäre Tarifvereinbarungen. Zum anderen hatten einige Niedriglohnbranchen wie beispielsweise Landwirtschaft, Wach- und Sicherheitsdienste oder Verkehrsdienstleistungen besonders

¹⁶ Definition der Bundesagentur für Arbeit.

¹⁷ Nach Schätzungen des IAB wird das Erwerbspersonenpotenzial im Jahr 2020 nur noch um 40 000 Personen zunehmen, im Jahr 2019 waren es noch 210 000 Personen. Dies ist zum einen auf die deutlich schwächere Zunahme der Erwerbsbeteiligung zurückzuführen. Zum anderen wird – trotz hoher Nettozuwanderung – der Einfluss der Migration auf das Erwerbspersonenpotenzial geringer. Vgl. Bauer, A., et al., 8f. In der Prognose des IWH ist für das Jahr 2020 eine Nettozuwanderung von 340 000 und für das Jahr 2021 von 320 000 Personen unterstellt. Zudem wird angenommen, dass in beiden Jahren jeweils etwa 200 000 Asylanträge gestellt werden.

kräftige Tariflohnanhebungen vereinbart. Dies stand auch mit dem Mindestlohnanstieg im Jahr 2019 im Zusammenhang. Zu Beginn des Jahres 2020 wird dieser dann nochmal um 1,7% auf 9,35 Euro je Stunde steigen. Insgesamt zeigt sich der Arbeitsmarkt nach wie vor sehr stabil; die konjunkturelle Abschwächung kommt erst sehr zögerlich bei den Löhnen der Beschäftigten an. So stiegen die Effektivlöhne im Jahr 2019 etwas geringer als die Tariflöhne je Arbeitnehmer. Der etwas kräftigere Zuwachs der Tariflöhne dürfte jedoch auf die geleisteten Sonderzahlungen zurückzuführen sein. So legten die Tariflöhne im dritten Quartal aufgrund einer Sonderzahlung in der Metall- und Elektroindustrie kräftig zu. Diesem Trend folgt auch der kürzlich abgeschlossene Tarifvertrag in der Chemischen Industrie, der nur zu einem relativ geringen Anstieg der Tarifgehälter um 1,5% ab Juli 2020 und um 1,3% ein Jahr später führt. Zudem wurden zusätzlich neue Entgeltkomponenten wie eine tarifliche Pflegezusatzversicherung, die aus Arbeitgeberbeiträgen zum Juli 2021 eingerichtet wird und ein individuelles Zukunftskonto mit Wahlfreiheit über zusätzliche freie Tage oder eine Altersvorsorge vereinbart.

Tabelle 11**Tarifliche Monatsverdienste mit Sonderzahlungen in ausgewählten Wirtschaftszweigen**

Veränderung gegenüber Vorjahr in Prozent

Wirtschaftszweig	2018	2019	2020	2021
C Verarbeitendes Gewerbe	3,5	3,4	2,1	2,0
Herstellung von elektrischen Ausrüstungen, Maschinenbau, Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen, Sonstigen Fahrzeugbau	3,9	3,6	1,1	2,2
F Baugewerbe	4,4	3,0	2,4	2,4
G-S Dienstleistungsbereich	2,7	3,1	2,7	2,2
A-S Gesamtwirtschaft	2,9	3,1	2,2	2,2

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2019 bis 2021: Prognose des IWH.

Im Sommerhalbjahr stiegen die Bruttolöhne und -gehälter trotz der wirtschaftlichen Schwächephase kräftig an und die Beschäftigung legte weiter zu. Dies deutet auf weiterhin bestehende Knappheiten auf dem Arbeitsmarkt hin und dürfte die in den nächsten Quartalen zu erwartende konjunkturelle Lohnabschwächung etwas dämpfen. Im Verlauf des Prognosezeitraums ist mit einsetzender wirtschaftlicher Erholung auch wieder mit einer etwas stärkeren Lohnentwicklung zu rechnen. Alles in allem dürfte der Tariflohnanstieg im Prognosezeitraum jeweils bei 2,2% jährlich liegen, der Effektivlohnanstieg schwächt sich nach 3,0 % im Jahr 2019 im Jahr 2020 deutlich ab (2,5%) und dürfte danach wieder etwas kräftiger zulegen.

Die Lohnstückkosten sind im Jahr 2019 infolge der kräftigen Lohnsteigerungen stark gestiegen. Sie dürften sich im Zuge der konjunkturellen Erholung im weiteren Prognoseverlauf wieder verringern.

Exporte bleiben insgesamt schwach

Der Außenhandel expandierte nach dem schwachen Jahr 2018 auch im Jahr 2019 nur verhalten. Nach einem kräftigeren Anstieg der Aus- und Einfuhren zum Jahresbeginn war das zweite Quartal geprägt durch einen Rückgang, der bei den Warenexporten deutlicher ausfiel als bei den Importen. Die Exportaktivitäten der deutschen Unternehmen wurden durch den anhaltend schwachen Welthandel, eine stagnierende globale Industriekonjunktur und eine weltweite Abschwächung der Nachfrage gedämpft. Damit einher ging auch binnenwirtschaftlich eine schwächere Nachfrage nach Vorleistungs- und Investitionsgütern. Im dritten Quartal erholten sich die Ausfuhren in alle Regionen jedoch merklich, im Gegensatz dazu blieben die Einfuhren schwach.

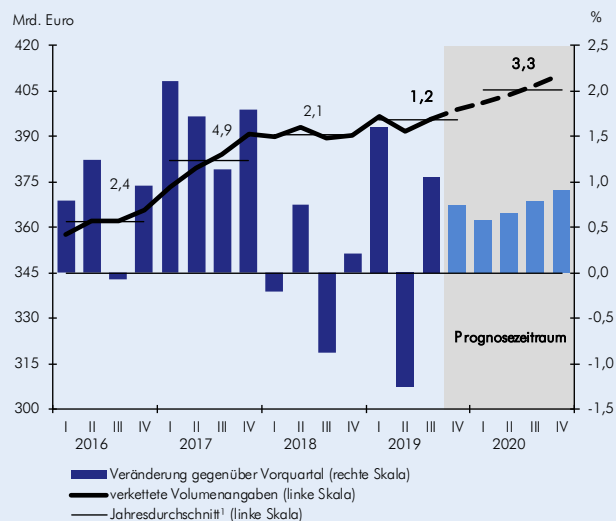
Die Lieferungen in Länder der Europäischen Union stiegen zuletzt wieder leicht, hier vor allem in das Vereinigte Königreich, ebenso – regional sehr unterschiedlich verteilt – diejenigen in Drittstaaten.

Die Indikatoren für die Außenwirtschaft deuten allerdings nicht auf eine größere Belebung der Ausfuhren in den kommenden Monaten hin: im September zeigte der ifo Exporterwartungsindex den niedrigsten Wert seit der Finanzkrise 2009, im Oktober ist er nur unwesentlich gestiegen. Die Auftragseingänge aus dem Ausland für das Verarbeitende Gewerbe überschritten im dritten Quartal trotz leichter Erhöhung im August und September nicht den im mittelfristigen Vergleich niedrigen Durchschnittswert des zweiten Quartals, im Oktober sind sie (bereinigt um die volatile Komponente „Sonstiger Fahrzeugbau“) erneut gesunken. Im weiteren Prognosezeitraum werden die Ausfuhren all-

mählich etwas an Fahrt aufnehmen. Insgesamt ist 2019 eine gegenüber dem Vorjahr nochmals abgeschwächte Expansion der Exporte von nur 1,2% zu erwarten. Auch in den folgenden Jahren dürften die Expansionsraten mit 3,3% bzw. von 4,0% deutlich unter dem langjährigen Mittelwert von 5% liegen. (vgl. Abbildung 14).

Abbildung 14**Reale Exporte**

saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf

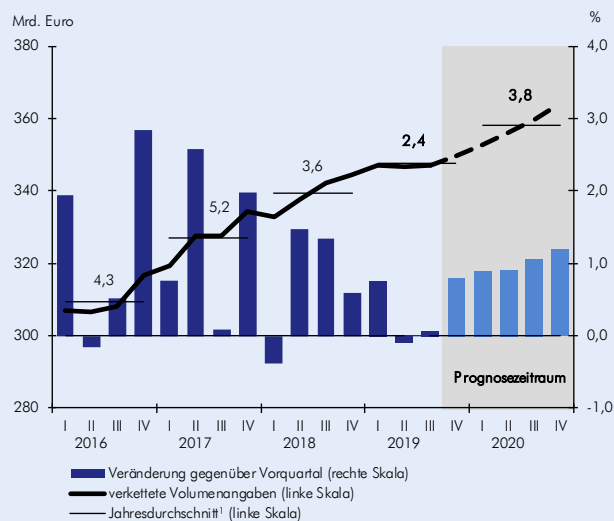


¹ Ursprungswerte: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH; ab 4. Quartal 2019: Prognose des IWH.

Abbildung 15**Reale Importe**

saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



Die Einfuhren expandierten im dritten Quartal insgesamt sehr schwach, sie blieben etwa auf dem Niveau des Vorquartals. Dabei gab es eine Abwärtsentwicklung bei Vorleistungsgütern, während Investitionsgüter sich leicht positiv entwickelten und Konsumgüter in etwa stagnierten. Im weiteren Prognosezeitraum werden die Einfuhren von den wieder etwas dynamischeren Ausfuhren sowie von der Binnennachfrage profitieren und dementsprechend mit leicht

zunehmenden Raten expandieren. Die Importe dürften im Jahr 2019 insgesamt mit rund 2,4% sowie in den kommenden beiden Jahren mit 3,8% und 4,7% deutlich stärker steigen als die Exporte (vgl. Abbildung 15). Ihre Dynamik liegt damit aber wie bei den Exporten unter dem langjährigen Mittelwert von knapp 5%.

Der rechnerische Beitrag des Außenhandels zur Zunahme des Bruttoinlandsprodukts fällt damit im Jahr 2019 insgesamt negativ aus; 2020 und 2021 wird er in etwa neutral bleiben.

Die Terms of Trade haben sich nach der leichten Verbesserung in den ersten beiden Quartalen 2019 im dritten

Tabelle 12**Indikatoren zur Außenwirtschaft**

	2018	2019	2020	2021
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %			
Exporte, real	2,1	1,2	3,3	4,0
Importe, real	3,6	2,4	3,8	4,7
	% in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt			
Exporte, nominal	47,4	47,1	47,7	48,5
Importe, nominal	41,3	41,1	41,5	42,4
	Außenbeitrag			
Mrd. Euro, nominal	206,1	205,8	218,2	223,6

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2019 bis 2021: Prognose des IWH.

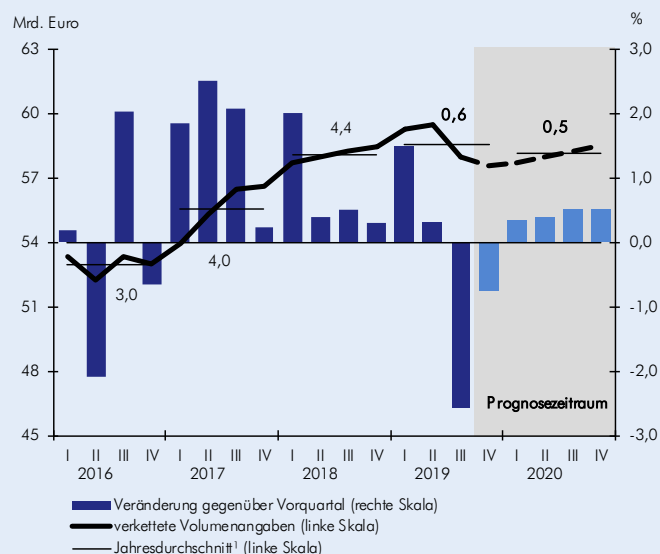
Quartal aufgrund stark sinkender Importpreise nochmals deutlich verbessert; im Jahresdurchschnitt wird eine merkliche Verbesserung bleiben. Im Jahr 2020 werden sich die Terms of Trade wohl weniger stark verbessern und 2021 in etwa konstant bleiben (vgl. Tabelle 12).

Ausrüstungsinvestitionen von Sondereffekten durch öffentliche Ausgaben geprägt

Die Anlageinvestitionen wurden im Frühjahr kräftig ausgeweitet, entwickelten sich aber in den folgenden Quartalen rückläufig. Die schwache Auslandsnachfrage und die zurückgehende Kapazitätsauslastung des Verarbeitenden Gewerbes haben die Investitionstätigkeit inländischer Unternehmen und ihrer Zulieferer gedämpft. Gleichzeitig tätigten öffentliche Haushalte im zweiten Quartal erhebliche Investitionen in Ausrüstungen. Zuletzt expandierte sowohl der

Abbildung 16**Reale Investitionen in Ausrüstungen**

saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf

¹ Ursprungswerte: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH; ab 4. Quartal 2019: Prognose des IWH.

vestitionen eher zögerlich umzusetzen. Auch im späteren Prognoseverlauf dürften die Unternehmen angesichts der schwachen konjunkturellen Entwicklung nur moderate Erweiterungsinvestitionen tätigen. Alles in allem dürften die Unternehmen bis zum Ende des Prognosezeitraums weiterhin nur schwach in Anlagen investieren. Die Investitionen in Ausrüstungen dürften nach dem schwachen Zuwachs von 0,6% im Jahr 2019 im Folgejahr mit 0,5% etwas langsamer zunehmen und im Jahr 2021 mit 2,2% zulegen (vgl. Tabelle 13).

Bauten weiterhin robust trotz langsameren Tempos

Die Baukonjunktur wird vor allem vom starken Wohnungsbau und vom öffentlichen Bau getrieben. Sowohl die Auftragsbestände als auch die Auftragseingänge bleiben auf außergewöhnlich hohem Niveau, auch wenn die Produktion im Ausbau- und Bauhauptgewerbe zuletzt etwas gesunken ist. Leicht verlangsamt hat sich der Anstieg der Arbeits- und Materialkosten, Kapazitätsengpässe sind also zumindest nicht gravierender geworden. In der Periode von Januar 2019 bis September 2019 ist es im Vergleich zur Vorjahresperiode zwar zu Rückgängen bei den Baugenehmigungen im Wohnungsbau gekommen, aber im längeren Zeitvergleich bleiben sie weiterhin auf hohem Niveau. In der vorliegenden Prognose ist deshalb eine zeitliche Streckung anstehender Wohnungsbaumaßnahmen bis in das Jahr 2020 unterstellt, die mit wieder etwas schwächer anziehenden Baupreisen einhergeht. Alles in allem steigen die Wohnungsbauinvestitionen im Jahr 2019 um 3,3%, in den Jahren 2020 und 2021 dürfte der Zuwachs bei etwa 3,6% bzw. 2,1% liegen.

Die Auftragsbestände im öffentlichen Bau sind zuletzt leicht zurückgegangen, befinden sich aber auf einem vergleichsweise hohen Niveau.

private Wohnungsbau als auch der öffentliche Bau kräftig. Der nichtstaatliche Wirtschaftsbau stagnierte hingegen im Sommerhalbjahr.

Im Winterhalbjahr 2019/20 werden sich die Ausrüstungsinvestitionen wohl schwach entwickeln (vgl. Abbildung 16). Darauf deuten der von der Deutschen Bundesbank erstellte Order-Capacity-Index und die vom ifo Institut gemessene technische Kapazitätsauslastung im Verarbeitenden Gewerbe hin, die schon seit mehreren Quartalen fallen. Die inländischen Auftragseingänge der Investitionsgüterproduzenten sind im Frühjahr stark zurückgegangen und sind auch am aktuellen Rand rückläufig. Auch die inländischen Umsätze der Investitionsgüterhersteller signalisierten zuletzt eine weitere Verlangsamung. Die Exportaussichten weisen seit mehreren Quartalen eine rückläufige Tendenz auf, und die seit Beginn des Jahres rückläufigen Produktionserwartungen der Unternehmen sprechen für ungünstige Investitionsaussichten.¹⁸ All diese Faktoren dürften die Unternehmen veranlassen, geplante Ersatz- und Rationalisierungsin-

Tabelle 13**Reale Anlageinvestitionen in Deutschland**

Veränderung gegenüber Vorjahr in %

	2018	2019	2020	2021
Anlageinvestitionen insgesamt	3,5	2,6	2,0	2,0
Bauinvestitionen insgesamt	2,5	4,3	2,6	1,9
Wohnbauten	3,0	4,3	3,0	2,1
Nichtwohnbauten insgesamt	1,7	4,2	1,9	1,6
gewerbliche Bauten	0,6	2,9	1,6	1,4
öffentliche Bauten	4,3	6,2	3,4	1,9
Ausrüstungen	4,4	0,6	0,5	2,2
Sonstige Anlagen	4,3	2,6	2,5	2,3

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2019 bis 2021: Prognose des IWH.

¹⁸ Die Streuung der Produktionserwartungen der Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes bildet das ifo Unsicherheitsmaß ab. Dieses hat sich nach einer leichten Reduzierung im Frühsommer zuletzt wieder deutlich erhöht.

Die seit Mitte des Jahres wieder steigenden Auftragseingänge für öffentliche Tief- und Hochbauten sprechen für eine außerordentlich gute Lage. Auch sind die zeitlich weiterreichenden Baugenehmigungen für öffentliche Hochbauten zuletzt gestiegen. Mit den von der Bundesregierung zugewiesenen Mitteln zur Sanierung von Bildungseinrichtungen sowie zur Förderung der Investitionstätigkeit von Kommunen dürften zusätzliche, aber dennoch gemäßigte Impulse bevorstehen. Alles in allem dürfte es nach der Investitionsstärke im Jahr 2018 zu einem erneut starken Zuwachs der öffentlichen Bauinvestitionen von 5,8% im Jahr 2019 kommen, bevor die Expansionsraten auf 3,4% im Jahr 2020 und 1,8% im Jahr 2021 zurückgehen.

Die Investitionen der Unternehmen in Bauten dürften nach der Stagnation im Sommer 2019 zunehmen; allerdings deuten die in unterschiedliche Richtung verlaufenden Auftragseingänge für Hoch- bzw. Tiefbauten daraufhin, dass trotz hoher Auftragsbestände und weiterhin guter Auftragslage beim Tiefbau im späteren Verlauf eher moderate Impulse vom Wirtschaftsbau insgesamt zu erwarten sind. Bei den gewerblichen Bauten ergibt sich trotz des im zweiten Quartal aufgezeichneten Rückgangs wohl ein Zuwachs im Jahr 2019 um 2,5%, der in den Folgejahren auf jeweils 1,5% steigt.

Insgesamt nehmen die Bauinvestitionen im Jahr 2019 um 4,3% zu; in den Jahren 2020 und 2021 dürften sie um 2,6% bzw. 1,9% zulegen (vgl. Abbildung 17).

Robuster Arbeitsmarkt und moderate Inflation stützen privaten Konsum

Die privaten Haushalte konnten sich im Jahr 2019 über einen nach wie vor robusten Arbeitsmarkt, solide Einkommenszuwächse und eine nachlassende Inflation freuen. Die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte dürften

Tabelle 14

Verfügbares Einkommen und Konsumausgaben der privaten Haushalte¹ in Deutschland

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

	2018	2019	2020	2021
verfügbares Einkommen, nominal	3,5	2,6	2,5	2,8
darunter:				
Nettolöhne und -gehälter (Summe)	4,7	4,6	2,9	3,6
monetäre Sozialleistungen	2,6	4,4	4,0	3,4
Selbstständigen-, Vermögenseinkommen	1,9	-2,6	0,0	0,5
Sparen	8,6	1,5	2,5	2,5
private Konsumausgaben, nominal	2,8	2,7	2,4	2,8
nachrichtlich:				
Bruttolöhne und -gehälter (Summe)	4,8	4,2	3,0	3,2
Sparquote (in %)	11,0	10,8	10,8	10,8
Preisindex des privaten Konsums	1,5	1,3	1,2	1,3
private Konsumausgaben, real	1,3	1,5	1,2	1,5

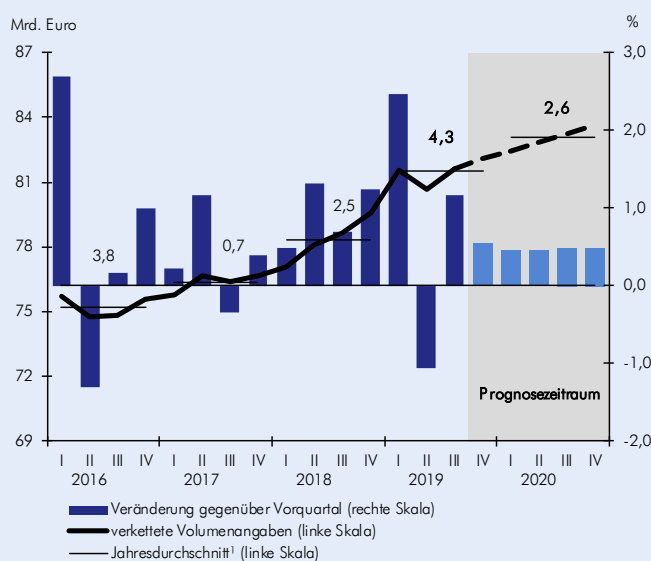
¹ Einschließlich der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck.

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2019 bis 2021: Prognose des IWH.

Abbildung 17

Reale Bauinvestitionen

saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



¹ Ursprungswerte: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH; ab 4. Quartal 2019: Prognose des IWH.

im Jahr 2019 um 2,6% zunehmen. Der private Konsum stützte die Konjunktur, allerdings hat wohl der Abschwung die Kauflaune im Verlauf des Jahres 2019 etwas gebremst. Die KFZ-Umsätze, die im ersten Halbjahr 2019 noch kräftig zugelegt hatten, gingen im August und September leicht zurück. Im Einzelhandel stagnierten die Umsätze seit Juli und sind im Oktober 2019 sogar deutlich gesunken. Insbesondere im Online-Handel gingen die Verkaufsumsätze zurück. Es bleibt abzuwarten, ob das Weihnachtsgeschäft diese Flaute beendet. Die im November 2019 deutlich nachlassende Inflation dürfte das Budget der privaten Haushalte zumindest entlasten und sich günstig auf die Käufe auswirken. Zu Beginn des Jahres 2020 werden

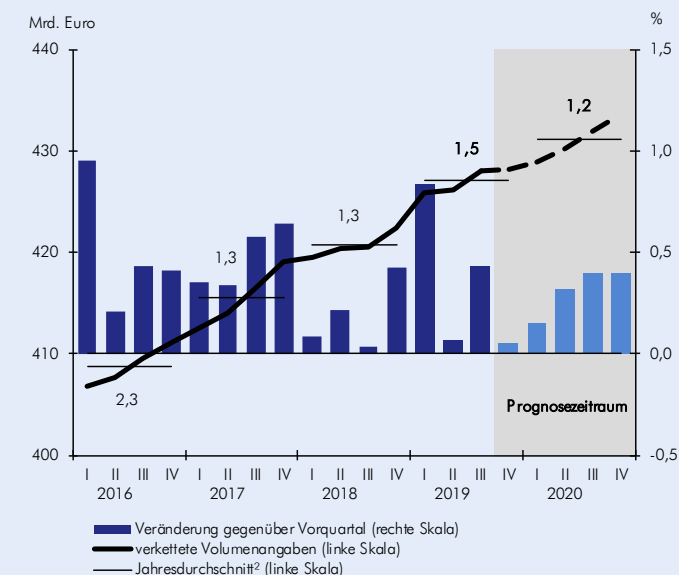
die konjunkturelle Schwäche sowie merkliche Strompreiserhöhungen¹⁹ den Anstieg der Konsumausgaben der privaten Haushalte wohl leicht abschwächen. Erst danach, im Zuge der konjunkturellen Erholung, können auch wieder stärkere Zuwächse bei den privaten Käufen erwartet werden.

Die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte dürften auch im Prognosezeitraum deutlich steigen (vgl. Tabelle 14). Die Bruttolöhne und -gehälter, die im Jahr 2019 mit über 4% zulegten, werden in den zwei Folgejahren etwas langsamer steigen. Es gibt im Jahr 2020 zwar Entlastungen bei Einkommensteuer, Grund- und Kinderfreibetrag sowie eine weitere Verschiebung der Tarifeckwerte, aber dies kommt nicht bei den Nettolöhnen an, da der durchschnittliche Zusatzbeitrag zur gesetzlichen Krankenversicherung um 0,2 Prozentpunkte ansteigen wird. Außerdem werden die privaten Haushalte durch die kalte Progression für sich genommen stärker mit Einkommensteuern belastet. Die monetären Sozialleistungen legten im Jahr 2019 vor allem infolge der Erhöhung der gesetzlichen Renten mit 4,4% kräftig zu. Im Jahr 2020 ist mit einer ähnlich hohen Steigerung zu rechnen. Im Folgejahr dürfte der Zuwachs dann etwas geringer ausfallen. Die Selbstständigen- und Vermögenseinkommen, die im Jahr 2019 konjunkturell bedingt kräftig gesunken sind, werden im Prognosezeitraum wieder leicht zulegen. Bei einem weiterhin moderaten Verbraucherpreisanstieg, dürften die realen verfügbaren Einkommen in den Jahren 2019 bis 2021 jeweils um etwa 1½% zulegen. Bei einer stabilen Sparquote expandieren die privaten Konsumausgaben dann im Jahr 2020 um 1,2% nach 1,5% im Jahr 2019 (vgl. Abbildung 18). Im Jahr 2021 dürften die privaten Haushalte ihre Käufe nochmals um 1,5% erhöhen.

Abbildung 18

Reale Konsumausgaben der privaten Haushalte¹

saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



¹ Einschließlich Organisationen ohne Erwerbszweck. – ² Ursprungswerte: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH; ab 4. Quartal 2019: Prognose des IWH.

Stabiler Erdölpreis bremst Inflation

Die Verbraucherpreise gaben zu Beginn des Jahres 2019 infolge des Ölpreiserückgangs deutlich nach. Bis April 2019 stieg der Ölpreis wieder, blieb jedoch deutlich unter dem Höchststand vom Jahr 2018. Seit Juni ist er weitgehend stabil. Hingegen gab es im Verlauf des Jahres 2019 kräftige Verbraucherpreissteigerungen, die ihren Ursprung im Inland haben. So lag beispielsweise die Inflationsrate im Oktober 2019 für Post- und Kurierdienstleistungen, für Wartung und Reparaturen an Privatfahrzeugen oder für Dienstleistungen sozialer Einrichtungen bei 5% und mehr. Hier dürften wohl gestiegene Lohnkosten auf die Verbraucherpreise umgelegt worden sein. Die Mieten stiegen nach wie vor insgesamt hingegen kaum, die Verknappungstendenzen bei Neuvermietungen in den Ballungsräumen haben keine sichtbaren Auswirkungen auf die Preisentwicklung im Gesamtbestand. Damit lag die Inflation im November 2019 bei 1,1% im Vergleich zum Vorjahr. Zum Vormonat waren Verbraucherpreise stark rückläufig. Der Verbraucherpreisindex ohne Nahrungsmittel und Energie betrug zuletzt 1,5%.

Insgesamt dürfte die Inflation im Jahr 2019 bei 1,4% liegen. In den beiden folgenden Prognosejahren werden die Rohölpreise wieder steigen. Zum 01.01.2020 steigt die EEG-Umlage um 5,5%. Zudem wird ab dem Jahr 2021 eine CO₂-Bepreisung eingeführt, die konventionelle Energie weiter verteuert. Dies alles dürfte die Energiepreise auf Verbraucherebene deutlich steigen lassen. Die konjunkturelle Schwäche der vergangenen Quartale hat bereits zu einer leichten Unterauslastung der Wirtschaft geführt, die im Verlauf des Prognosezeitraums noch größer werden dürfte. Dies

¹⁹ Die EEG-Umlage steigt zum 01.01.2020 um 5,5%.

wirkt dämpfend auf die inländische Inflation. Die Spielräume, Lohnkostenzuwächse wie beispielsweise die Mindestloohnerhöhung zum 01.01.2020 auf die Verbraucherpreise umzulegen, dürften sich dann verringern. Alles in allem wird die Verbraucherpreisinflation damit im Jahr 2020 bei 1,3% und im Jahr 2021 bei 1,4% liegen.

Produktion bleibt im Winterhalbjahr schwach

Im dritten Quartal stieg die Produktion nur um 0,1% (vgl. Tabelle 15). Hinter dieser schwachen Zunahme stehen gegenläufige Entwicklungen in den einzelnen Bereichen: Auf der einen Seite nahm vor allem im Verarbeitenden Gewerbe die Produktion mit 1,1% erneut deutlich ab, nachdem bereits in den vorangegangenen vier Quartalen Rückgänge zu verzeichnen waren. Vom Rückgang der Industrieproduktion waren vor allem auch die Unternehmensdienstleister betroffen, deren Produktion ebenfalls sank. Auf der anderen Seite nahm in einigen Bereichen die Produktion merklich zu. So stieg die Produktion im Baugewerbe mit 2,0% besonders kräftig. Ebenso expandierte die Produktion in einigen Dienstleistungsbereichen. Dies gilt insbesondere für die Bereiche Information und Kommunikation (1,4%), Finanz- und Versicherungsdienstleister (0,5%) sowie Öffentliche Dienstleister, Erziehung und Gesundheit (0,4%).

Innerhalb des Verarbeitenden Gewerbes ging im dritten Quartal 2019 die Produktion bei den Vorleistungsproduzenten mit 1,9% am stärksten zurück. Auch die Produktion von Investitionsgütern und Konsumgütern nahm mit 0,4% bzw. 0,5% ab. Während bei den Vorleistungsproduzenten und Konsumgüterproduzenten im Oktober 2019 die Produktion zugenommen hat, sank sie bei den Investitionsgüterproduzenten sehr kräftig (–5,0%). Besonders gravierend ist der Produktionsrückgang in der Kfz-Branche. Nachdem in diesem Bereich die Produktion fünf Quartale in Folge stark geschrumpft war, nahm sie im Oktober nochmals um 5,6% ab. Aufgrund des hohen Gewichts dieser Branche sind über den Vorleistungskreislauf direkt und indirekt viele Produktionsbereiche betroffen (vgl. Kasten 1).

Im vierten Quartal 2019 dürfte die Produktion stagnieren.²⁰ Im Verarbeitenden Gewerbe wird zwar die Wertschöpfung wohl nochmals um 0,8% abnehmen.

Die Auftragseingänge in dieser Branche waren in den ersten drei Quartalen des Jahres 2019 rückläufig und nahmen im Oktober nochmals ab. Auch der Auftragsbestand ist rückläufig. Der ifo Geschäftsklimaindex für das Verarbeitende Gewerbe kühlte sich zuletzt wieder ab. Grund hierfür war eine merklich schlechtere Geschäftslage. Die Wertschöpfung im Baugewerbe dürfte weiter zunehmen. Dafür sprechen der ifo Geschäftsklimaindex für das Bauhauptgewerbe sowie die hohen Auftragsbestände. Unter den Dienstleistungsbereichen dürften vor allem die Bereiche Öffentliche Dienstleister, Erziehung und Gesundheit sowie Information und Kommunikation weiter expandieren.

Tabelle 15

Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen¹

Veränderungsrate gegenüber dem Vorquartal in %

	2019			2020
	2. Quartal	3. Quartal	4. Quartal	1. Quartal
Bruttoinlandsprodukt	–0,2	0,1	0,0	0,2
Darunter				
Bruttowertschöpfung	–0,3	–0,1	0,0	0,2
darunter				
Produzierendes Gewerbe ohne Bau	–1,5	–1,3	–0,8	–0,3
Verarbeitendes Gewerbe	–1,3	–1,1	–0,8	–0,3
Energie- und Wasserversorgung	–3,0	–3,0	–0,3	0,0
Baugewerbe	–0,8	2,0	0,4	0,5
Handel, Verkehr, Gastgewerbe	–0,6	–0,1	0,0	0,3
Information und Kommunikation	0,6	1,4	0,5	1,0
Finanz- und Versicherungsdienstleister	1,0	0,5	0,2	0,6
Grundstücks- und Wohnungswesen	0,3	0,2	0,1	0,3
Unternehmensdienstleister	–0,1	–0,2	–0,1	0,0
öffentliche Dienstleister	0,5	0,4	0,4	0,5
sonstige Dienstleister	0,3	–0,3	0,1	0,3

¹ Verkettete Volumina, saison- und kalenderbereinigt.

Quellen: Statistisches Bundesamt; ab 4. Quartal 2019: Prognose des IWH.

²⁰ Die Prognose der Bruttowertschöpfung der Hauptwirtschaftsbereiche basiert auf zwei Ansätzen: In der sehr kurzen Frist, d. h. für zwei Quartale, kommen vor allem die Flash-Schätzungen mit kombinierten Einzelindikatorprognosen (Pooling) zum Einsatz. Für die anschließenden Quartale des ersten Prognosejahres erfolgt die Schätzung durch eine Erweiterung des makroökonomischen Deutschlandmodells des IWH. Zu den Pooling Ansätzen vgl. Drechsel, K.; Scheufele, R.: [Bottom-up or Direct? Forecasting German GDP in a Data-rich Environment](#), in: Empirical Economics, 54 (2), 2018, 705-745. Zur Schätzung der Produktion mit dem makroökonomischen Deutschlandmodell des IWH: Vgl. Arbeitskreis Konjunktur des IWH: Konjunktur aktuell: Binnenwirtschaft trägt Konjunktur in Deutschland; in: Konjunktur aktuell, 2 (1), 2014, 31.

Im ersten Quartal des Jahres 2020 dürfte die Produktion nur schwach zunehmen. Im Verarbeitenden Gewerbe dürfte auch wegen der anhaltenden Probleme im Bereich Kraftwagen und Kraftwagenteile die Produktion nochmals sinken. Im Baugewerbe dürfte sich die positive Grundtendenz fortsetzen. Der Bereich Grundstücks- und Wohnungswesen wird vor allem von der anhaltend hohen Nachfrage nach Wohnimmobilien profitieren. Insgesamt dürfte die Produktion um 0,2% steigen.

Öffentliche Finanzen: Abbau der Haushaltsüberschüsse

Im Jahr 2019 wird sich der Finanzierungssaldo der öffentlichen Haushalte erstmals seit acht Jahren wieder leicht verringern. Eine Ursache hierfür ist die konjunkturelle Abkühlung, in deren Folge die Steuereinnahmen nicht mehr so kräftig zulegen wie in den vergangenen Jahren. Außerdem trägt die expansive Finanzpolitik zu schwächer expandierenden Einnahmen und stärker zunehmenden Ausgaben des Staates bei. Während auf der Einnahmeseite insbesondere die Entlastungen bei der Einkommensteuer zu Buche schlagen, legen die öffentlichen Ausgaben insbesondere aufgrund diskretionärer Maßnahmen bei den Sozialversicherungen beschleunigt zu. Dennoch ist der gesamtstaatliche Haushaltsüberschuss mit ungefähr 53 Mrd. Euro bzw. 1,6% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt beträchtlich.

Im Prognosezeitraum dürfte der Überschuss der öffentlichen Haushalte vor allem aufgrund der weiterhin expansiv ausgerichteten Finanzpolitik vollständig abgebaut werden. Im Jahr 2020 werden die Einnahmen des Staates noch verhaltener zulegen als im Vorjahr. Aufgrund deutlich schwächer expandierender Bruttolöhne und -gehälter nehmen sowohl das Lohnsteueraufkommen als auch die Sozialbeiträge deutlich langsamer zu als in den Jahren zuvor. Zwar wirkt bei letzteren der Anstieg des durchschnittlichen Zusatzbeitrags zur gesetzlichen Krankenversicherung einnahmesteigernd. Dagegen wird jedoch das Aufkommen aus der Lohn- und der veranlagten Einkommensteuer durch die erneute Anhebung des Grund- und Kinderfreibetrags sowie die weitere Verschiebung der Tarifeckwerte zusätzlich gedämpft. Die gewinnabhängigen Steuern stehen im Zeichen der rückläufigen Unternehmens- und Vermögenseinkommen in den Jahren 2018 und 2019, die sich aufgrund des Veranlagungszyklus zeitverzögert im Steueraufkommen niederschlagen. Die empfangenen Vermögenseinkommen des Staates werden vor dem Hintergrund des Zinsumfeldes nahezu stagnieren, und die empfangenen sonstigen laufenden Transfers, die in den Jahren 2018 und 2019 durch Bußgeldzahlungen von Automobilkonzernen überzeichnet waren, gehen im Jahr 2020 zurück. Die Einnahmen aus staatlichen Verkäufen, die in den Jahren 2018 und 2019 durch die Ausweitung der Lkw-Maut auf sämtliche Bundesstraßen zum 1. Juli 2018 und durch die Anhebung der Mautsätze zum 1. Januar 2019 recht kräftig zugelegt haben, expandieren im Jahr 2020 deutlich langsamer. Alles in allem nehmen die Einnahmen des Staates im Jahr 2020 um 2,6% zu, nach 3,4% im vorhergehenden Jahr.

Tabelle 16

Finanzierungssaldo, struktureller Finanzierungssaldo und struktureller Primärsaldo des Staates

in Milliarden Euro

	2018	2019	2020	2021
Gesamtstaatlicher Finanzierungssaldo	62,4	53,3	20,6	-1,1
– Konjunkturkomponente ¹	17,3	1,2	-5,9	-1,9
= Konjunkturbereinigter Finanzierungssaldo	45,1	52,1	26,5	0,9
– Einmaleffekte ²	-3,0	1,5	0,0	0,0
= Struktureller Finanzierungssaldo	48,1	50,7	26,5	0,9
+ Zinsausgaben des Staates	31,7	28,9	27,4	26,3
= Struktureller Primärsaldo	79,8	79,5	53,9	27,2
Veränderung des strukturellen Primärsaldos gegenüber dem Vorjahr	12,5	-0,2	-25,7	-26,7
Nachrichtlich:	In Relation zum Bruttoinlandsprodukt in Prozent			
Struktureller Finanzierungssaldo	1,4	1,5	0,7	0,0
Struktureller Primärsaldo	2,4	2,3	1,5	0,7
Veränderung des strukturellen Primärsaldos gegenüber dem Vorjahr	0,3	-0,1	-0,8	-0,8

¹ Berechnet mit einer Budgetsemielastizität von 0,504. – ² Abwicklung der HSH Nordbank, Gerichtsurteile, Bußgeldzahlungen im Zusammenhang mit manipulierten Abgaswerten.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Schätzungen des IWH.

Die öffentlichen Ausgaben werden im Jahr 2020 mit 4,8% kräftiger expandieren als in den Jahren 2009 und 2010, in denen umfangreiche konjunkturstützende Maßnahmen zu deutlichen Mehrausgaben geführt haben. Die staatlichen Vorleistungskäufe werden im Jahr 2020 mit dem Anlaufen zusätzlicher investiver Maßnahmen wie dem Digitalpakt Schule erneut spürbar zulegen. Gleiches gilt für die Sozialen Sachleistungen – hier führen diskretionäre Maßnahmen im Gesundheits- und Pflegebereich, wie das Terminservice- und Versorgungsgesetz oder das Pflegepersonalstärkungsgesetz, zu Mehrausgaben. Die Arbeitnehmerentgelte dürften im Jahr 2020 aufgrund geplanter Personalaufstockungen im öffentlichen Dienst, etwa in den Bereichen öffentliche Sicherheit und Justiz, und deutlicher Lohnerhöhungen mit einer ähnlich hohen Rate zulegen wie schon in den beiden Jahren zuvor. Der Zuwachs bei den monetären Sozialleistungen, der im Jahr 2019 durch diverse rentenpolitische Maßnahmen und Änderungen bei weiteren monetären Transfers, etwa der Aufstockung des BAföG oder der Einführung des Baukindergeldes, besonders kräftig ausfällt, schwächt sich im Jahr 2020 etwas ab. Zwar geht die Zahl der Arbeitslosen kaum mehr zurück, und die deutliche Erhöhung des Kindergeldes zum 1. Juli 2019 wirkt dann erstmals ganzjährig – es treten aber keine weiteren rentenpolitischen Maßnahmen in Kraft.²¹ Die sonstigen laufenden Transfers werden im Jahr 2020 spürbar höher ausfallen als im Vorjahr, weil mit deutlich höheren EU-Abführungen zu rechnen ist. Zudem schlagen sich hier Maßnahmen aus dem Klimapaket der Bundesregierung nieder, etwa die höhere Prämie für den Kauf von Elektro- und Hybridfahrzeugen oder die Förderung des Austauschs von Öl-Heizungsanlagen.²² Bei den öffentlichen Investitionen dürfte sich im Jahr 2020 die sehr hohe Dynamik der Vorjahre, insbesondere bei den Ausrüstungsinvestitionen, deutlich abschwächen. Da die Einnahmen des Staates im Jahr 2020 deutlich langsamer expandieren als die Ausgaben, verringert sich der gesamtstaatliche Finanzierungssaldo auf knapp 21 Mrd. Euro bzw. 0,6% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2020.

Im Jahr 2021 nehmen die gesamtstaatlichen Einnahmen mit 2,9% mit einer ähnlichen Rate zu wie im Vorjahr. Zwar führt die geplante Rückführung des Solidaritätszuschlags sowie die steuerlichen Fördermaßnahmen im Rahmen des Klimapakets zu deutlichen Mindereinnahmen. Dagegen dürften insbesondere die Einnahmen aus den gewinnabhängigen Steuern mit den in den Jahren 2020 und 2021 wieder anziehenden Unternehmensgewinnen beschleunigt zulegen. Zudem führt die Einführung der CO₂-Bepreisung in den Bereichen Gebäude und Verkehr zu zusätzlichen Einnahmen. Gleichwohl werden im Jahr 2021 die gesamtstaatlichen Ausgaben um 4,3% und damit erneut stärker expandieren als die Einnahmen. Neben der hohen Dynamik bei den öffentlichen Investitionen sind hierfür insbesondere die geplante Anhebung des Kindergeldes um 15 Euro je Monat und Kind zum 1. Januar 2021 sowie die Einführung der Grundrente ausschlaggebend. Der gesamtstaatliche Finanzierungssaldo dürfte dann ein leichtes Defizit aufweisen.

Der um konjunkturelle und Einmaleffekte bereinigte strukturelle Finanzierungssaldo verringert sich von 1,5% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2019 auf 0,0% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2021 (vgl. Tabelle 16). Aufgrund der Haushaltsüberschüsse in den Jahren 2019 und 2020 und der, wenn auch schwächeren, aber immer noch kräftigen Zunahmen des nominalen Bruttoinlandsprodukts im Prognosezeitraum und dem weiteren Abbau der Bad-Bank-Portfolios wird sich der Schuldenstand des Staates in Relation zum Bruttoinlandsprodukt von 61,9% im Jahr 2018 auf ungefähr 53% im Jahr 2021 reduzieren.

²¹ Die Erhöhung der gesetzlichen Altersrenten zum 1. Juli 2020 beläuft sich auf ungefähr 3,3% und fällt damit ähnlich aus wie im Jahr zuvor. In der Rentenanpassungsformel stellt die Veränderung der Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer im Vorjahr eine wesentliche Determinante der Rentenanpassung im laufenden Jahr dar. Im Zuge der Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) im August 2019 wurden die Bruttolöhne und -gehälter rückwirkend deutlich nach oben revidiert. Bisher floss nach VGR-Revisionen nur der revidierte Wert des Vorjahres in die Rentenanpassung zum 1. Juli des Folgejahres ein – der Basiswert des vorvergangenen Jahres wurde dem VGR-Stand vor der Revision entnommen. Die für die Rentenanpassung zum 1. Juli 2020 relevante Zuwachsrate der Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer im Vorjahr würde dadurch um ungefähr zwei Prozentpunkte nach oben verzerrt. Im Jahr 2021 müsste die Rentenanpassung dann um zwei Prozentpunkte niedriger ausfallen. Das am 24. Oktober 2019 vom Deutschen Bundestag beschlossene Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Errichtung der Deutschen Rentenversicherung Bund und der Deutschen Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See schließt derartige Schwankungen bei den Rentenanpassungen, die auf VGR-Revisionen zurückgehen, ab dem Jahr 2020 jedoch aus.

²² In dieser Prognose ist unterstellt, dass das Klimapaket – mit Ausnahme der steuerlichen Entlastungsmaßnahmen – planmäßig umgesetzt wird.

Anhang

Tabelle A 1

Hauptaggregate der Sektoren

Jahresergebnisse 2018

in Mrd. Euro

		gesamte Volks- wirtschaft	Kapital- gesellschaften	Staat	priv. Haushalte und priv. Org. o. E.	übrige Welt
1	= Bruttowertschöpfung	3 012,3	2 050,5	330,4	631,4	–
2	– Abschreibungen	608,7	350,9	75,5	182,4	–
3	= Nettowertschöpfung ¹	2 403,6	1 699,6	255,0	449,0	–206,1
4	– geleistete Arbeitnehmerentgelte	1 770,3	1 281,0	259,3	230,0	13,9
5	– geleistete sonstige Produktionsabgaben	23,1	13,4	0,3	9,4	–
6	+ empfangene sonstige Subventionen	27,5	25,8	0,2	1,5	–
7	= Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen	637,7	431,0	–4,4	211,1	–220,0
8	+ empfangene Arbeitnehmerentgelte	1 771,3	–	–	1 771,3	12,9
9	– geleistete Subventionen	29,6	–	29,6	–	5,4
10	+ empfangene Produktions- und Importabgaben	355,7	–	355,7	–	7,0
11	– geleistete Vermögenseinkommen	672,9	618,4	31,7	22,8	197,3
12	+ empfangene Vermögenseinkommen	767,0	366,6	21,3	379,1	103,2
13	= Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	2 829,2	179,2	311,3	2 338,7	–299,6
14	– geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	435,4	96,3	–	339,0	10,3
15	+ empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	445,2	–	445,2	–	0,4
16	– geleistete Nettosozialbeiträge ²	706,1	–	–	706,1	4,3
17	+ empfangene Nettosozialbeiträge ²	707,4	134,1	572,5	0,8	2,9
18	– geleistete monetäre Sozialleistungen	586,5	65,5	520,2	0,8	0,6
19	+ empfangene monetäre Sozialleistungen	579,4	–	–	579,4	7,7
20	– geleistete sonstige laufende Transfers	345,0	184,0	74,9	86,1	53,6
21	+ empfangene sonstige laufende Transfers	297,1	160,7	24,8	111,6	101,5
22	= verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 785,4	128,2	758,7	1 898,5	–255,8
23	– Konsumausgaben	2 409,3	–	665,6	1 743,7	–
24	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–59,7	–	59,7	–
25	= Sparen	376,1	68,5	93,2	214,5	–255,8
26	– geleistete Vermögenstransfers	71,1	18,5	42,2	10,4	3,9
27	+ empfangene Vermögenstransfers	62,3	29,6	13,1	19,6	12,7
28	– Bruttoinvestitionen	729,0	434,5	78,4	216,2	–
29	+ Abschreibungen	608,7	350,9	75,5	182,4	–
30	– Nettozugang an nicht produzierten Vermögensgütern	–5,4	–4,9	–1,3	0,8	5,4
31	= Finanzierungssaldo	252,4	0,9	62,4	189,1	–252,4
<i>nachrichtlich:</i>						
32	verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 785,4	128,2	758,7	1 898,5	–255,8
33	– geleistete soziale Sachtransfers	427,8	–	427,8	–	–
34	+ empfangene soziale Sachtransfers	427,8	–	–	427,8	–
35	= verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	2 785,4	128,2	331,0	2 326,3	–255,8
36	– Konsum ³	2 409,3	–	237,8	2 171,5	–
37	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–59,7	–	59,7	–
38	= Sparen	376,1	68,5	93,2	214,5	–255,8

¹ Für den Sektor übrige Welt Importe abzüglich Exporte aus der bzw. an die übrige Welt.² Einschließlich Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme.³ Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d. h. einschließlich sozialer Sachleistungen).

Quellen: Statistisches Bundesamt.

noch: Hauptaggregate der Sektoren

Jahresergebnisse 2019

in Mrd. Euro

		gesamte Volks- wirtschaft	Kapital- gesellschaften	Staat	priv. Haushalte und priv. Org. o.E.	übrige Welt
1	= Bruttowertschöpfung	3 088,5	2 086,5	343,9	658,1	–
2	– Abschreibungen	634,6	364,0	79,5	191,2	–
3	= Nettowertschöpfung ¹	2 453,9	1 722,6	264,5	466,9	–205,8
4	– geleistete Arbeitnehmerentgelte	1 847,5	1 337,0	269,4	241,0	14,9
5	– geleistete sonstige Produktionsabgaben	24,7	14,6	0,3	9,8	–
6	+ empfangene sonstige Subventionen	28,6	26,8	0,2	1,6	–
7	= Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen	610,3	397,8	–5,0	217,6	–220,7
8	+ empfangene Arbeitnehmerentgelte	1 848,7	–	–	1 848,7	13,7
9	– geleistete Subventionen	30,5	–	30,5	–	5,5
10	+ empfangene Produktions- und Importabgaben	367,1	–	367,1	–	7,1
11	– geleistete Vermögenseinkommen	641,8	593,1	28,9	19,8	203,1
12	+ empfangene Vermögenseinkommen	740,7	364,4	21,3	355,0	104,2
13	= Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	2 894,4	169,0	324,0	2 401,5	–304,3
14	– geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	445,3	92,4	–	353,0	11,5
15	+ empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	456,4	–	456,4	–	0,4
16	– geleistete Nettosozialbeiträge ²	733,3	–	–	733,3	4,5
17	+ empfangene Nettosozialbeiträge ²	734,7	136,4	597,5	0,8	3,1
18	– geleistete monetäre Sozialleistungen	612,1	66,5	544,7	0,8	0,6
19	+ empfangene monetäre Sozialleistungen	604,7	–	–	604,7	8,0
20	– geleistete sonstige laufende Transfers	352,6	186,2	78,8	87,6	54,9
21	+ empfangene sonstige laufende Transfers	303,7	163,6	24,0	116,2	103,8
22	= verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 850,7	123,9	778,2	1 948,6	–260,5
23	– Konsumausgaben	2 485,9	–	694,4	1 791,5	–
24	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–60,5	–	60,5	–
25	= Sparen	364,8	63,4	83,8	217,6	–260,5
26	– geleistete Vermögenstransfers	68,4	19,8	38,0	10,5	4,4
27	+ empfangene Vermögenstransfers	59,7	26,9	12,4	20,4	13,1
28	– Bruttoinvestitionen	738,9	419,6	85,6	233,7	–
29	+ Abschreibungen	634,6	364,0	79,5	191,2	–
30	– Nettozugang an nicht produzierten Vermögensgütern	–3,1	–2,5	–1,3	0,7	3,1
31	= Finanzierungssaldo	255,0	17,4	53,3	184,3	–255,0
32	<i>nachrichtlich:</i> verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 850,7	123,9	778,2	1 948,6	–260,5
33	– geleistete soziale Sachtransfers	445,3	–	445,3	–	–
34	+ empfangene soziale Sachtransfers	445,3	–	–	445,3	–
35	= verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	2 850,7	123,9	332,9	2 393,9	–260,5
36	– Konsum ³	2 485,9	–	249,1	2 236,8	–
37	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–60,5	–	60,5	–
38	= Sparen	364,8	63,4	83,8	217,6	–260,5

¹ Für den Sektor übrige Welt Importe abzüglich Exporte aus der bzw. an die übrige Welt.² Einschließlich Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme.³ Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d. h. einschließlich sozialer Sachleistungen).

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2019 bis 2021: Prognose des IWH.

noch: Hauptaggregate der Sektoren

Jahresergebnisse 2020

in Mrd. Euro

		gesamte Volks- wirtschaft	Kapital- gesellschaften	Staat	priv. Haushalte und priv. Org. o.E.	übrige Welt
1	= Bruttowertschöpfung	3 187,1	2 147,1	357,4	682,6	–
2	– Abschreibungen	659,7	376,5	82,8	200,4	–
3	= Nettowertschöpfung ¹	2 527,4	1 770,6	274,7	482,2	–218,2
4	– geleistete Arbeitnehmerentgelte	1 903,6	1 376,2	279,4	248,1	15,8
5	– geleistete sonstige Produktionsabgaben	25,0	14,8	0,3	10,0	–
6	+ empfangene sonstige Subventionen	29,3	27,5	0,2	1,7	–
7	= Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen	628,1	407,1	–4,8	225,8	–234,0
8	+ empfangene Arbeitnehmerentgelte	1 904,9	–	–	1 904,9	14,6
9	– geleistete Subventionen	31,5	–	31,5	–	5,4
10	+ empfangene Produktions- und Importabgaben	374,2	–	374,2	–	7,1
11	– geleistete Vermögenseinkommen	635,7	590,1	27,4	18,2	203,3
12	+ empfangene Vermögenseinkommen	737,8	371,2	21,4	345,2	101,2
13	= Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	2 977,8	188,3	331,8	2 457,8	–319,8
14	– geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	452,6	92,0	–	360,6	12,1
15	+ empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	464,2	–	464,2	–	0,4
16	– geleistete Nettosozialbeiträge ²	756,9	–	–	756,9	4,6
17	+ empfangene Nettosozialbeiträge ²	758,2	139,3	618,1	0,8	3,3
18	– geleistete monetäre Sozialleistungen	636,1	67,5	567,8	0,8	0,6
19	+ empfangene monetäre Sozialleistungen	628,6	–	–	628,6	8,0
20	– geleistete sonstige laufende Transfers	369,0	185,8	90,1	93,1	56,3
21	+ empfangene sonstige laufende Transfers	318,9	175,0	23,2	120,7	106,4
22	= verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 933,2	157,2	779,5	1 996,5	–275,2
23	– Konsumausgaben	2 560,8	–	726,3	1 834,5	–
24	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–61,1	–	61,1	–
25	= Sparen	372,5	96,1	53,2	223,1	–275,2
26	– geleistete Vermögenstransfers	70,8	20,4	40,0	10,4	4,9
27	+ empfangene Vermögenstransfers	61,8	28,2	12,5	21,2	13,9
28	– Bruttoinvestitionen	757,0	417,9	89,2	249,9	–
29	+ Abschreibungen	659,7	376,5	82,8	200,4	–
30	– Nettozugang an nicht produzierten Vermögensgütern	–3,3	–2,6	–1,3	0,6	3,3
31	= Finanzierungssaldo	269,5	65,1	20,6	183,8	–269,5
32	<i>nachrichtlich:</i> verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 933,2	157,2	779,5	1 996,5	–275,2
33	– geleistete soziale Sachtransfers	468,4	–	468,4	–	–
34	+ empfangene soziale Sachtransfers	468,4	–	–	468,4	–
35	= verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	2 933,2	157,2	311,1	2 464,9	–275,2
36	– Konsum ³	2 560,8	–	257,9	2 302,9	–
37	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–61,1	–	61,1	–
38	= Sparen	372,5	96,1	53,2	223,1	–275,2

¹ Für den Sektor übrige Welt Importe abzüglich Exporte aus der bzw. an die übrige Welt.² Einschließlich Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme.³ Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d. h. einschließlich sozialer Sachleistungen).

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2019 bis 2021: Prognose des IWH.

noch: Hauptaggregate der Sektoren Jahresergebnisse 2021

in Mrd. Euro

		gesamte Volks- wirtschaft	Kapital- gesellschaften	Staat	priv. Haushalte und priv. Org. o.E.	übrige Welt
1	= Bruttowertschöpfung	3 303,9	2 222,6	370,9	710,4	–
2	– Abschreibungen	684,8	387,5	87,2	210,1	–
3	= Nettowertschöpfung ¹	2 619,1	1 835,0	283,7	500,3	–223,6
4	– geleistete Arbeitnehmerentgelte	1 964,1	1 418,9	289,4	255,8	16,7
5	– geleistete sonstige Produktionsabgaben	28,8	17,0	0,3	11,5	–
6	+ empfangene sonstige Subventionen	31,0	29,1	0,2	1,7	–
7	= Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen	657,3	428,2	–5,7	234,8	–240,3
8	+ empfangene Arbeitnehmerentgelte	1 965,3	–	–	1 965,3	15,5
9	– geleistete Subventionen	33,3	–	33,3	–	5,4
10	+ empfangene Produktions- und Importabgaben	384,6	–	384,6	–	7,2
11	– geleistete Vermögenseinkommen	622,7	578,4	26,3	18,0	203,9
12	+ empfangene Vermögenseinkommen	728,4	368,1	21,5	338,8	98,2
13	= Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	3 079,7	217,9	340,8	2 520,9	–328,8
14	– geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	461,7	96,5	–	365,2	12,6
15	+ empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	473,9	–	473,9	–	0,4
16	– geleistete Nettosozialbeiträge ²	780,9	–	–	780,9	4,8
17	+ empfangene Nettosozialbeiträge ²	782,4	143,2	638,3	0,8	3,3
18	– geleistete monetäre Sozialleistungen	657,4	68,6	588,0	0,8	0,6
19	+ empfangene monetäre Sozialleistungen	649,8	–	–	649,8	8,2
20	– geleistete sonstige laufende Transfers	381,4	185,1	98,8	97,5	57,8
21	+ empfangene sonstige laufende Transfers	331,2	182,0	24,0	125,2	108,0
22	= verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 035,5	193,0	790,2	2 052,3	–284,6
23	– Konsumausgaben	2 643,0	–	757,6	1 885,4	–
24	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–61,7	–	61,7	–
25	= Sparen	392,5	131,3	32,6	228,6	–284,6
26	– geleistete Vermögenstransfers	74,4	22,4	41,4	10,6	5,4
27	+ empfangene Vermögenstransfers	64,9	30,1	12,7	22,1	14,9
28	– Bruttoinvestitionen	792,7	435,0	93,5	264,2	–
29	+ Abschreibungen	684,8	387,5	87,2	210,1	–
30	– Nettozugang an nicht produzierten Vermögensgütern	–4,1	–3,3	–1,3	0,5	4,1
31	= Finanzierungssaldo	279,2	94,9	–1,1	185,4	–279,2
32	<i>nachrichtlich:</i> verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 035,5	193,0	790,2	2 052,3	–284,6
33	– geleistete soziale Sachtransfers	491,2	–	491,2	–	–
34	+ empfangene soziale Sachtransfers	491,2	–	–	491,2	–
35	= verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	3 035,5	193,0	299,0	2 543,5	–284,6
36	– Konsum ³	2 643,0	–	266,4	2 376,6	–
37	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–61,7	–	61,7	–
38	= Sparen	392,5	131,3	32,6	228,6	–284,6

¹ Für den Sektor übrige Welt Importe abzüglich Exporte aus der bzw. an die übrige Welt.² Einschließlich Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme.³ Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d. h. einschließlich sozialer Sachleistungen).

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2019 bis 2021: Prognose des IWH.

Tabelle A 2**VGR-Tabellen****Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Deutschland**

Vorausschätzung für die Jahre 2019, 2020 und 2021

	2018	2019	2020	2021	2019		2020	
					1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
1. Entstehung des Inlandsprodukts								
Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr								
Erwerbstätige	1,4	0,9	0,3	0,4	1,1	0,7	0,3	0,4
Arbeitsvolumen	1,3	0,6	0,5	0,6	0,7	0,5	0,3	0,6
Arbeitsstunden je Erwerbstätige	-0,1	-0,3	0,1	0,2	-0,4	-0,2	-0,1	0,3
Produktivität¹	0,3	-0,1	0,6	1,0	-0,2	0,1	0,2	1,0
Bruttoinlandsprodukt, preisbereinigt	1,5	0,5	1,1	1,6	0,4	0,6	0,5	1,7
2. Verwendung des Inlandsprodukts in jeweiligen Preisen								
a) Mrd. EUR								
Konsumausgaben	2 409,3	2 485,9	2 560,8	2 643,0	1 213,4	1 272,5	1 249,1	1 311,7
private Haushalte²	1 743,7	1 791,5	1 834,5	1 885,4	876,3	915,1	896,2	938,3
Staat	665,6	694,4	726,3	757,6	337,0	357,4	352,9	373,4
Anlageinvestitionen	707,7	746,9	779,4	813,4	359,1	387,8	371,3	408,2
Bauten	344,3	374,1	398,5	420,5	180,0	194,0	190,8	207,7
Ausrüstungen	235,3	239,2	242,0	248,6	115,7	123,5	114,3	127,7
sonstige Anlageinvestitionen	128,1	133,6	138,9	144,3	63,3	70,2	66,2	72,8
Vorratsveränderung³	21,3	-8,0	-22,5	-20,7	7,6	-15,6	-12,2	-10,3
inländische Verwendung	3 138,3	3 224,8	3 317,7	3 435,7	1 580,1	1 644,7	1 608,1	1 709,6
Außenbeitrag	206,1	205,8	218,2	223,6	106,7	99,1	118,1	100,0
Exporte	1 585,8	1 616,8	1 687,0	1 776,5	803,7	813,1	829,5	857,5
Importe	1 379,7	1 410,9	1 468,8	1 553,0	697,0	714,0	711,3	757,5
Bruttoinlandsprodukt	3 344,4	3 430,6	3 535,9	3 659,2	1 686,8	1 743,8	1 726,2	1 809,7
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr								
Konsumausgaben	2,9	3,2	3,0	3,2	3,1	3,3	2,9	3,1
private Haushalte²	2,8	2,7	2,4	2,8	2,6	2,8	2,3	2,5
Staat	3,3	4,3	4,6	4,3	4,1	4,5	4,7	4,5
Anlageinvestitionen	6,3	5,5	4,4	4,4	6,4	4,8	3,4	5,3
Bauten	7,3	8,6	6,5	5,5	9,3	8,0	6,0	7,0
Ausrüstungen	4,9	1,7	1,2	2,7	3,1	0,4	-1,2	3,4
sonstige Anlageinvestitionen	5,9	4,3	4,0	3,8	4,5	4,0	4,5	3,6
Inländische Verwendung	4,1	2,8	2,9	3,6	3,7	1,9	1,8	3,9
Exporte	3,1	2,0	4,3	5,3	1,4	2,5	3,2	5,5
Importe	5,5	2,3	4,1	5,7	4,0	0,6	2,1	6,1
Bruttoinlandsprodukt	3,1	2,6	3,1	3,5	2,4	2,7	2,3	3,8
nachrichtlich in % in Relation zum nominalen BIP:								
Außenbeitrag	6,2	6,0	6,2	6,1	6,3	5,7	6,8	5,5
3. Verwendung des Inlandsprodukts, verkettete Volumenangaben (Referenzjahr 2015)								
a) Mrd. EUR								
Konsumausgaben	2 322,5	2 360,5	2 395,7	2 435,3	1 162,2	1 198,3	1 179,0	1 216,7
private Haushalte²	1 681,7	1 706,4	1 726,8	1 752,1	838,4	868,0	847,5	879,3
Staat	640,8	654,0	668,8	683,0	323,7	330,3	331,5	337,4
Anlageinvestitionen	666,6	684,8	697,8	712,0	330,4	354,4	336,1	361,7
Bauten	312,2	325,5	333,8	340,1	157,4	168,0	163,2	170,6
Ausrüstungen	231,4	232,8	234,0	239,0	112,6	120,1	110,3	123,6
sonstige Anlageinvestitionen	123,2	126,4	129,5	132,5	60,3	66,1	62,0	67,5
inländische Verwendung	3 017,7	3 047,1	3 081,5	3 137,2	1 502,6	1 544,4	1 508,4	1 573,2
Exporte	1 557,2	1 576,6	1 629,4	1 694,0	785,3	791,3	804,2	825,2
Importe	1 353,6	1 386,2	1 438,3	1 505,5	683,1	703,1	699,2	739,1
Bruttoinlandsprodukt	3 222,5	3 238,8	3 274,3	3 328,1	1 605,4	1 633,4	1 613,8	1 660,5
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr								
Konsumausgaben	1,3	1,6	1,5	1,7	1,4	1,9	1,5	1,5
private Haushalte²	1,3	1,5	1,2	1,5	1,3	1,7	1,1	1,3
Staat	1,4	2,1	2,3	2,1	1,8	2,4	2,4	2,2
Anlageinvestitionen	3,5	2,7	1,9	2,0	3,2	2,3	1,7	2,1
Bauten	2,5	4,3	2,6	1,9	4,2	4,3	3,7	1,5
Ausrüstungen	4,4	0,6	0,5	2,2	2,0	-0,7	-2,1	2,9
sonstige Anlageinvestitionen	4,3	2,6	2,5	2,3	2,9	2,3	2,9	2,1
inländische Verwendung	2,1	1,0	1,1	1,8	1,7	0,3	0,4	1,9
Exporte	2,1	1,2	3,3	4,0	0,2	2,3	2,4	4,3
Importe	3,6	2,4	3,8	4,7	3,1	1,8	2,4	5,1
Bruttoinlandsprodukt	1,5	0,5	1,1	1,6	0,4	0,6	0,5	1,7

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2019, 2020 und 2021

	2018	2019	2020	2021	2019		2020	
					1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.

4. Preisniveau der Verwendungsseite des Inlandsprodukts (2015=100)

Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

private Konsumausgaben ²	1,5	1,3	1,2	1,3	1,4	1,2	1,2	1,2
Konsumausgaben des Staates	1,8	2,2	2,3	2,1	2,3	2,1	2,3	2,3
Anlageinvestitionen	2,7	2,7	2,4	2,3	3,0	2,5	1,7	3,1
Bauten	4,7	4,2	3,9	3,6	4,9	3,6	2,2	5,4
Ausrüstungen	0,6	1,1	0,7	0,5	1,0	1,1	0,9	0,5
Exporte	0,9	0,7	1,0	1,3	1,1	0,3	0,8	1,1
Importe	1,8	-0,1	0,3	1,0	0,9	-1,1	-0,3	0,9
Bruttoinlandsprodukt	1,5	2,1	2,0	1,8	2,0	2,1	1,8	2,1

5. Einkommensentstehung und -verteilung

a) Mrd. EUR

Primäreinkommen der privaten Haushalte ²	2 338,7	2 401,5	2 457,8	2 520,9	1 188,3	1 213,2	1 216,3	1 241,4
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	310,4	326,4	337,0	347,3	157,8	168,6	163,4	173,6
Bruttolöhne und -gehälter	1 460,9	1 522,2	1 567,9	1 618,1	726,4	795,9	749,3	818,6
übrige Primäreinkommen ⁴	567,4	552,8	552,9	555,6	304,0	248,8	303,6	249,2
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	490,5	492,9	520,1	558,8	220,2	272,7	219,8	300,2
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	2 829,2	2 894,4	2 977,8	3 079,7	1 408,5	1 486,0	1 436,2	1 541,7
Abschreibungen	608,7	634,6	659,7	684,8	315,9	318,7	328,5	331,1
Bruttonationaleinkommen	3 437,9	3 529,1	3 637,5	3 764,4	1 724,4	1 804,7	1 764,7	1 872,8
nachrichtlich:								
Volkseinkommen	2 503,1	2 557,8	2 635,1	2 728,3	1 240,0	1 317,9	1 264,5	1 370,7
Arbeitnehmerentgelt	1 771,3	1 848,7	1 904,9	1 965,3	884,2	964,4	912,7	992,2
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	731,8	709,2	730,2	763,0	355,8	353,4	351,8	378,5

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Primäreinkommen der privaten Haushalte ²	3,9	2,7	2,3	2,6	2,8	2,6	2,4	2,3
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	3,2	5,2	3,2	3,0	5,3	5,1	3,5	3,0
Bruttolöhne und -gehälter	4,8	4,2	3,0	3,2	4,4	4,0	3,2	2,9
Bruttolöhne und -gehälter je Beschäftigten	3,2	3,0	2,5	2,6	3,0	3,1	2,6	2,4
übrige Primäreinkommen ⁴	1,9	-2,6	0,0	0,5	-2,0	-3,3	-0,1	0,2
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	-1,2	0,5	5,5	7,4	-1,0	1,8	-0,2	10,1
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	3,0	2,3	2,9	3,4	2,2	2,4	2,0	3,7
Abschreibungen	4,9	4,3	3,9	3,8	4,4	4,1	4,0	3,9
Bruttonationaleinkommen	3,3	2,7	3,1	3,5	2,6	2,7	2,3	3,8
nachrichtlich:								
Volkseinkommen	3,0	2,2	3,0	3,5	2,0	2,3	2,0	4,0
Arbeitnehmerentgelt	4,5	4,4	3,0	3,2	4,5	4,2	3,2	2,9
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	-0,5	-3,1	3,0	4,5	-3,7	-2,4	-1,1	7,1

6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte²

a) Mrd. EUR

Masseneinkommen	1 427,3	1 490,3	1 538,1	1 592,2	716,1	774,2	739,3	798,8
Nettolöhne und -gehälter	975,5	1 020,2	1 049,4	1 087,1	482,4	537,8	496,3	553,1
monetäre Sozialleistungen	579,4	604,7	628,6	649,8	300,6	304,2	312,6	316,0
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	127,5	134,6	139,9	144,6	66,9	67,7	69,6	70,4
übrige Primäreinkommen ⁴	567,4	552,8	552,9	555,6	304,0	248,8	303,6	249,2
sonstige Transfers (Saldo) ⁵	-96,3	-94,6	-94,5	-95,5	-49,1	-45,5	-49,0	-45,5
Verfügbares Einkommen	1 898,5	1 948,6	1 996,5	2 052,3	971,0	977,5	994,0	1 002,5
Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	59,7	60,5	61,1	61,7	29,4	31,1	29,7	31,4
Konsumausgaben	1 743,7	1 791,5	1 834,5	1 885,4	876,3	915,1	896,2	938,3
Sparen	214,5	217,6	223,1	228,6	124,1	93,5	127,4	95,7
Sparquote (%) ⁶	11,0	10,8	10,8	10,8	12,4	9,3	12,5	9,3

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Masseneinkommen	3,9	4,4	3,2	3,5	4,5	4,4	3,2	3,2
Nettolöhne und -gehälter	4,7	4,6	2,9	3,6	4,9	4,3	2,9	2,9
monetäre Sozialleistungen	2,6	4,4	4,0	3,4	4,1	4,6	4,0	3,9
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	3,5	5,5	4,0	3,4	5,8	5,3	4,0	3,9
übrige Primäreinkommen ⁴	1,9	-2,6	0,0	0,5	-2,0	-3,3	-0,1	0,2
Verfügbares Einkommen	3,5	2,6	2,5	2,8	2,7	2,6	2,4	2,6
Konsumausgaben	2,8	2,7	2,4	2,8	2,6	2,8	2,3	2,5
Sparen	8,6	1,5	2,5	2,5	2,6	0,0	2,7	2,3

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2019, 2020 und 2021

	2018	2019	2020	2021	2019		2020	
					1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
7. Einnahmen und Ausgaben des Staates ⁷								
a) Mrd. EUR								
Einnahmen								
Steuern	800,9	823,5	838,4	858,5	415,6	407,9	423,4	415,0
Nettosozialbeiträge	572,5	597,5	618,1	638,3	289,7	307,7	300,1	318,0
Vermögenseinkommen	21,3	21,3	21,4	21,5	13,2	8,1	13,3	8,1
sonstige Transfers	24,8	24,0	23,2	24,0	11,3	12,7	11,1	12,1
Vermögenstransfers	13,1	12,4	12,5	12,7	5,3	7,1	5,3	7,1
Verkäufe	120,2	127,1	133,2	139,6	59,3	67,8	62,2	71,1
sonstige Subventionen	0,2	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1
Insgesamt	1 552,9	1 605,9	1 646,9	1 694,8	794,5	811,4	815,4	831,5
Ausgaben								
Vorleistungen ⁸	455,6	477,9	502,4	526,5	229,8	248,0	241,7	260,6
Arbeitnehmerentgelt	259,3	269,4	279,4	289,4	129,3	140,1	134,1	145,3
Vermögenseinkommen (Zinsen)	31,7	28,9	27,4	26,3	14,8	14,1	14,0	13,4
Subventionen	29,6	30,5	31,5	33,3	14,2	16,2	14,7	16,8
monetäre Sozialleistungen	520,2	544,7	567,8	588,0	270,8	274,0	282,4	285,3
sonstige laufende Transfers	74,9	78,8	90,1	98,8	39,0	39,9	44,5	45,6
Vermögenstransfers	42,2	38,0	40,0	41,4	13,3	24,7	14,0	26,0
Bruttoinvestitionen	78,4	85,6	89,2	93,5	37,8	47,9	38,4	50,8
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	−1,3	−1,3	−1,3	−1,3	−0,5	−0,8	−0,5	−0,8
Insgesamt	1 490,5	1 552,6	1 626,3	1 695,9	748,4	804,2	783,4	843,0
Finanzierungssaldo	62,4	53,3	20,6	−1,1	46,1	7,2	32,1	−11,5

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr								
Einnahmen								
Steuern	4,5	2,8	1,8	2,4	2,8	2,8	1,9	1,7
Nettosozialbeiträge	4,2	4,4	3,5	3,3	4,6	4,2	3,6	3,3
Vermögenseinkommen	13,1	0,0	0,4	0,5	1,5	-2,5	0,8	-0,1
sonstige Transfers	13,2	-3,2	-3,2	3,4	-2,4	-3,8	-1,7	-4,6
Vermögenstransfers	26,5	-5,3	0,4	2,3	-4,3	-6,1	-0,6	1,1
Verkäufe	5,0	5,8	4,8	4,8	6,8	4,9	4,8	4,8
sonstige Subventionen	-	-	-	-	-	-	-	-
Insgesamt	4,8	3,4	2,6	2,9	3,6	3,3	2,6	2,5
Ausgaben								
Vorleistungen ⁸	3,2	4,9	5,1	4,8	4,7	5,1	5,2	5,1
Arbeitnehmerentgelt	3,7	3,9	3,7	3,6	4,0	3,8	3,7	3,7
Vermögenseinkommen (Zinsen)	-7,4	-8,9	-5,2	-4,0	-8,7	-9,1	-5,5	-4,8
Subventionen	6,0	3,1	3,2	5,7	2,4	3,7	3,1	3,3
monetäre Sozialleistungen	2,7	4,7	4,2	3,6	4,4	5,0	4,3	4,2
sonstige laufende Transfers	11,8	5,3	14,3	9,7	6,6	4,0	14,3	14,2
Vermögenstransfers	-3,9	-10,0	5,2	3,4	2,6	-15,5	5,4	5,0
Bruttoinvestitionen	9,0	9,3	4,1	4,9	13,4	6,2	1,7	6,1
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	-	-	-	-	-	-	-	-
Insgesamt	3,4	4,2	4,8	4,3	4,6	3,8	4,7	4,8
nachrichtlich in % in Relation zum nominalen BIP:								
Finanzierungssaldo des Staates	1,9	1,6	0,6	0,0	2,7	0,4	1,9	-0,6

¹ Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde² Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck³ Einschließlich Nettozugang an Wertsachen⁴ Selbstständigeneinkommen/Betriebsüberschuss sowie empfangene abzüglich geleistete Vermögenseinkommen⁵ Empfangene abzüglich geleistete sonstige Transfers⁶ Sparen in % des verfügbaren Einkommens (einschließlich der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche)⁷ Gebietskörperschaften und Sozialversicherung⁸ Einschließlich sozialer Sachleistungen und sonstiger Produktionsabgaben

Quellen: Statistisches Bundesamt (Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen); Berechnungen des IWH; ab 2019: Prognose des IWH.

Sinkendes Potenzialwachstum in Deutschland, beschleunigter Braunkohleausstieg und Klimapaket: Finanzpolitische Konsequenzen für die Jahre bis 2024*

Andrej Drygalla, Katja Heinisch, Oliver Holtemöller, Axel Lindner, Christoph Schult, Matthias Wieschemeyer, Götz Zeddies

Zusammenfassung

Nach der Mittelfristprojektion des IWH wird das Bruttoinlandsprodukt in Deutschland in den Jahren bis 2024 preisbereinigt um durchschnittlich 1% wachsen; das nominale Bruttoinlandsprodukt wird um durchschnittlich 2¾% zunehmen. Die Durchschnittswerte verschleiern die Tatsache, dass das Wachstum gegen Ende des Projektionszeitraums aufgrund der dann rückläufigen Erwerbsbevölkerung spürbar zurückgehen wird. Dies wird sich auch bei den Staatseinnahmen niederschlagen. Allerdings wird die Bevölkerung nicht regional gleichverteilt zurückgehen. Strukturschwache Regionen dürften stärker betroffen sein. Die regionalen Effekte auf die Staatseinnahmen werden zwar durch Umverteilungsmechanismen abgefedert, aber nicht völlig ausgeglichen. Regionen mit schrumpfender Erwerbsbevölkerung müssen sich auf einen sinkenden finanziellen Spielraum einstellen. Der beschleunigte Braunkohleausstieg wird diesen Prozess verstärken, das Klimapaket der Bundesregierung hat hingegen vergleichsweise geringe Auswirkungen auf die öffentlichen Finanzen.

JEL-Klassifikation: C53, C54, E17, E37, E66, H68, J11, O11, O21, O44, Q48

Schlagwörter: wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland, mittelfristige Projektion, Produktionspotenzial, Wirtschaftswachstum, Öffentliche Finanzen, Braunkohleausstieg, Klimapolitik

Im Jahr 2018 erreichte der gesamtstaatliche Budgetüberschuss in Deutschland einen Rekordwert von 1,9% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt. Auch im Jahr 2019 war der Überschuss mit 1,5% noch beträchtlich. Allerdings dürfte die expansive Ausrichtung der deutschen Finanzpolitik zusammen mit dem Konjunkturabschwung dafür sorgen, dass dieser Überschuss bis zum Jahr 2021 abgeschmolzen wird. In den Folgejahren kommen dann weitere Belastungen auf die öffentlichen Haushalte hinzu: Die Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter beginnt zu schrumpfen, was die Wachstumsaussichten für die deutsche Wirtschaft und die Staatseinnahmen beeinträchtigt. Aber auch Braunkohleausstieg und Klimaschutzprogramm bringen Belastungen für die öffentlichen Haushalte mit sich. Der vorliegende Beitrag hat die Effekte von Alterung, Kohleausstieg und Klimapaket auf den gesamtstaatlichen Budgetsaldo bis zum Jahr 2024 zum Thema. Darüber hinaus wird geschätzt, mit welchen Verlusten an Steuereinnahmen speziell in den Braunkohleförderregionen Mittel- und Westdeutschlands zu rechnen ist.

Projektion der wirtschaftlichen Entwicklung für die Jahre 2019-2024

Die mittelfristige Projektion der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung erfolgt mit dem makroökonomischen Deutschlandmodell des IWH. Basierend auf der IWH-Kurzfristprognose¹ für die Jahre 2019 bis 2021 vom Dezember 2019 erfolgt die Projektion der realwirtschaftlichen Entwicklung in den Jahren 2022 bis 2024 nach einem zweistufigen Verfahren. Zunächst wird das Produktionspotenzial mit der von der Europäischen Kommission angewandten und für die Haushaltsüberwachung in der Europäischen Union maßgeblichen Methode für den Zeitraum 1995 bis 2024 geschätzt.² Mit

* Dieser Beitrag wurde als [IWH-Pressemitteilung 1/2020](#) am 30. Januar 2020 veröffentlicht.

¹ Vgl. Brautzsch, H. U.; Claudio, J. C.; Drygalla, A.; Exß, F.; Heinisch, K.; Holtemöller, O.; Kämpfe, M.; Lindner, A.; Müller, I.; Schult, B.; Staffa, R.; Wieschemeyer, M.; Zeddies, G., Konjunktur aktuell: Weltwirtschaft wieder etwas kräftiger – aber Deutschland zunächst weiter im Abschwung. IWH, Konjunktur aktuell, Jg. 7 (4), 2019, Halle (Saale) 2019.

² Vgl. Kasten 2, Zur Schätzung des Produktionspotenzials, in Konjunktur aktuell, Weltwirtschaft wieder etwas kräftiger – aber Deutschland zunächst weiter im Abschwung. IWH, Konjunktur aktuell, Jg. 7 (4), 2019, 61.

Hilfe des makroökonomischen Modells des IWH wird anschließend die wirtschaftliche Entwicklung bis 2024 bedingt auf das zuvor ermittelte Produktionspotenzial projiziert. Dabei ist die Nachfrageseite so modelliert, dass sich die tatsächliche Produktion dem Produktionspotenzial nähert und langfristig der Potenzialpfad erreicht wird. Der Abbau von Unter- oder Überauslastungen der Kapazitäten muss jedoch nicht zwangsläufig innerhalb des mittelfristigen Projektionszeitraums erfolgen.

Kasten 1

Rahmenbedingungen und Annahmen der Projektion

Es wird angenommen, dass die weltwirtschaftliche Dynamik in den Jahren 2020 und 2021 verhalten ist und auch in den Folgejahren etwas unterhalb des Durchschnitts der vergangenen 20 Jahre bleibt, vor allem, weil sich das Wachstum in China weiter abschwächt. Die Expansion des Welthandels dürfte, nach 3,3% im Jahr 2018, im Jahr 2019 -0,3% betragen haben, für das Jahr 2020 wird mit 1,6% gerechnet. Mittelfristig dürfte der jährliche Zuwachs des Welthandels etwas unterhalb von 3% bleiben.

Der Ölpreis (Sorte Brent) notierte Ende Dezember 2019 bei 64 US-Dollar, für die Jahre 2020 und 2021 wird ein Ölpreis von durchschnittlich 65 bzw. 70 US-Dollar unterstellt. Weiterhin wird angenommen, dass der Ölpreis in US-Dollar im Zeitraum von 2021 bis 2024 mit einer Jahresrate von 2% steigt (reale Konstanz der Ölpreise). Der Euro-Dollar-Wechselkurs beträgt ab dem vierten Quartal 2019 im gesamten Projektionszeitraum 1,11 US-Dollar je Euro. Des Weiteren bleibt die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft bei annahmegemäß konstanten nominalen Wechselkursen nahezu unverändert. Der Preis- und Lohnauftrieb im übrigen Euroraum dürfte im Projektionszeitraum in etwa unverändert bleiben. Es ist davon auszugehen, dass der Abschwung im übrigen Euroraum im Jahr 2020 ausläuft und die Produktion danach in etwa so schnell wie das Produktionspotenzial expandiert. Die Arbeitslosenquote im übrigen Euroraum geht nur noch geringfügig zurück. Der Leitzins dürfte im ganzen Prognosezeitraum sehr niedrig bleiben. In Deutschland wirkt die Geldpolitik der EZB weiterhin expansiv; sie dürfte nach wie vor stimulierende Effekte für die Inlandsnachfrage mit sich bringen.

Die Bevölkerungsvorausberechnung ist eine wichtige Einflussgröße auf das zukünftige Wirtschaftswachstum. Die Bevölkerung ist in Deutschland in den vergangenen Jahren wanderungsbedingt deutlich gestiegen; dadurch fiel auch das Potenzialwachstum höher aus. Für die mittelfristige Projektion der Bevölkerung wird die Variante 2 (G2-L2-W2) der 14. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamts und der statistischen Ämter der Länder (kBv) verwendet.³ Die Bevölkerung steigt demnach bis zum Jahr 2024 um 663 000 Personen auf 83,654 Millionen Personen. Ohne Wanderung wäre alterungsbedingt bereits ein Rückgang um ca. 1,2 Millionen Personen zu erwarten. Der Wanderungssaldo beläuft sich im Jahr auf 364 000 Personen und wird in der Projektion schrittweise auf 251 000 Personen im Jahr 2024 zurückgeführt. Zu der für die Potenzialschätzung relevanten erwerbsfähigen Bevölkerung zählen Personen im Alter zwischen 15 und 74 Jahren. Deren Anzahl liegt am Ende des Projektionszeitraums zwar um 185 000 Personen oder 0,3% über dem Wert für das Jahr 2018, ab dem Jahr 2022 nimmt sie aber ab.

Unter den in Kasten 1 genannten Rahmenbedingungen wird die deutsche Wirtschaft bis zum Ende des Projektionszeitraums um durchschnittlich 1% wachsen; das nominale Bruttoinlandsprodukt wird um durchschnittlich 2¾% zunehmen. Die derzeit negative Produktionslücke dürfte sich mittelfristig wieder schließen. Für die Jahre nach 2019 ist unterstellt, dass die Stärke der weltwirtschaftlichen Expansion etwas unterhalb des Durchschnitts der vergangenen 20 Jahre bleibt und vom Außenhandel kein Expansionsbeitrag ausgeht; demnach wird die konjunkturelle Entwicklung nach wie vor von der Inlandsnachfrage bestimmt (vgl. Tabellen A1 und A2 im Anhang).

Die öffentlichen Finanzen in der mittleren Frist

Mit der schwächeren Konjunktur und der derzeit expansiv ausgerichteten Finanzpolitik werden die hohen gesamtsstaatlichen Haushaltsüberschüsse bis zum Jahr 2021 abgebaut. Auch in der mittleren Frist werden die gesamtsstaatlichen Einnahmen mit einem Rückgang der Zahl der Erwerbstätigen ab dem Jahr 2022 und einem geringen Zuwachs der gesamtwirtschaftlichen Produktion deutlich schwächer zulegen als in den vergangenen Jahren. Die öffentlichen

³ Statistisches Bundesamt: Bevölkerung im Wandel: Annahmen und Ergebnisse der 14. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung, Wiesbaden, 2019.

Ausgaben dürften dagegen – auch aufgrund des demografischen Wandels – stärker zunehmen als die Einnahmen des Staates. Folglich wird sich der gesamtstaatliche Finanzierungssaldo in der mittleren Frist nochmals leicht verringern (vgl. Tabelle 1). Bis zur Mitte der 2020er Jahre dürften die finanzpolitischen Spielräume erschöpft sein. Die geplanten Ausgaben für die Begleitung des Braunkohleausstiegs und für den Klimaschutz müssen dann entweder zu Lasten anderer Ausgaben gehen oder durch höhere Einnahmen finanziert werden.

Tabelle 1**Finanzierungssaldo des Staates**

in Relation zum Bruttoinlandsprodukt in Prozent

	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024
Finanzierungssaldo	1,9	1,5	0,5	0,0	0	-1/2	-1/2
Struktureller Finanzierungssaldo	1,4	1,5	0,7	0,0	0	-1/2	-1/2

Quellen: Statistisches Bundesamt; Bundesministerium der Finanzen; Berechnungen des IWH.

Finanzpolitische Konsequenzen des Klimapakets

Zur Einhaltung der im Pariser Klimaschutzabkommen festgelegten Reduktion der CO₂-Emissionen haben sich die EU-Mitgliedstaaten darauf verständigt, den CO₂-Ausstoß bis zum Jahr 2030 um 40% gegenüber dem Jahr 1990 zu verringern. Um den im Rahmen der EU-Klimaschutzverordnung vorgegebenen nationalen Beitrag zur Verringerung der Treibhausgasemissionen zu erreichen, hat die Bundesregierung das ‚Klimaschutzprogramm 2030‘ auf den Weg gebracht. Dieses sieht als wesentliches Element ab dem Jahr 2021 eine Bepreisung von CO₂-Ausstößen in den Sektoren Wärme und Verkehr vor. Dabei sollen in einem ersten Schritt Emissionszertifikate an Unternehmen, die Heiz- und Kraftstoffe in Verkehr bringen, zu einem Festpreis emittiert werden. In einem zweiten Schritt soll sich der Preis der Zertifikate bei einer national festgelegten, schrittweise sinkenden Emissionsmenge weitgehend am Markt bilden. Die letzte Stufe sieht eine Integration in den EU-Emissionshandel vor. Für das Jahr 2021 wurde ein CO₂-Preis von 25 Euro je Tonne vereinbart, der dann bis zum Jahr 2025 auf 55 Euro je Tonne steigen soll.⁴

Die Einnahmen aus der CO₂-Bepreisung sollen teilweise für emissionsmindernde Maßnahmen verausgabt werden. Einen Teilbereich stellen dabei sektorbezogene Maßnahmen dar, etwa die Förderung energetischer Gebäudesanierung oder emissionsmindernde Maßnahmen im Verkehrssektor, wie die Förderung der Elektromobilität, Investitionen in das Schienennetz oder die Verringerung des Mehrwertsteuersatzes auf Fernfahrten im Bahnverkehr. Darüber hinaus sieht das Klimapaket sektorübergreifende Maßnahmen zur Verringerung der Treibhausgasemissionen vor. Diese reichen von der Förderung von Forschung und Entwicklung über die Batteriezellenförderung bis hin zur Beschleunigung von Planungs- und Baumaßnahmen im Schienenverkehr.

Schließlich sollen die mit dem Klimaschutzprogramm einhergehenden Strompreissteigerungen sozial abgefedert werden. Als Maßnahmen hierfür sind eine Senkung der EEG-Umlage, die über die CO₂-Bepreisung finanziert werden soll, eine höhere Entfernungspauschale für Fernpendler, die Erhöhung des Wohngeldes sowie höhere Heizkostenerstattungen für Bezieher von Transferleistungen vorgesehen.

Finanziert wird das Klimapaket größtenteils über ein Sondervermögen des Bundes, den ‚Energie- und Klimafonds‘ (EKF), der im Jahr 2011 eingerichtet wurde und zusätzliche Ausgaben zur Förderung einer ‚umweltschonenden, zuverlässigen und bezahlbaren Energieversorgung‘ ermöglichen soll.⁵ Andere Maßnahmen des Klimapakets werden direkt aus dem Kernhaushalt des Bundes finanziert. Während die Ausgaben des EKF vornehmlich in Förderprogramme fließen, laufen insbesondere die steuerlichen Fördermaßnahmen und die sonstigen Entlastungsmaßnahmen direkt über den Bundeshaushalt, die steuerlichen Maßnahmen teilweise auch über die Haushalte von Ländern und Gemeinden.

⁴ Vgl. Bundesregierung: <https://www.bundesregierung.de/breg-de/themen/klimaschutz/co2-bepreisung-1673008>

⁵ Da die zusätzlichen Einnahmen aus der geplanten CO₂-Bepreisung in den Sektoren Wärme und Verkehr erst ab dem Jahr 2021 fließen und die übrigen Einnahmen des EKF, bestehend aus dem CO₂-Zertifikatehandel und Bundeszuweisungen, nicht ausreichen, um die Ausgaben in der kurzen Frist zu decken, werden dem EKF im Jahr 2020 6 Mrd. Euro aus der EKF-Rücklage zugeführt.

Die durch das Klimapaket zusätzlich induzierten Ausgaben bzw. Entlastungen fallen vom finanziellen Volumen her deutlich geringer aus als das ausgewiesene Programmvolumen des Klimapakets, da zu einem Großteil Mittel umgeschichtet werden sollen. Weil den Mehrausgaben und den Entlastungsmaßnahmen mittelfristig die zusätzliche Belastung der Unternehmen durch die CO₂-Bepreisung gegenübersteht, liefert das Klimapaket per Saldo nur in der kurzen Frist geringfügige gesamtwirtschaftliche Impulse, und es soll auch nur kurzfristig die öffentlichen Haushalte belasten.

Finanzpolitische Konsequenzen des Kohleausstiegs

Teil des ‚Klimaschutzprogramms 2030‘ ist der Ausstieg aus der Kohleverstromung, für den die Bundesregierung bereits im Sommer 2019 den Entwurf des ‚Strukturstärkungsgesetzes Kohleregionen‘ verabschiedet hat. Mit diesem soll der rechtliche Rahmen für die Unterstützung der durch die vorzeitige Beendigung der Kohleverstromung betroffenen Regionen Lausitz, Mitteldeutschland und Rheinland gesetzt werden. Der Gesetzentwurf sieht hierfür zum einen für den Zeitraum von 2020 bis 2038 Finanzhilfen des Bundes für investive Maßnahmen zur Verbesserung der wirtschaftlichen Infrastruktur der betroffenen Regionen vor, die eine Kofinanzierung seitens der Länder von 10% beinhalten. Insgesamt sind für diese investiven Maßnahmen 14 Mrd. Euro bis zum Jahr 2038 vorgesehen. Weitere 26 Mrd. Euro stellt der Bund im genannten Zeitraum für Maßnahmen zur Unterstützung der Energiewende und des Klimaschutzes, die Aufstockung diverser klimabezogener Förderprogramme und Forschungsvorhaben sowie für die Ansiedlung von Forschungseinrichtungen, die Ansiedlung von Einrichtungen des Bundes und für zusätzliche Investitionen in die Bundesfernstraßen und die Bundesschienenwege in den betroffenen Regionen zur Verfügung.

Für die oben genannten im ‚Strukturstärkungsgesetz Kohleregionen‘ veranschlagten Ausgaben in Höhe von insgesamt 40 Mrd. Euro stellt der Bund, beginnend mit dem Jahr 2019, jährlich 500 Millionen Euro in Form sogenannter Verstärkungsmittel bereit. Diese Regelung gilt zunächst bis zum Jahr 2023, soll aber bis zum Jahr 2038 verlängert werden. Damit flößen im Zeitraum von 2019 bis 2038 insgesamt 10 Mrd. Euro zusätzliche Verstärkungsmittel in die Kohleregionen. Die verbleibenden 30 Mrd. Euro sind, auch weil in Zukunft keine derartigen gesamtsstaatlichen Haushaltsüberschüsse wie in den vergangenen Jahren mehr zu erwarten sind, laut Gesetzentwurf durch Umschichtungen im Haushalt sicherzustellen. Dies würde bedeuten, dass an anderer Stelle Ausgaben eingefroren oder gekürzt werden oder aber Mittel aus anderen Regionen in die Kohleregionen umgelenkt werden müssten. Damit fiel der mit dem ‚Strukturstärkungsgesetz Kohleregionen‘ verbundene gesamtwirtschaftliche Impuls, ebenso wie beim Klimapaket, recht gering aus.

Finanzpolitische Konsequenzen für die Kohleregionen

Der Ausstieg aus der Kohleförderung hat in den betroffenen Regionen negative Folgen für Produktion, Beschäftigung und Einkommen. Dazu kommen in den beiden ostdeutschen Braunkohleförderregionen noch besondere Belastungen vonseiten der Demografie. In der Lausitz war die Bevölkerung selbst im Jahr 2015, als sie im übrigen Deutschland kräftig zulegte, rückläufig. In Mitteldeutschland war der Abwärtstrend in den Jahren 2014 und 2015 unterbrochen, aber seit dem Jahr 2016 sinkt die Bevölkerungszahl dort wieder, während sie im übrigen Deutschland und auch im rheinischen Revier weiter steigt (Abbildung A1 im Anhang). Hinzu kommt, dass der Anteil der Personen im erwerbsfähigen Alter in der Lausitz und in Mitteldeutschland schneller sinkt als im übrigen Deutschland. In der Lausitz sind nur noch 72% und in Mitteldeutschland nur noch 73% der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter, während es im übrigen Deutschland noch 75% sind. Auch verschlechtert sich die Lage diesbezüglich in den ostdeutschen Braunkohlerevieren schneller als im Rest des Landes (Abbildung A2 im Anhang). Denn das Durchschnittsalter ist in den ostdeutschen Braunkohlerevieren höher als anderswo. In der Lausitz sind über 60% der Personen im erwerbsfähigen Alter 45 Jahre alt oder älter. Auch in Mitteldeutschland liegt der Anteil derjenigen, die 45 Jahre alt oder älter sind, mit 55% über dem Durchschnitt des übrigen Landes (Abbildung A3 im Anhang). Somit ist davon auszugehen, dass die Dynamik der Wirtschaftskraft in den ostdeutschen Braunkohlerevieren auch ohne den Braunkohleausstieg aufgrund der ungünstigen Bevölkerungsentwicklung hinter derjenigen im übrigen Deutschland zurückbleiben wird. Das rheinische Revier unterscheidet sich insofern deutlich von den ostdeutschen Braunkohlerevieren, als dass wichtige demografische Kennziffern dem bundesdeutschen Durchschnitt entsprechen.

Das geringere Wachstum der Produktion, die Abwanderung von Arbeitskräften und die Verschlechterung des demografischen Rahmens dürften dazu führen, dass die Steuereinnahmen in den Kohleregionen in den kommenden Jahren

langsamer zunehmen. Ausgehend vom Steueraufkommen im Jahr 2018 können, unter Zuhilfenahme von mit dem IWH-Multi-Regionen-Multi-Sektor-Modell (IWH-ReSi, vgl. Kasten 2)⁶ projizierten makroökonomischen Eckwerten für die Kohleregionen, die dortigen originären Steueraufkommen für verschiedene regionale Ausstiegsszenarien ermittelt und miteinander verglichen werden. Im Szenario 'Null' wird die wirtschaftliche Entwicklung ihrem Potenzialpfad folgen und im Wesentlichen von demographischen Effekten bestimmt. Die Ausstiegsszenarien 'Referenz' und 'schnell' unterscheiden sich darin, dass im Szenario 'Referenz' die Kohleverstromung bis 2035 in Deutschland auf 68 TWh (47 %) abnimmt und im Szenario 'schnell' die Kohleverstromung bis 2035 komplett eingestellt wird (vgl. Abbildung).⁷

Kasten 2

Das dynamische Multi-Sektor-Multi-Regionen-Modell des IWH

Für die Simulation der Effekte eines beschleunigten Braunkohleausstiegs in Deutschland wird ein dynamisches Allgemeines Gleichgewichtsmodell verwendet, das mehrere Wirtschaftsbereiche und mehrere Regionen abbildet.^{K1} Im Modell wird zwischen den drei vorgestellten Braunkohleregionen und einer weiteren Region „Übriges Deutschland“ unterschieden. In jeder Region werden Energiegüter und Nicht-Energiegüter hergestellt. Energiegüter werden aus Braunkohle und anderen Energieträgern hergestellt, d. h. ein möglicher Ausbau anderer Energieträger in Deutschland wird berücksichtigt. Konsumenten fragen Güter aus jeder Region nach. Energie und andere Güter werden als Komplemente behandelt. Die Austauschbarkeit zwischen Energie und anderen Gütern wird mit Hilfe von Bruttowertschöpfungsdaten für Deutschland geschätzt. In jeder Region werden Energie und Nicht-Energie-Güter aus den verschiedenen Regionen nachgefragt. Für den Konsumenten einer Region sind Energiegüter aus dem Rheinland, der Lausitz, Mitteldeutschland und dem übrigen Deutschland leicht austauschbar. Die Austauschbarkeit für regionale Nicht-Energiegüter ist geringer.

Ausgangsjahr der Simulationsstudie ist das Jahr 2014. Die nötigen Daten werden den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen der Länder auf Kreisebene entnommen. Fehlende Angaben, besonders für den Energiesektor, werden mit Hilfe von Unternehmensstatistiken geschätzt.

Die Reduktion der Nettostromerzeugung der Braunkohle wird exogen vorgegeben. Die Firmen passen Beschäftigung, Preise sowie Löhne und Gehälter modellendogen an.

Es wird angenommen, dass die langfristige, strukturelle Arbeitslosenquote in den betroffenen Regionen nicht steigt, weil sie von institutionellen und regionalen Faktoren abhängt. Ein wesentlicher Faktor beim Abbau der zunächst steigenden Arbeitslosigkeit ist die Abwanderung aus den betroffenen Regionen.

^{K1} Vgl. Heinisch, K.; Holtemöller, O. und Schult, C., 2019. Power generation and structural change: Quantifying economic effects of the coal phase-out in Germany, IWH Discussion Papers 16/2019, Halle Institute for Economic Research (IWH).

Das Szenario 'schnell' entspricht somit dem Vorschlag der Kohlekommission einer vorzeitigen Einstellung der Kohleverstromung im Jahr 2035 nach vorheriger Prüfung im Jahr 2032.⁸ Im Referenzszenario kommt es zu einer Reduktion der Stromerzeugung aus Braunkohle durch die beschriebenen Maßnahmen im Projektionsbericht der Bundesregierung.⁹ Dabei wird ein Anstieg der CO₂ Zertifikatspreise auf 33,5 €/Zertifikat bis 2030 unterstellt, ein Anstieg des Anteils der erneuerbaren Energieträger am Stromverbrauch auf 63 % bis 2035, eine verstärkte Förderung von erdgas-

⁶ Vgl. Holtemöller, O. und Schult, C. (2019), Zu den Effekten eines beschleunigten Braunkohleausstiegs auf Beschäftigung und regionale Arbeitnehmerentgelte, Wirtschaft im Wandel, Nr. 1, 2019; Heinisch, K., Holtemöller, O. und Schult, C. (2019), Power generation and structural change: Quantifying economic effects of the coal phase-out in Germany, IWH Discussion Papers 16/2019, Halle Institute for Economic Research (IWH).

⁷ Die Szenarien sind in Oei et al., Klimaschutz und Kohleausstieg: Politische Strategien und Maßnahmen bis 2030 und darüber hinaus. Abschlussbericht. Climate Change 27/2019. Dessau-Roßlau: Umweltbundesamt, 2019 veröffentlicht.

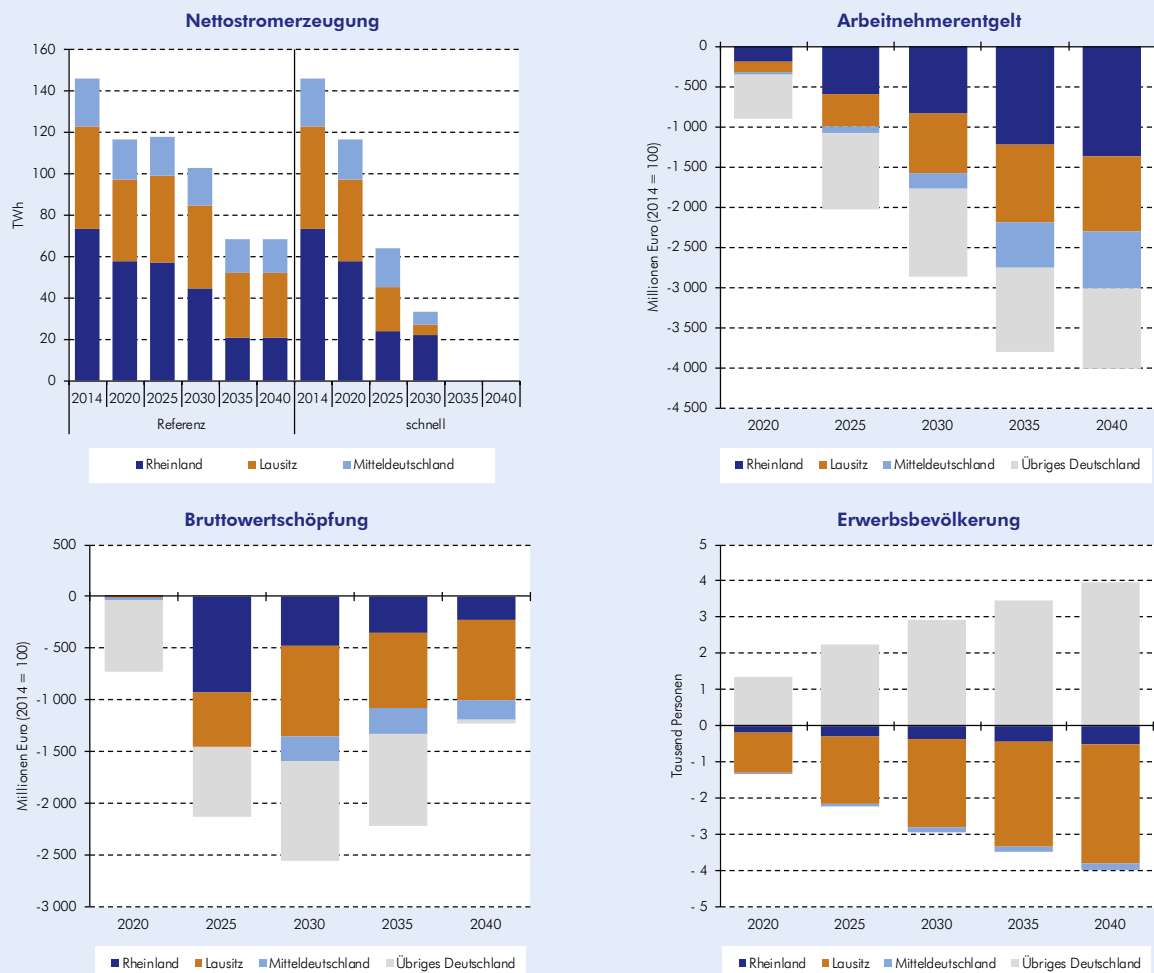
⁸ Vgl. Abschlussbericht der Kommission für „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ des Bundeswirtschaftsministeriums, 64.

⁹ Vgl. Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMU) (2017), Projektionsbericht 2017 für Deutschland, Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMU), Berlin.

basierten Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen und die Überführung von Braunkohlekraftwerken in die Sicherheitsbereitschaft. Im Szenario 'schnell' werden zusätzlich Braunkohlekraftwerke nach ihrem Betriebsalter abgeschaltet, so dass sich die Treibhausgasemissionen des Stromsektors in Deutschland um 60 % im Vergleich zu 1990 verringern.

Abbildung**Effekte des Braunkohleausstiegs**

Jährliche absolute Veränderung



Anmerkung: Die Nettostromerzeugung wird für die Szenarien „schnell“ und Referenz ausgewiesen. Die übrigen Ergebnisse werden immer als Differenz zwischen „schnell“ und Referenz ausgewiesen.

Quellen: VGR der Länder, Oei et al. (2019), Berechnungen des IWH.

Die Abbildung zeigt die simulierten Effekte des Braunkohleausstiegs ('Referenz') und des beschleunigten Braunkohleausstiegs ('schnell') auf Arbeitnehmerentgelt, Bruttowertschöpfung und Erwerbsbevölkerung. Die Einstellung der Braunkohleverstromung reduziert besonders das Arbeitnehmerentgelt in den Braunkohleregionen. Die Effekte auf die Bruttowertschöpfung sind schwächer. Das bedeutet eine stärkere Reduktion der auf dem Arbeitseinkommen basierenden Steuereinnahmen. Der Braunkohleausstieg wird sehr wahrscheinlich zu Abwanderung von Erwerbsbevölkerung aus den Braunkohleregionen führen. Besonders stark betroffen ist die Lausitz. Ein beschleunigter Braunkohleausstieg führt laut Simulationsmodell zu einer Reduktion der dortigen Erwerbsbevölkerung von ca. 4 000 Personen (ca. 0,75 % der Erwerbsbevölkerung des Jahres 2014 in der Lausitz).

Das in den vom Kohleausstieg betroffenen Landkreisen generierte Steueraufkommen im Basisjahr 2018 wird durch eine Quotierung des landesweiten Steueraufkommens mit den Anteilen der betroffenen Kreise an makroökonomischen Eckwerten, die näherungsweise als steuerliche Bemessungsgrundlagen dienen können, bestimmt.¹⁰

¹⁰ Für die Lohn- und die Umsatzsteuer wurden zur Quotierung die Anteile der betroffenen Landkreise an den Arbeitnehmerentgelten des jeweiligen Bundeslandes, für die Länder- und Gemeindesteuern die Anteile an der Bruttowertschöpfung und für die

Tabelle 2**Differenz des Steueraufkommens zwischen alternativen Kohleausstiegsszenarien**

in Mio. Euro

Region	Zeitraum	zwischen ‚Referenz‘ und ‚null‘ ^a	zwischen ‚schnell‘ und ‚Referenz‘ ^a
Rheinland	2020-2025	-28	-601
	2026-2030	-206	-804
	2031-2035	-669	-788
	2036-2040	-966	-841
	Insgesamt ^b	-1869	-3034
Mitteldeutschland	2020-2025	-24	-8
	2026-2030	-37	-159
	2031-2035	-45	-495
	2036-2040	-54	-750
	Insgesamt ^b	-159	-1412
Lausitz	2020-2025	-12	-410
	2026-2030	-40	-939
	2031-2035	-198	-1309
	2036-2040	-344	-1466
	Insgesamt ^b	-594	-4123

^a Szenario ‚null‘: Basierend auf demographischen Effekt; Szenario ‚Referenz‘: Effekte einer Reduzierung der Nettostromerzeugung, die sich aus den bisher beschlossenen Maßnahmen ergeben; Szenario ‚schnell‘: Reduktion der Stromerzeugung aus Braunkohle, so dass die Treibhausgasemissionen die Zielmengen ab dem Jahr 2030 nicht überschreiten. – ^b Differenzen in der Aggregation ergeben sich durch Rundung.

Quellen: VGR der Länder, Bundesministerium der Finanzen, Berechnungen des IWH.

Ausgehend von diesen Basiswerten erfolgt dann mit den Zuwachsraten der makroökonomischen Eckwerte die Fortschreibung bis zum Jahr 2040.¹¹ Im Ergebnis zeigt sich, dass sich das originäre Steueraufkommen bei einem beschleunigten Kohleausstieg (Szenario ‚schnell‘) in sämtlichen Braunkohleregionen verringern würde (vgl. Tabelle 2). Im Zeitraum von 2020 bis 2040 lägen die Steuermindereinnahmen in der Lausitz kumuliert bei 3,4%, in Mitteldeutschland allerdings nur bei 0,4% und im Rheinland bei 0,3%.¹² Zusätzlich ergäben sich Mindereinnahmen aus den geplanten Steuerermäßigungen des Klimapakets. Diese beliefen sich für sämtliche Bundesländer im Zeitraum von 2020 bis 2038 auf ungefähr 6 Mrd. Euro. Auf die Kohleregionen dürfte etwa ein Zehntel davon – also ungefähr 600 Mio. Euro – entfallen. Den Steuermindereinnahmen der Kohleregionen stehen die Zuwendungen aus dem ‚Strukturstärkungsgesetz Kohleregionen‘ in Höhe von maximal 40 Mrd. Euro bis zum Jahr 2038 gegenüber. Für die Finanzhilfen des Bundes

gewinnabhängigen Steuern die Anteile an den Unternehmensgewinnen herangezogen. Da im Modell die Unternehmens- und Vermögenseinkommen nicht explizit simuliert werden, wurde der Anteil der Regionen an der Differenz aus Bruttowertschöpfung und Arbeitnehmerentgelten als Quotierungsgröße für die Gewinnsteuern herangezogen. Alternativ zu dem hier gewählten disaggregierten Ansatz wurde eine Vorausschätzung der Steuereinnahmen über eine Fortschreibung des gesamten Steueraufkommens der Regionen mit der lokalen Bruttowertschöpfung durchgeführt. Dieser Ansatz liefert sehr ähnliche Ergebnisse.

¹¹ Das Lohnsteueraufkommen wurde mit der Zuwachsrate der Arbeitnehmerentgelte fortgeschrieben. Damit ist unterstellt, dass die kalte Progression vollständig abgebaut wird.

¹² Hierzu ist anzumerken, dass die in den Regionen entstehenden Mindereinnahmen im Rahmen verschiedener Ausgleichssysteme zumindest teilweise kompensiert werden dürften. Dies erfolgt zum einen über den Länderfinanzausgleich, für den das Steueraufkommen je Einwohner in den vom Kohleausstieg betroffenen Bundesländern ausschlaggebend ist. Sofern, wie in den Simulationen unterstellt, Erwerbstätige aus den Kohleregionen in andere Bundesländer abwandern, würde sich in den Kohleregionen das Steueraufkommen, aber auch die Einwohnerzahl verringern. Eine Abwanderung ausschließlich Erwerbstätiger dürfte aufgrund des sinkenden Anteils Erwerbstätiger an der Bevölkerung zu einer Verringerung der Steuereinnahmen je Einwohner der betroffenen Bundesländer zur Folge haben, in deren Konsequenz die Zuweisungen aus dem Länderfinanzausgleich steigen müssten. Innerhalb der einzelnen Bundesländer existiert darüber hinaus der kommunale Finanzausgleich, der, ähnlich wie der Länderfinanzausgleich zwischen den Bundesländern, Finanzkraftunterschiede zwischen Gemeinden innerhalb einzelner Länder ausgleicht. Sofern der Finanzbedarf der Kreise und Gemeinden in den Kohleregionen im Vergleich zu den anderen Gemeinden des betreffenden Bundeslandes steigt – etwa, weil sich durch die Abwanderung Erwerbstätiger die Bevölkerungsstruktur verändert – steigen die Zuweisungen vom Land. Verringern dürfte sich der Anteil der betroffenen Gemeinden am Umsatzsteueraufkommen, weil dieser vom lokalen Gewerbesteuerertrag, der Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und den sozialversicherungspflichtigen Entgelten am Arbeitsort abhängt.

(14 Mrd. Euro) liegt bereits ein Verteilungsschlüssel für die Kohleregionen vor. Sollten sich die finanziellen Zuwendungen für die weiteren Maßnahmen des Bundes (26 Mrd. Euro) nach dem gleichen Schlüssel auf die Regionen Rheinland, Lausitz und Mitteldeutschland verteilen, ergäben sich für den Zeitraum von 2019 bis 2038 die in Tabelle 3 dargestellten finanziellen Zuwendungen.¹³

Inwieweit tatsächlich zusätzliche öffentliche Gelder in die Kohleregionen fließen, hängt davon ab, in welchem Umfang diese aus anderen Regionen in die Kohleregionen umgelenkt werden und in welchem Maße die Kohleregionen von Einsparungen an anderen Stellen im Haushalt betroffen sind, weil drei Viertel der geplanten 40 Mrd. Euro finanzieller Zuwendungen durch Umschichtungen im Haushalt aufgebracht werden müssen.

Fazit

Der demografische Wandel in Deutschland wird sich in absehbarer Zukunft auf die Steuereinnahmen des Staates niederschlagen. Dies wird vor allem zu spürbaren Einschnitten in Regionen mit schrumpfender Bevölkerung führen, da der Länderfinanzausgleich unter anderem an die Einwohnerzahl gekoppelt ist. In den Braunkohleregionen wird der ohnehin stattfindende demografische Wandel durch zusätzliche Abwanderung verstärkt werden. Ein Teil der Menschen, die ihre Arbeitsplätze in der Braunkohlenwirtschaft verlieren, wird sich eine neue Beschäftigung in einer anderen Region suchen. Den Einschnitten für die öffentlichen Finanzen stehen die finanziellen Hilfen für die vom Braunkohleausstieg betroffenen Regionen gegenüber. Diese liegen nominal weit über den zu erwartenden Einnahmeausfällen, sind aber bislang nicht finanziert. Je nachdem an welcher Stelle bisherige Ausgaben wegfallen, um die Braunkohlelöhne zu finanzieren, werden sich regionale Umverteilungseffekte ergeben. Die Effekte des Braunkohleausstiegs und des Klimapakets auf die öffentlichen Finanzen sind gesamtwirtschaftlich betrachtet gering – zumal verglichen mit dem quantitativ bedeutsameren demografischen Wandel.

Tabelle 3

Regionale Zuwendungen gemäß ‚Entwurf eines Strukturstärkungsgesetzes Kohleregionen‘ im Zeitraum von 2019 bis 2038

Mrd. Euro

Region	
Rheinland	14,4
Mitteldeutschland	7,8
Lausitz	16,7
Insgesamt	38,9

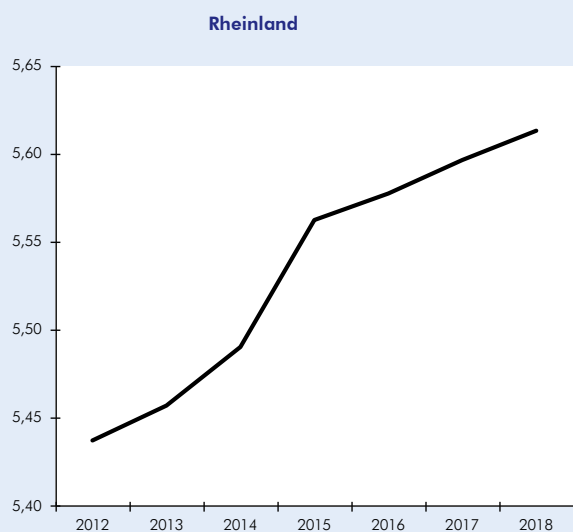
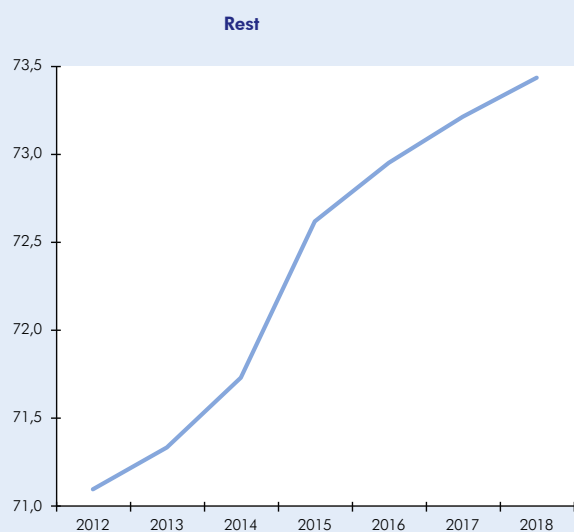
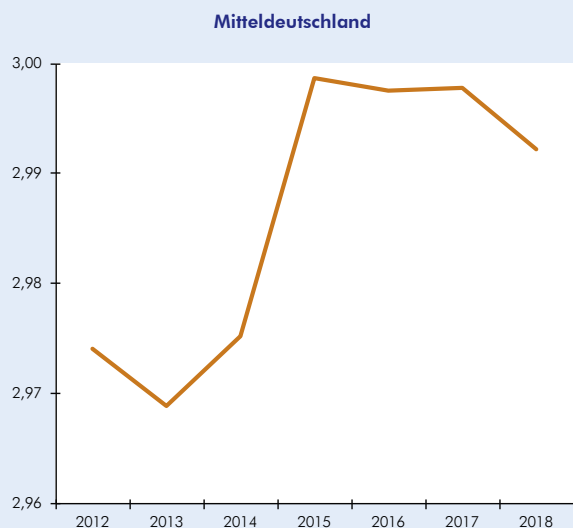
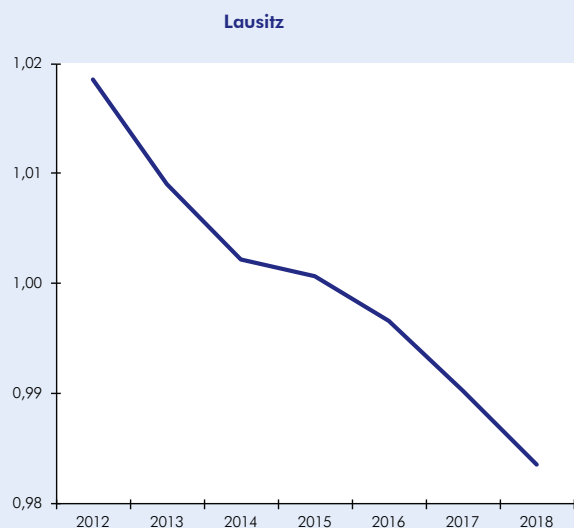
Quellen: Bundesregierung; Berechnungen des IWH.

¹³ Von den 26 Mrd. Euro, die in Strukturhilfen des Bundes fließen sollen, sind 1,09 Mrd. Euro für strukturschwache Standorte von Steinkohlekraftwerken in Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, dem Saarland sowie für das ehemalige Braunkohlerevier Helmstedt vorgesehen.

Anhang:

Abbildung A1**Bevölkerung**

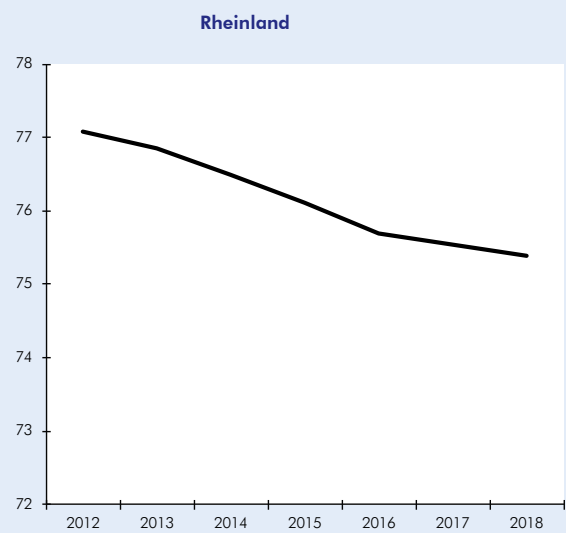
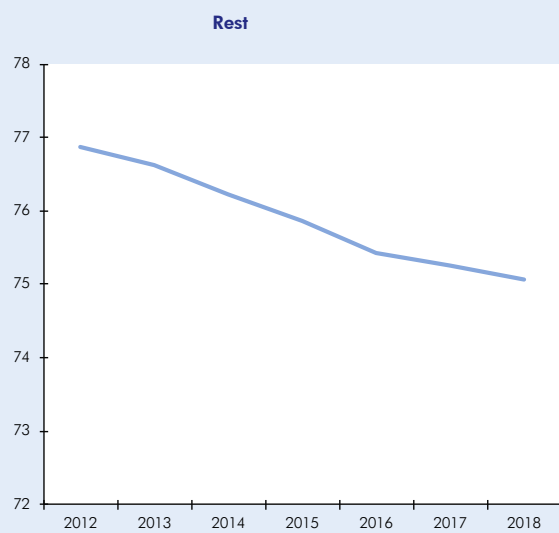
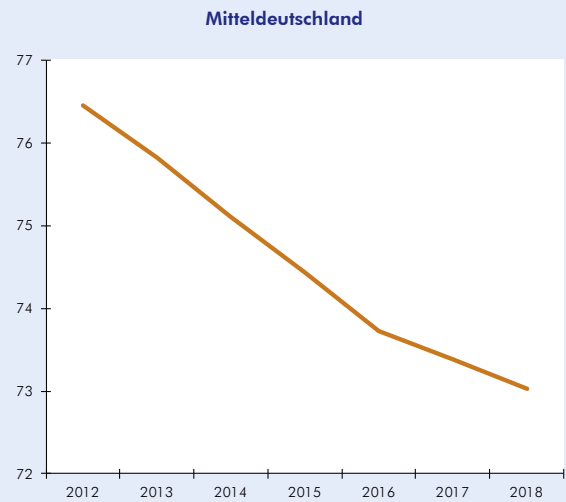
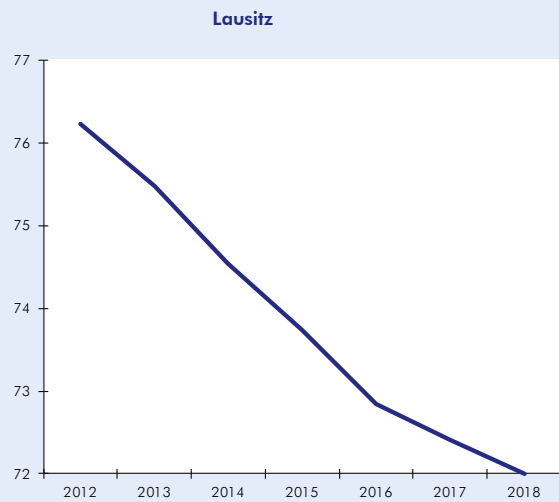
In Millionen Personen



Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

Abbildung A2**Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15-74)**

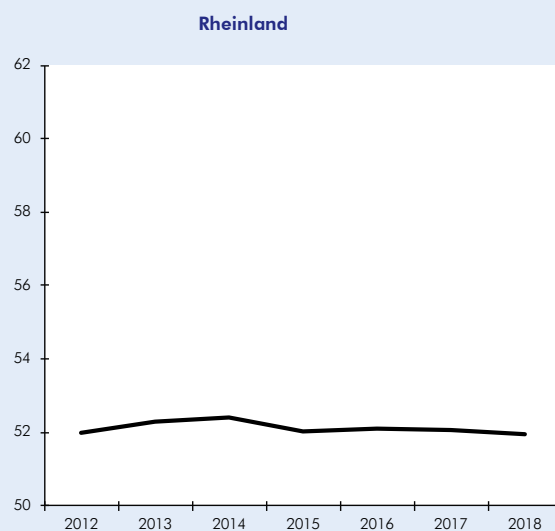
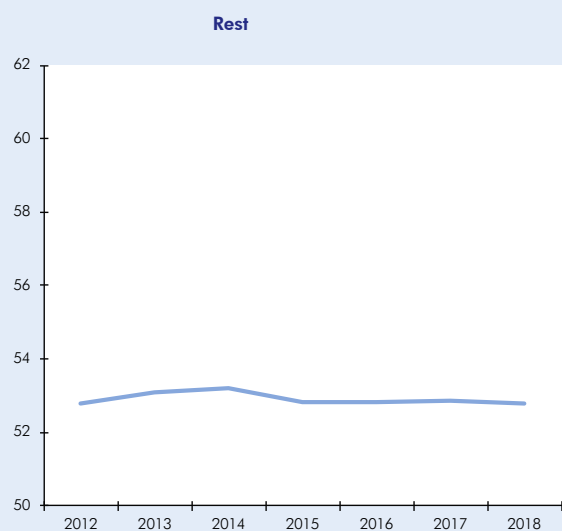
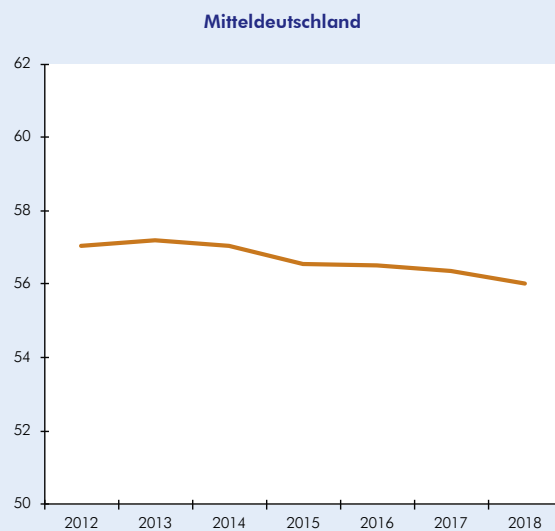
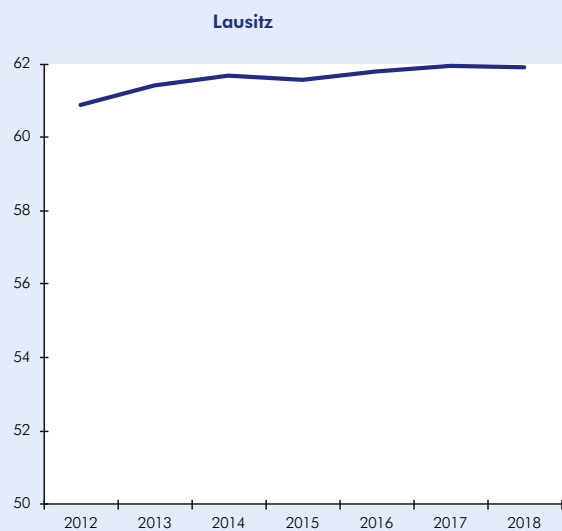
In Relation zur Bevölkerung in %



Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

Abbildung A3**Ältere Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (45-75)**

In Relation zur Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter in %



Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

Tabelle A1:
Verwendung des nominalen Bruttoinlandsprodukts

Jahr	Bruttoinlands- produkt	Konsumausgaben		Bruttoinvestitionen			Außenbeitrag
		Private Haushalte	Staat	Insgesamt	Bruttoanlage- investitionen	Vorrats- veränderung	
In Mrd. Euro							
2012	2745,3	1507,4	529,2	541,3	557,9	-16,6	167,5
2018	3344,4	1743,7	665,6	729,0	707,7	21,3	206,1
2024	3941	2029	819	888	893	-5	205
Anteile am BIP in % ^a							
2012	100	54,9	19,3	19,7	20,3	-0,6	6,1
2018	100	52,1	19,90	21,8	21,2	0,6	6,2
2024	100	51½	20¾	22½	22¾	¼	5¼
Veränderung insgesamt in %							
2018/2012	21,8	15,7	25,8	34,7	26,9	—	—
2024/2018	17¾	16¼	23	21¾	26¼	—	—
jahresdurchschnittliche Veränderung in %							
2018/2012	3,3	2,5	3,9	5,1	4,0	—	—
2024/2018	2¾	2½	3½	3¼	4	—	—

^a Differenzen in den aggregierten Werten durch Rundung.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Projektion des IWH.

Tabelle A2:
Erwerbstätige, Produktivität und Wirtschaftswachstum

Jahr	Erwerbstätige (Inland)	Beschäftigte Arbeitnehmer (Inland)	Arbeitszeit je Erwerbstätigen	Bruttoinlandsprodukt				
				Preisbereinigt, verkettete Volumenwerte			In jeweiligen Preisen	Deflator
				Insgesamt	Je Erwerbs-tätigen	Je Erwerbstätigenstunde		
				Mrd. Euro	Euro		Mrd. Euro	2010=100
2012	42 019	37 497	1408	2901	69 040	49,0	2745	95
2018	44 854	40 631	1390	3222	71 844	51,7	3344	104
2024	45 456	41 519	1387	3427	75 382	54	3941	115
Veränderung insgesamt in % ^a								
2018/2012	6,7	8,4	-1,3	11,1	4,1	5,4	21,8	9,7
2024/2018	1¼	2¼	-¼	6¼	5	5	17¾	10¾
jahresdurchschnittliche Veränderung in %								
2018/2012	1,1	1,3	-0,2	1,8	0,7	0,9	3,3	1,5
2024/2018	¼	¼	-0	1	¾	¾	2¾	1¾

^a Differenzen in den aggregierten Werten durch Rundung.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Projektion des IWH.



Impressum

Herausgeber:

Professor Reint E. Gropp, Ph.D.

Professor Dr. Oliver Holtemöller

Professor Michael Koetter, Ph.D.

Professor Dr. Steffen Müller

Redaktion:

Stefanie Müller, M. A.

Layout und Satz: Franziska Exß

Tel +49 345 7753 720

Fax +49 345 7753 718

E-Mail: Stefanie.Mueller@iwh-halle.de

Verlag:

Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle

Kleine Märkerstraße 8, D-06108 Halle (Saale)

Postfach: 110361, D-06017 Halle (Saale)

Tel +49 345 7753 60, Fax +49 345 7753 820

www.iwh-halle.de

Erscheinungsweise: 4 Ausgaben jährlich

Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet,
Beleg erbeten.

Titelbild: © Byron Johnson, www.unsplash.com

Konjunktur aktuell, 7. Jahrgang

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 30. Januar 2020

ISSN 2195-8319